

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

H. G. ADLER

Der Kampf gegen die „Endlösung“ der Judenfrage

Vorwort

Das Studium der jüdischen Geschichte im Machtbereich des nationalsozialistischen Staates hat sich bis jetzt vor allem mit der als „Endlösung der Judenfrage“ bezeichneten Ausrottungspolitik und der Vorbereitung für diesen umfassenden Versuch eines Völkermordes in großen Zusammenhängen wie in zahlreichen Einzelheiten beschäftigt. Die Literatur zu diesem Fragenkreis ist umfangreich und enthält allgemein menschlich wie wissenschaftlich Wertvolles. Trotzdem steht die vorurteilslose Erforschung der Vorgänge und der mit ihnen aufgegebenen Probleme erst am Anfang, doch immerhin wissen wir so viel, daß sich auch der interessierte Laie, wenn er es wagt und will, über den Ablauf und die wichtigsten Ereignisse der Judenverfolgung in den Jahren 1933 bis 1945 hinlänglich belehren kann.

Hingegen wurde noch keine Geschichte der wichtigsten Bestrebungen geschrieben, was versucht worden ist, um der nationalsozialistischen Judenbehandlung und besonders der von 1941 bis 1945 betriebenen „Endlösung“ entgegenzuwirken. Dieser Sonderaufgabe, dem Kampf gegen die Durchführung der „Endlösung“ und einleitend der zeitgenössischen Kenntnis oder Unkenntnis dieses Völkermordes, ist diese

Arbeit gewidmet. Sie ist nicht mehr als ein erster vorläufiger Versuch, weit mehr eine Anregung für die künftige Forschung als bereits eine Zusammenfassung gesicherter Ergebnisse. Dazu ist es viel zu bald, denn es fehlt an Vorarbeiten, die mit Fleiß und Mühe erst das Wesentliche zusammentragen müssen. Hierfür muß die Forschung noch ganz andere Materialien erschließen als den dokumentarischen Nachlaß des „Dritten Reiches“. Bevor nicht die Staatsarchive Englands, der USA, der Schweiz, Schwedens und anderer Länder, sowie die Archive der jüdischen Hauptorganisationen und vieler anderer Stellen zugänglich sind, kann nur Stückwerk vollbracht werden. Was heute schon gedruckt vorliegt, wird mit großem Dank benützt. Anderes Material wird hier erstmalig verwendet, wofür allen Helfern allgemein, namentlich aber Herrn Dr. Gerhart Riegner in Genf sowie Herrn Dr. Alfred Wiener und Frau Dr. Eva Reichmann von der Wiener Library in London herzlich gedankt sei.

Der hier gewagte Überblick verrät seine Mängel aufrichtig, enthüllt aber dennoch etwas von den Ausmaßen einer der größten Tragödien der neueren Geschichte von einer bisher im Gesamtumriß fast unbekanntem Seite. So mag vielleicht diese Tragödie tiefer begriffen werden, ihr menschlicher Abgrund sich im Bedenken und zur Warnung mehr offenbaren.

Kenntnis und Unkenntnis der „Endlösung“

Mit dem Schlagwort „Endlösung der Judenfrage“ verständigte sich der innere Führungskreis der nationalsozialistischen Partei, leitender SS-Stellen, besonders ihrer mächtigsten Organisationen „Reichssicherheits-“ und „Verwaltungs- und Wirtschaftshauptamt“, und einige Eingeweihte aus verschiedenen Verwaltungszweigen über die letzten Ziele der Judenpolitik innerhalb des deutschen Machtbereiches und der unter deutschen Einfluß gelangten europäischen Staaten während des Krieges.

Schon von Anfang an stellte die Ideologie der Partei in der Judenfrage äußerste Forderungen, die längst vor dem Entstehen des Nationalsozialismus ähnlich erhoben worden sind, seit der alte Gegensatz von Kirche und Synagoge durch die Aufklärung nicht überwunden, sondern nur säkularisiert und jedes geistigen Prinzips entkleidet worden war. Den Wunsch einer theologischen Besiegung des Judentums verdrängten bereits im frühen 19. Jahrhundert unverhohlenen Vorschläge zur physischen Vernichtung. Aber erst mit der Eroberung des Staates durch die nationalsozialistische Partei konnte praktisch eine radikale „Lösung“ der „Judenfrage“ angestrebt werden, die in Deutschland noch nie weniger als im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ein soziales, ökonomisches oder kulturelles Problem gebildet, doch in der Vorstellung der ideologisch Besessenen ungeheuerliche Ausmaße angenommen hatte. Die zentrale Bedeutung dieser Frage im totalitären Nationalsozialismus verlangte eine totale Lösung, also eine vollkommene Ausschaltung der Juden oder, wie man in seiner Neigung zu abstrakten Größen lieber sagte, des Judentums aus dem deutschen, europäischen und, wenn dies greifbar geworden wäre, aus dem gesamten Lebensbereich dieser Erde.

Mit einem Eifer und Geschick, die besserer Dinge würdig gewesen wären, schaltete man durch politische, wirtschaftliche, gesetzliche und

gesellschaftliche Maßnahmen — zunächst noch durch einen Anschein von Recht bemäntelt, auf den man späterhin meist verzichtete — die Juden aus allen sozialen Zusammenhängen mit der übrigen Bevölkerung aus, bis zuletzt als fast einzige Verbindung zwischen ihnen und den Nichtjuden eigens dazu bestimmte Verbände der Gestapo übrigblieben. Ihnen wurden die Juden überantwortet, als ihre Ächtung vor allen Mitmenschen vollendet war. Formal war dieser Prozeß erfüllt, als Heydrich am 24. Januar 1939, damals unter Himmler schon Chef des SS-Sicherheitsdienstes (SD) und aller Polizeiorganisationen des Staates, zum Leiter des neuen „Zentralamtes für jüdische Auswanderung“ ernannt wurde. Hinter diesem Namen verbarg sich das bald Adolf Eichmann zugewiesene Judenreferat (IV B 4) der Gestapo, mit der es am 27. September 1939 in das neue Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eingegliedert wurde.

Der Name klang harmlos: Auswanderung der Juden sollte das Ziel sein. Das Amt, ebenso harmlos scheinbar dem Reichsinnenministerium unterstellt, sollte in Zusammenarbeit mit den ihm unterworfenen jüdischen Körperschaften diese Aufgabe leisten, wobei auch für den finanziellen Ruin der Juden gesorgt wurde. Aber es stimmte, noch war an Auswanderung gedacht, die politische Lage war noch nicht reif für eine kompromißlos extreme Lösung. Die erklärten Aufgaben des „Zentralamtes“ gehen aus der Gründungsurkunde ihrer Prager Filiale, vom Reichsprotector von Neurath am 15. Juli 1939 unterzeichnet, hervor:

„Entsprechend der Regelung im Reiche ist es zur Vermeidung von Störungen und Verzögerungen notwendig, die Bearbeitung sämtlicher Fragen der Judenauswanderung einheitlich zusammenzufassen.“

Zur Förderung und beschleunigten Regelung der Auswanderung von Juden aus Böhmen und Mähren wird daher die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag“ errichtet.

Die Zentralstelle hat im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen für die Erledigung folgender Aufgaben zu sorgen:

1. Schaffung von Auswanderungsmöglichkeiten durch Verhandlungen über Einreisegenehmigungen mit den zuständigen Auswanderungsorganisationen.
2. Beschaffung der zur Auswanderung notwendigen Devisen.
3. Einrichtung und Überwachung von Umschulungsstätten.
4. Zusammenarbeit mit den Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften . . .
5. Überwachung der jüdischen-politischen- und anderen Auswanderungsorganisationen bezüglich der Auswanderungsfrage.“

[Es folgen noch zwei technische Punkte.]

Wer auswandern wollte, mußte sich seit diesem Befehl an die „Zentralstelle“ wenden, die von Neurath der Polizeigewalt Heydrichs uneingeschränkt ausgeliefert wurde:

„Mit der Gesamtleitung beauftrage ich den SD-Führer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Böhmen und Mähren, SS-Oberführer Regierungsdirektor Dr. Stahlecker.“

Damit war die Maske gefallen, die man bei der Gründung der Berliner Zentrale mit der Erwähnung des Reichsinnenministeriums noch vorgehalten hatte.

In dieser Phase schaltete man in Deutschland wie im Westen auch die internationale Diplomatie ein (Konferenz von Evian), um eine Auswanderung großen Stils zu ermöglichen. Man kam nicht weit voran, bevor durch den Krieg und die Niederwerfung Polens das Problem einen nicht mehr zu bewältigenden Umfang angenommen hat. Millionen von Juden waren in Hitlers Gewalt geraten, an eine schnelle Auswanderung vieler war nicht mehr zu denken. Wie traurig es schon vorher darum bestellt war, wissen wir aus Aufzeichnungen von Dr. Löwenherz, dem Leiter der Wiener Kultusgemeinde:

„Über die Verhandlungen [im Juni 1939] teilte Dr. Löwenherz [der Wiener Zentralstelle] mit, daß Zentral- und Südamerika sich gänzlich abgesperrt haben und einzig und allein England für eine Auswanderung in einem größeren Maße in Frage kommt. Auch dort muß mit einer Einschränkung gerechnet werden. Nach den . . . in London gewonnenen Eindrücken ist bestenfalls für nächsten Monat mit einer Einreise von 4 000 Glaubensjuden nach den Vereinigten Staaten, England und Palästina zu rechnen. Die Aufbringung der erforderlichen Devisen im Ausland war stets schwer und wird immer schwieriger. . . .“

Am 19. Juni während des Aufenthaltes Dr. Löwenherz' in London wird die Möglichkeit eines Sondertransports von 500 Personen aus Österreich nach Palästina erwogen. Außer den erforderlichen Pfundbeträgen, die vom Ausland zur Verfügung gestellt werden, müßten von der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ RM 200 000,— flüssig gemacht werden. HSTF Eichmann bewilligt vorläufig nur RM 100 000,— . . . (Zur Information wird bemerkt, daß die von der Kultusgemeinde angeforderten und von der Zentralstelle bewilligten Beträge aus Einnahmen herrühren, die von den auswandernden Juden als Paßumlagen erlegt werden mußten.)

Am 26. Juni 1939 machte Dr. Löwenherz neuerlich HSTF Eichmann auf die Panikstimmung aufmerksam, die unter den Juden wegen der Verhaftungen und Ausweisungen herrsche. Die Tätigkeit der Kultusgemeinde ist durch diese Vorgänge gelähmt, weil es unmöglich ist, in so kurzer Zeit die Ausreisebewilligung zu beschaffen. Dr. Löwenherz bat, von der Verhaftung und Ausweisung der Staatenlosen abzusehen und deren normale Auswanderung innerhalb einer längeren Zeit zu bewilligen, besonders für die zwischen 50—60 Jahre alten Personen ist die Beschaffung von Einreisen nach England sehr erschwert. Aus dem Altersheim wurden zwei Insassen von 75 und 83 Jahren ausgewiesen.

Am 17. Juli 1939 mußte Dr. Löwenherz neuerdings wegen der Ausweisung polnischer Staatsangehöriger und Staatenloser vorsprechen, weil diese verzweifelten Leute versuchten, bei Beuthen und an der belgischen Grenze . . . nach Belgien oder Polen zu flüchten. Aus beiden Ländern werden sie ausgewiesen und ihre Rückreise . . . verursacht der

Kultusgemeinde . . . unnötige Ausgaben und fördert keinesfalls die Auswanderung. Es wird inständigst gebeten, diese kurzen Auswanderungsfristen einzustellen; für diese Leute werden ohnehin alle Anstrengungen zu einer Ausreisemöglichkeit gemacht.

Von den wiederholten Angeboten der Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften für Ausreisen nach Shanghai kann kein Gebrauch gemacht werden, weil eine Überweisung der Devisen für diese Reisen von der Zentralstelle . . . nicht genehmigt wird.

Für die Ausreise von Jugendlichen nach Palästina ist ein Betrag von RM 660 000,— erforderlich. [Davon] werden voraussichtlich RM 200 000,— von den Ausreisenden zur Einzahlung gelangen, die restlichen 460 000,— müßten aus dem Auswanderungsfonds [der Zentralstelle] beschafft werden (siehe Anmerkung bezgl. Paßumlage). HSTF Eichmann wünscht eine diesbezügliche Eingabe mit der Angabe der genauen erforderlichen Beträge.

Am 22. Juli wurde versucht, durch Erlangung des russischen und polnischen Einreisevisums Auswanderer auf dem Landwege nach Shanghai zu bringen.

Am 31. Juli wurde das Palästinaamt beauftragt zu liquidieren, ferner erhielt die Kultusgemeinde den Auftrag, in die Zeitung eine Notiz einzurücken, in welcher vor der illegalen Einreise nach Italien gewarnt wird. Ein Exemplar . . . ist an das Komitee in Mailand zu übersenden, damit es sich gegenüber der italienischen Regierung ausweisen könnte.“ [Löwenherz: Kultusgemeinde Wien 1938—1942 (Ms.)]

Trotz allen Schwierigkeiten, mit denen Eichmanns Amt die Auswanderung eher verhinderte, statt sie zu fördern, rissen die Verbindungen zwischen den vom „Zentralamt“ ermächtigten jüdischen Vertretern mit den jüdischen Weltorganisationen wegen Auswanderungsplänen noch lange nicht ab, darunter mit dem „Joint“, einer Hilfsorganisation, die Himmler und seinen Untergebenen als Zentrale der sagenhaften jüdischen Weltmacht erschien. Erpresserische Forderungen an ihn, sie lassen sich bis 1941 nachweisen, wurden zusammen mit bestimmten Leistungen und Versprechungen durch Gegenforderungen beantwortet, bis dieses Spiel bei Beginn der allgemeinen Deportationen im Oktober 1941 sein Ende fand.

Nach dem bisher einzigen Plan der „Endlösung“ durch Auswanderung tauchte bald nach Polens Fall als zweiter Plan die „Umsiedlung“ aller Juden in das Gebiet von Lublin zwischen den Flüssen Bug und San auf. Man schickte aus Mitteleuropa einige Transporte hin, brachte aber das Unternehmen nicht vorwärts, da man es nicht vorbereitet hatte, wofür auch jeder gute Wille fehlte. Was man von diesem „jüdischen Siedlungsgebiet“ zu erwarten hatte, verrät eine Vertragsnotiz vom 6. Februar 1940 des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz:

„Es ist abwegig, einige 10 000 Juden und Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten, denn damit werden . . . weder die polnische Staatsidee zerschlagen noch die Juden beseitigt. . . .“

Der schlimmste Schaden jedoch, der dem deutschen Volkskörper aus den augenblicklichen Zuständen erwachsen wird, ist die maßlose Verrohung und sittliche Verkommenheit, die sich in kürzester Zeit unter wertvollem deutschen Menschenmaterial wie eine Seuche ausbreiten wird.“ [Poliakov-Wulf: Das Dritte Reich und seine Diener (II), Berlin 1956, S. 517.]

Nach dem Waffenstillstand mit Frankreich beschäftigte man sich einige Zeit mit einem anderen „Endlösungsprojekt“, dem Madagaskar-Plan. Nach dem bald erwarteten siegreichen Kriegsende sollten wenigstens die europäischen Juden auf dieser Insel unter deutscher Oberhoheit angesiedelt werden. Auch diesen Plan ließ man fallen; vielleicht hing es mit ihm zusammen, daß man im Jahre 1940 Juden aus Südwestdeutschland, dem Elsaß und Luxemburg nach Südfrankreich verschleppte. Als die allgemeine Deportation einsetzte, wurde die Auswanderung fast ganz eingestellt.

„Am 5. 11. [1941] teilt Dr. Löwenherz dem OSTF Brunner mit, daß ungefähr 150 Personen im Alter von 60 Jahren und ihre nächsten Angehörigen Einreisevisa haben und in absehbarer Zeit auswandern können. OSTF Brunner erklärte, daß die Auswanderung gesperrt sei, er jedoch einige wenige Ausnahmen gestatten würde. . . .“

Ab 10. 11 1941 ist die normale Auswanderung mit ganz wenigen Ausnahmen eingestellt.“ [Löwenherz, a. a. O.]

Seit Kriegsbeginn drängte Hitler zu einer „Endlösung“, die eine physische Vernichtung des jüdischen Volkes vorsah. Während er seinen Überfall auf Rußland vorbereitete, im Jahre 1941, reifte seine fatale Entscheidung. Auf russischem Boden sollte die Vernichtung durch Massenerschießungen erfolgen, für die vom RSHA „Einsatztruppen“ unter Zuziehung anderer Verbände (Polizei, Waffen-SS, Wehrmacht sowie ukrainische und lettische Milizen) verwendet wurden. In dieses Vernichtungsgebiet verfrachtete man nur eine verhältnismäßig kleinere Anzahl fremder Juden (Riga und Minsk). Alle anderen sollten nach Polen zunächst in schon bestehende Zwangsghettos für eingesessene Juden und dann in neue Sammellager überführt werden. Im Juli 1941 wurde Heydrich beauftragt,

„alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.“ [PS-710]

Bald darauf wurde die bevorstehende Deportation manchen Juden bekannt, aber nur wenige glaubten daran, obwohl man schon im Februar 1941 aus Wien 5 000 Menschen nach Polen verschleppt hatte. Die früheste amtliche Verständigung eines Juden die sich erhalten hat, überliefert Löwenherz:

„Am 30. 9. 1941 teilte OSTF Brunner Dr. Löwenherz mit, daß mit Rücksicht auf die durch die Fliegerangriffe notwendig gewordene anderweitige Unterbringung der arischen Bevölkerung ein Teil der Juden aus dem Altreich, dem Protektorat und Wien nach Litzmannstadt [Lodz] gebracht werden solle. . . .“ [Löwenherz, a. a. O.]

Was sollte mit den Juden in Polen geschehen? Um sich der Geisteskranken als „überflüssige Esser“ zu entledigen, war man im Reich zu ihrer Tötung durch Giftgas übergegangen, was nach Protesten mutiger Geistlicher beider christlichen Konfessionen bald eingestellt oder doch eingeschränkt wurde. Nun sollte es für die Juden angewandt werden, die man aus der Freiheit, aus Zwangsghettos oder Durchgangslagern in die Vernichtungslager schaffte, soweit die Kapazität reichte, so schnell nur der Massenmord sich technisch bewerkstelligen ließ. Zuerst sollten Greise, Kinder, Kranke und schwächere Personen ausgerottet werden, während für eine Anzahl kräftigster Menschen Sklavenarbeit vorgesehen war, die einen schnellen Untergang verhieß. Am 8. Dezember 1941 wurde Chelmno als erstes Gaslager eröffnet. Belzec und die übrigen folgten ab März 1942 nach. Die zur Vergasung fahrenden Transporte endeten vor Anfang November 1944. Die Massenerschießungen begannen im Sommer 1941 und wurden ab 1943 wegen Verringerung der Opfer seltener.

Die Verschickungen wurden vom „Zentralamt“ durchgeführt, wenn es auch außer in Holland keine ausländische Filiale errichtete und sich oft nur als Abteilung IV B 4 des RSHA betätigte. Aus folgenden Ländern organisierte Eichmann Transporte in die Vernichtungslager: „Großdeutschland“, Polen, Slowakei (unter Mitwirkung der Regierung), Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich (unter Beistand der Vichy-Regierung), Norwegen, Italien (nach Mussolinis Sturz, ohne offizielle italienische Hilfe), Ungarn (seit der deutschen Besetzung, mit ungarischer Hilfe), Jugoslawien (mit kroatischer Hilfe), Bulgarien (nur aus den im Krieg gewonnenen Gebieten) und Griechenland. Aus Dänemark konnte Eichmann nur nach Theresienstadt deportieren. Aus Rumänien wurde ohne Mitwirkung des RSHA nach Transnistrien deportiert. Am offensten über die „Endlösung“ äußerte sich Heydrich am 20. Januar 1942 bei einer Konferenz in Wannsee, deren Protokoll sich erhalten hat:

„[Bisher] wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung . . . in Angriff genommen. . . . Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden. . . .“

An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit . . . die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. . . .

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht. . . .

Unter entsprechender Leitung sollen . . . die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden

straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird . . . entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat . . . wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen. . . .

Staatssekretär Dr. Bühler [vom Amt des Generalgouverneurs] stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde. . . . Von den in Frage kommenden etwa 2 1/2 Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig. . . . Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.

Anschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei seitens des Gauleiters Dr. Meyer [vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete] als auch seitens des Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.“ [NG-2586. Text s. Poliakov-Wulf: Das Dritte Reich und die Juden (I), Berlin 1955, S. 119 ff.]

Den aufschlußreichsten Bericht über die Vorbereitung und Einführung der „Endlösung“ durch Massenvergasung schrieb der Auschwitz Kommandant Höß im Krakauer Gefängnis 1946. In dieser Schrift, „Endlösung der Judenfrage im KL. Auschwitz“, heißt es:

„Im Sommer 1941 . . . wurde ich plötzlich zum Reichsführer-SS nach Berlin befohlen . . . Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit eröffnete er mir ohne Beisein eines Adjutanten dem Sinne nach folgendes: ‚Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir — die SS — haben diesen Befehl durchzuführen. . . . Ich habe daher Auschwitz bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage und zweitens läßt sich das dort dafür zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen. Ich hatte erst einen höheren SS-Führer für diese Arbeit ausgesucht; um aber Kompetenzschwierigkeiten zu vermeiden, unterbleibt das, und Sie haben nun diese Arbeit durchzuführen. Es ist eine harte und schwere Arbeit, die den Einsatz der ganzen Person erfordert, ohne Rücksicht auf etwa entstehende Schwierigkeiten. Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Sturmbannführer Eichmann . . ., der in nächster Zeit zu Ihnen kommt. . . . Nach der Unterredung mit Eichmann schicken Sie mir sofort die Pläne der beabsichtigten Anlage zu.‘ . . .“

Kurze Zeit darnach kam Eichmann zu mir nach Auschwitz. Er weihte mich in die Pläne der Aktion in den einzelnen Ländern ein. . . . Zuerst sollten für Auschwitz Ostoberschlesien und die daran angrenzenden Teile des General-Gouvernements in Frage kommen. Gleichzeitig und dann je nach Lage fortgesetzt die Juden aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei. Anschließend der Westen. . . . Wir besprachen weiter die Durchführung. . . . Es käme nur Gas in Frage, denn durch Erschießen die zu erwartenden Massen zu beseitigen, wäre schlechterdings unmöglich. . . . Eichmann machte mich bekannt mit der Tötung durch die Motoren-Abgase in Lastwagen. . . . Dies käme aber für die Massen-Transporte . . . nicht in Frage. Die Tötung durch Kohlenoxyd-Gas durch Brausen in einem Baderaum, wie die Vernichtung der Geisteskranken im Reich durchgeführt wurde, erforderte zu viel Baulichkeiten. . . . Eichmann wollte sich nach einem Gas, das leicht zu beschaffen wäre und keine besondere Anlagen erfordere, erkundigen . . . Wir fuhren ins Gelände, um den geeigneten Platz festzulegen. . . .“

Den Zeitpunkt des Beginns der Aktion konnte mir Eichmann noch nicht sagen, da alles noch in Vorbereitung wäre und der RFSS noch nicht den Anfang befohlen hatte. . . . Ende November [1941] war in Berlin bei der Dienststelle Eichmann eine Dienstbesprechung des gesamten Judenreferates, zu der auch ich hinzugezogen wurde. . . . Den Beginn der Aktion konnte ich noch nicht erfahren. Auch hatte Eichmann noch kein geeignetes Gas gefunden. [Im Dezember wurde ein erfolgreiches Mordexperiment mit Zyklon B an russischen Kriegsgefangenen ausprobiert.]

Beim nächsten Besuch Eichmanns berichtete ich ihm über diese Verwendung von Zyklon B und wir entschlossen uns, bei der zukünftigen Massenvernichtung dieses Gas zur Anwendung zu bringen." [Zitat in Sehn J.: Konzentrationslager Oswiecim-Brzezinska, Warschau 1957, S. 136 ff.]

Ideologisch war die „Endlösung“ in Programmschriften des Nationalsozialismus, so in Hitlers „Mein Kampf“, schon bald angestrebt worden. Allerdings war alles, was gerade Hitler in seiner Frühzeit darüber verkündete, demagogisch in solch verschiedene Zusammenhänge eingestreut, daß es, außer manchen überzeugten Anhängern, politisches Schlachtgeschrei, doch kein reales Programm dünkte, das verdient hätte, bis in die letzten mörderischen Konsequenzen ernst genommen zu werden. Nur zu viele waren geneigt, die Stellen in „Mein Kampf“ über Juden und Judentum als übertrieben, nicht gar so wichtig aufzufassen, womöglich schienen sie „einige Körnchen Wahrheit“ zu enthalten. Millionen nationalsozialistischer Mitläufer, aber auch andere stellten sich vor, daß die schärfsten Angriffe nicht auf eine physische Vernichtung, sondern auf eine „Eindämmung“ oder „Ausschaltung“ jedes wirklichen oder angeblichen „jüdischen Einflusses“, im äußersten Fall auf eine Ausweisung der Juden aus Deutschland, für die dann eine internationale und gewiß „gerechte“ Lösung gefunden werden müsse, ausgingen. Hitler hatte gleichsam nur die Juden „entlarvt“ und zu „Abwehrmaßnahmen“ aufgerufen. Stets war es die Rolle der „Abwehr“, in der sich der Nationalsozialismus da gefiel, sie blieb auch während seiner Herrschaftsdauer propagandistisch immer im Vordergrund. Hingegen wurde über unverbindlich allgemeine Sätze hinaus nicht verraten, was mit den Juden selbst geschehen sollte. Am Ende einer weitschweifigen Deklamation gegen die „jüdische Weltgefahr“ verkündete Hitler die „Aufgabe“ der „nationalsozialistischen Bewegung“:

„Sie muß dem Volk die Augen öffnen über die fremden Nationen und muß den wahren Feind unserer heutigen Welt immer und immer wieder in Erinnerung bringen. An Stelle des Hasses gegen Arier, von denen uns fast alles trennen kann, mit denen jedoch uns gemeinsames Blut oder die große Linie einer zusammengehörigen Kultur verbindet, muß sie den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leidens, dem allgemeinen Zorne weihen.

Sorgen aber muß sie dafür, daß wenigstens in unserem Lande der tödlichste Gegner erkannt und der Kampf gegen ihn als leuchtendes Zeichen einer lichtereren Zeit auch den anderen Völkern den Weg weisen möge zum Heil einer ringenden arischen Menschheit.“ [a. a. O., 449. Aufl., München 1939, S. 724 f.]

Hier ist die Wurzel von Hitlers Judenhaß aufgezeigt, sein monoman irres Wesen, das als Hauptstück einer politischen „Erlösungslehre“, als „Kampf“ gegen den „Urheber a l l e n Leidens“ zum „Heil einer ringenden Menschheit“ auftritt. Diese besessene und in der Zwischenkriegszeit nur zu viele Menschen mitreißende Dämonie von Hitlers übersteigertem Judenhaß, der zu einem als Völkermord auftretenden Opferkult strebte, wurde in ihrer Bedeutung und Folgeschwere damals kaum und wird noch heute zu wenig erkannt. Dieser abgründige Antrieb¹⁾ jagte Hitler in seine sonst rational unerklärliche „Endlösungspolitik“. Das Verkennen seiner oft gar nicht umschrieben ausgedrückten Absichten hat es mitverschuldet, daß jedes Wissen des wahren Charakters der „Endlösung“ selten blieb und nur langsam durchdrang. Hätte man sich manche Äußerungen in der Zeit gerade vor und nach Hitlers Herrschaftsantritt genauer angesehen, hätte man ihrem bitteren Ernst vertraut, dann hätte man sich leicht davon überzeugen können, daß sie deutlich waren. Man mußte dazu nicht erst in Hetzschriften vom Range des „Stürmer“ blicken. So ließ sich Gauleiter Grohe vernehmen:

„Der Jude ist der Feind jeder anständigen Gemeinschaft in der Welt . . . immer bestrebt, andere Völker zugrunde zu richten. So war es schon vor tausenden Jahren, so war es schon vor Christus, der ja behauptet hat, der Satan sei der Vater des jüdischen Volkes . . . Wenn die Völker in Eintracht leben wollen, muß der Jude sterben.“ [W e s t d e u t s c h e r B e o b a c h t e r, Köln, 24. 7. 1934.]

Das war die Ideologie, die nie verheimlicht, sondern schriftlich und mündlich immer wieder, selbst im Kasperletheater und in Kinderbüchern verkündet wurde. Mochte man auch Gebildeten, die an dem blutrünstigen Kaschemmenton und pornographischen Auswüchsen „populärer“

Erzeugnisse Anstoß nehmen konnten, seriöser aufgeputzte Belehrung anbieten, so war die Praxis doch von allem Anfang an ersichtlich und hätte seit der „Kristallnacht“, den von den Machthabern geleiteten Pogromen im November 1938, keinen in Zweifel lassen dürfen. Trotzdem war der Weg von den ersten haßerfüllten Ausbrüchen bis zum Völkermord lang, und so wird die Skepsis verständlich, mit der man an den übelsten Absichten des Regimes zweifelte. Der Hauptgrund dafür ist, wie schon angedeutet, daß extreme Forderungen von Ideologien gemeinhin weder von Gegnern noch von Anhängern, nicht im Inland und nicht im Ausland für bare Münze genommen werden. Stets wird vorausgesetzt, daß die wildesten Wortführer beabsichtigen, Leidenschaften aufzupeitschen und für bestimmte oder vermeintliche Übel Sündenböcke zu finden, die man, ohne selbst im geringsten daran zu glauben, als die Träger aller Schuld hinstellt, aber die man, wenn es zur Tat kommt, nicht mehr als rupfen und zausen, doch nicht kaltblütig vernichten wird.

Die zeitgenössische Theorie vom Ursprung und Wesen des Judenhasses hatte verkannt, daß die Motive für einen zur „Weltanschauung“ gewordenen „Antisemitismus“, wie er sich in Deutschland seit 1800 entwickelt hatte²⁾, in dämonische Tiefen reichte, die mit Wahrheit oder Unwahrheit und mit dem Dasein der wirklichen Juden nur sehr entfernt oder nichts mehr zu tun hatte. Man suchte, wo es bloß Abgründe gab, noch nach Gründen, die rationalisiert und damit vermeintlich auflösbar wurden. Das begünstigte, daß man sich seit Generationen, in denen ganz Arges nicht oft, nur isoliert geschah und — oberflächlich — bald eingedämmt wurde, an die maßlose Haßsprache der Judenfeinde gewöhnt hatte. Als sie vom Nationalsozialismus übernommen wurde, wollte man sich mit dem Gedanken beruhigen, daß auch jetzt ganz Arges nicht bevorstehe, es war ja in den letzten 100 Jahren nicht geschehen.

Als die nationalsozialistische Herrschaft diesen Optimismus widerlegte, war es zu spät geworden, aber selbst da blieb man immer noch mit seinen Einsichten hinter der Wirklichkeit zurück. In Deutschland und in der Welt einschließlich den betroffenen Juden beurteilte man, wenn man den Nebel des oft mitverschuldeten Unwissens nicht durchdrungen hatte, die Lage stets zu günstig und klammerte sich an Restchen von Vertrauen in ein Mindestmaß von Menschlichkeit selbst bei einem unbarmherzigen System. Mochte Gefahr drohen, mochte sie zunächst scheinbar nicht drohen, man flüchtete sich in einen Unglauben an die unselige Wahrheit.

Als am 19. März 1944 Ungarn von Deutschland besetzt wurde, brach das Unheil über die Juden des Landes mit Deportation und Vernichtung fast unvorbereitet ein. Man wußte nichts und wollte nichts vom Schicksal der Juden in den Nachbarländern wissen oder hielt es für unmöglich, daß einem dasselbe Los zustoßen könne, obwohl eine jüdische Widerstandsbewegung im Lande seit Jahren genaue Kenntnisse über die Vorgänge in Polen und Auschwitz besaß und die heimischen Juden gewarnt hatte. Ähnlich ließen sich in England trotz wahren und auch schon verbreiteten Informationen jüdische Flüchtlinge noch im Herbst 1944 durch beruhigende Erklärungen ihrer eigenen Organisationen, die sich auf einen viel zu günstigen Bericht des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) über Theresienstadt stützten, über das Schicksal ihrer Angehörigen täuschen.

Man verschloß sich, gelähmt durch Angst und Ohnmacht, vor der Wahrheit, wie man sich früher vor Hitlers Drohungen im Reichstag verschlossen hatte, wo er schon am 30. Januar 1939 ausrief:

„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum . . . gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Ähnlich sprach er beim Kriegsbeginn mit Polen und wiederholte nochmals seine Drohungen am 30. Januar 1941. „D i e J u d e n“, sagte er, „mögen auch heute noch lachen darüber, genau so, wie sie früher lachten über meine inneren Prophezeiungen. Die kommenden Monate und Jahre werden erweisen, daß ich auch hier richtig prophezeit habe.“

Der Entschluß zur Handlung wurde aus solchen Worten überhört. Sobald sich aber Befürchtungen regten, wurde sofort der Unwille zum Glauben an ihre Berechtigung genährt. Man gab beruhigende

1) Adler H. G.: Theresienstadt 1941—1945, Tübingen 1955, S. 640—646.

2) Sterling E.: Er ist wie du, München 1956.

Erklärungen ab, „Greuelmeldungen“ wurden „widerlegt“, und man „bewies“, daß objektive oder um Objektivität bemühte Nachrichten, die ins Ausland drangen, nichts als „schändliche Verleumdungen“ und „jüdische Hetze“ darstellten. Stabsleiter Helmut Sündermann gab am 7. Oktober 1943 nach der Fangaktion auf die dänischen Juden und am 19. Juli 1944 nach den Deportationen aus Ungarn Vertretern der Auslandspresse ähnlich lautende Schilderungen über die Maßnahmen des Reiches, die zur Abwehr „feindseliger Handlungen“ der Juden „nicht nur nach Kriegsrecht zulässig, sondern auch erforderlich“ seien. Sündermann sagte u. a. in der zweiten Erklärung, wobei er insbesondere die von der Feindseite ausgestreuten Behauptungen über angebliche schwere Mißstände bei der Behandlung der in Europa ansässigen Juden an Hand von mitgeteilten Tatsachen als zweckbestimmte Agitation und Hetze entlarvte:

„Erst 1941 seien die ersten Maßnahmen gegen die Juden in Europa ergriffen worden, und zwar habe es sich um die Verordnung zum Tragen des Judensterns gehandelt. Später wurde dann durch eine planmäßige Isolierung und Einschaltung der Juden in den europäischen Arbeitsprozeß diese erste Maßnahme erweitert. Das seien aber auch die einzigen Maßnahmen, die gegen die Juden unternommen wurden. Bei den Maßnahmen zur Isolierung und Einschaltung in den Arbeitsprozeß habe man eine ganze Reihe von humanitären Gesichtspunkten zur Anwendung gebracht, es seien z. B. alle alten Juden ausgenommen worden, ebenso solche, die etwaige besondere Verdienste aufzuweisen hatten. Diese Juden seien mit ihren Angehörigen in einer besonderen jüdischen Gemeinschaft untergebracht, die in Theresienstadt . . . ihren Sitz habe. . . Sie besitze eine jüdische Selbstverwaltung und es bestehe in ihr kein Arbeitszwang. . . .“

Die anderen Juden . . . werden normalerweise zunächst in einem großen Sammellager auf ihren zweckmäßigen Arbeitseinsatz hin geprüft. Die nicht arbeitsfähigen kämen in ein sogenanntes Familienghetto, alle übrigen werden gemäß ihrer beruflichen Ausbildung eingesetzt, wobei als Grundsatz gelte, daß Ehepaare beeinander bleiben. . . . Mit der Verteilung der Juden auf diese wirtschaftlichen Bedürfnisträger ende dann überhaupt die staatspolizeiliche Bereinigung. Ein Postverkehr mit den Angehörigen sei erlaubt. . . .“

Über all diese Tatsachen . . . sind die jüdischen Organisationen in der ganzen Welt unterrichtet. Trotzdem schicken sie Zeitungen und andere Organisationen vor, um infame Falschmeldungen über angebliche Mißhandlungen und Mißstände in die Welt zu setzen. . . . Das Beispiel der europäischen Lösung der Judenfrage, die humanitär, aber der wirklichen Lage entsprechend durchgeführt wird, wird in der ganzen Welt einmal Schule machen.“ [Bericht im *Pester Lloyd*“, 21. 7. 1944 – NG-5798.]

Das wagte eine in Budapest erscheinende Zeitung ihren Lesern vorzusetzen, knapp nachdem eine selbst für die Praxis der Gestapo ungewöhnlich grausame Verschleppung von fast einer halben Million Juden aus der ungarischen Provinz nach Auschwitz im Laufe von nur zwei Monaten unter den unmenschlichsten Begleitumständen abgeschlossen war! Wir werden später erfahren, wie damals gerade in Ungarn versucht wurde, die Durchführung der „Endlösung“ hintanzuhalten, und was jüdische Stellen über die „humanitäre“ Behandlung der Juden wußten.

Zur Zerstreuung berechtigter Sorgen war Briefpost ein besonders wirksames Mittel. Seit Beginn der Verschickungen blieben Angehörige und Freunde von Millionen Juden ohne Nachricht, sie durften kaum schreiben oder konnten es längst nicht mehr, da die meisten den Tag ihrer Ankunft im Vernichtungslager nicht überlebt hatten (in Belzec, Chelmno, Sobibor und Treblinka wurden fast alle sofort ermordet, aus Belzec, dem Deportationsziel von Hunderttausenden, ist nur ein einziger Überlebender bekannt!). In Auschwitz, dem größten Vernichtungslager, ließ man hingegen bei manchen Transporten ungefähr jeweils ein Zehntel bis ein Fünftel junger Männer und Frauen ohne Kinder unter 14 Jahren zunächst leben und verteilte sie, nach Geschlechtern getrennt, in Nebenlager, z. B. in das für die Bunawerke der IG Farben bestimmte Monowitz, zur Sklavenarbeit, die durchschnittlich nicht länger als zwei bis drei Monaten ausgehalten wurde. Aus solchen Lagern ließ man Einzelne ins Ausland schreiben und übertrug die Beförderung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ in Berlin, die einen Stempel anbrachte, daß eine Antwort nur über diese Stelle gestattet sei.

Hier der Text einer in der Schweiz zugestellten Karte:

Abs. Artur T

Birkenau, 10. April 1943

Arbeitslager Birkenau

Bez. Neuberun S. Schles.

Meine Lieben Alle!

Ich hoffe Euch alle beim besten Wohle und kann Gott sei Dank dasselbe auch von mir berichten. Was hört Ihr von unseren lieben Kindern? Schreibt mir hierüber und auch wie es Euch geht. Mein Gesundheitszustand ist gut und mein Appetit auch, sodaß ich Euch bitten möchte mir etwas zu schicken, sofern dies von dort möglich ist.

Seid innigst begrüßt und bedankt von Eurem
Artur.

Aus einer solchen Karte läßt sich auch bei kritischer Einstellung nicht mehr entnehmen, als daß der Absender Hunger hat, sonst aber unter halbwegs erträglichen Umständen lebt. Daher — so durfte und sollte man nach dem Wunsch deutscher Behörden schließen — verdienten Gerüchte über eine Ausrottung der Juden kein Vertrauen. Man suchte sich auch prominente Juden in Theresienstadt für Briefe an Freunde in der Schweiz aus, die in jüdischen Organisationen arbeiteten. Hier eine Nachricht des ehemaligen Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien nach Genf, wobei, den Bestimmungen für Theresienstadt folgend, nicht etwa von „Deportation“ oder „Evakuierung“, sondern von „Wohnsitzverlegung“ die Rede ist:

Abs. Dr. Desider Friedmann Theresienstadt, 31. Oktober 1942

Mitglied des Ältestenrats

Theresienstadt

Q 408

Lieber Herr W!

Besten Dank für ihre liebe Zuschrift vom 14. September d. J., welche uns knapp vor unserer Wohnsitzverlegung hierher erreichte, wo wir seit 25. September weilen. Wir sind mit unserem hiesigen Aufenthalt sehr zufrieden und es befriedigt mich besonders, daß ich in der Stellung, die Sie aus meiner obigen Anschrift ersehen, meinen Teil zur gedeihlichen Entwicklung unseres jüdischen Gemeinwesens beitragen kann. Wir leben hier in einer Stadt, die unter jüdischer Selbstverwaltung steht, in der für alle Lebensnotwendigkeiten hinreichend Vorsorge getroffen ist. Die Möglichkeit der Korrespondenz gibt ihnen Gelegenheit in der gleichen Weise wie bisher mit uns in Verbindung zu bleiben und bitten wir Sie, hievon in gewohnter Weise Gebrauch zu machen.

Beste Grüße von meiner lieben Frau und mir

Ihr

Dr. D. Friedmann

Dr. Friedmann war gleich nach dem deutschen Einmarsch in Wien verhaftet und nach Dachau überführt worden. Fast ein Jahr später wurde er von dort entlassen, durfte aber weder einen Posten bei der jüdischen Gemeinde bekleiden noch auswandern. Nun ließ man ihn aus Theresienstadt „sehr zufrieden“ schreiben und schickte ihn doch zwei Jahre später auf Befehl der Gestapo in eine Auschwitz Gaskammer. So behandelte man Kronzeugen für die behauptete Harmlosigkeit der Judenpolitik des „Dritten Reiches“.

Täuschungsmanöver wurden auch in zahllosen Fällen gegenüber den bereits zum Tode verurteilten Juden angewendet und waren erfolgreich, was bei der als aussichtslos empfundenen Lage der Betroffenen psychologisch einleuchtet. Auschwitzer Häftlinge berichteten, daß bei der Ankunft eines Transportes ungarischer Juden im Frühjahr 1944 eine Panik ausbrach. Unter den Ankömmlingen gab es hohe Offiziere, die sogar noch ihre Auszeichnungen getragen haben sollen. Da hielt ein Offizier der SS eine beruhigende Ansprache und führte aus, daß nicht der geringste Anlaß zu Sorgen bestünde, die Neulinge würden in ein Bad gehen, nachher kämen sie in ein ordentliches Lager und würden zu passender Arbeit eingeteilt. Der Redner wandte sich besonders an die Offiziere als seine Kameraden, er bat sie um Unterstützung für eine klaglose Abwicklung. Die Offiziere glaubten dem Betrüger und redeten ungarisch auf ihre Leute ein, die schließlich in bester Ordnung unter Voranmarsch eines Generals in die Gaskammer zu ihrer Vernichtung schritten.

Lähmend wirkte sich die Selbsttäuschung bei künftigen Schlachtopfern aus, die noch einen Ausweg suchen konnten, weil dadurch ihr Wille zu vielleicht nicht ganz aussichtslosen Widerstandshandlungen oder einer noch rettenden Flucht unterdrückt wurde. Die Auflösung des Warschauer Ghettos, in das man mindestens 500 000 Menschen gepfercht hatte, begann am 22. Juli 1942 durch massive Deportationen ins Vernichtungslager Treblinka, über dessen Rolle verbürgte Nachrichten sehr schnell durch Flüchtlinge wie auch auf anderem Wege ins Ghetto gelangten. So erfuhr man, daß täglich tausende Menschen in Treblinka eintrafen, doch keine Lebensmittel ins Lager geliefert wurden. Man war dennoch ungewillt, die bestürzenden Meldungen zu glauben.

„Die Liquidation der Juden im Generalgouvernement begann zu Pesach [März-April] 1942. Die ersten Opfer waren die Juden von Lublin und bald darauf alle Juden im Kreise Lublin. Sie wurden in das Lager Belzec deportiert, wo sie in den neu errichteten Gaskammern umgebracht wurden. Die illegale jüdische Presse in Warschau berichtete ausführliche Neuigkeiten und Berichte über diese Massenmorde. Aber Warschau wollte ihnen nicht glauben. Die Vernunft konnte die Möglichkeit einer solchen Tatsache wie die Vernichtung von Zehn- und Hunderttausenden Juden nicht zugeben. Die Leute redeten von einer Verschiebung der jüdischen Bevölkerung in die kürzlich besetzten russischen Gebiete für landwirtschaftliche Zwecke! Mutmaßungen wurden vorgebracht, daß die Deutschen mit einer Überführung der bürgerlichen Schichten der Juden zu produktiverer Arbeit begonnen hätten! Die jüdische Presse wurde wegen der Verbreitung unverbürgter Alarmnachrichten verurteilt, obwohl ihre Beschreibungen der Deportationsaktion in allen Einzelheiten der Wahrheit entsprach. . . . Unberechtigter Optimismus verband sich mit vollkommener Unkenntnis.“ [Zitat von M. Neustadt in der Anthologie über das Warschauer Ghetto von Friedman Ph.: *Martyrs and Fighters*, New York 1954, S. 142 f.]

„Eines Abends, nach einem Tage, an dem eine furchtbare Fangaktion [für die Verfrachtung nach Treblinka] stattgefunden hatte, versammelten sich einige von uns im Fabrikbüro. Ein Gesprächspartner, ein Geschichtsprofessor . . . versuchte uns davon zu überzeugen, daß wir von einer pessimistischen Psychose ergriffen seien, die unseren Sinn für die Wirklichkeit getrübt habe. Er versuchte alle unsere Einwände zurückzuweisen, die sich auf erwiesene und unbezweifelbare Tatsachen stützten, indem er zahllose historische Beispiele aus verschiedenen Epochen anführte, daß Menschen gleichfalls einer kollektiven Angstneurose vor einer Gefahr erlegen seien, die tatsächlich gar nicht existierte. . . .“

Ich erinnere mich auch an ein Gespräch zu Anfang der „Aktion“ mit dem Führer der linken Poale-Zion [-Partei], Schachne Sagan, und mit [dem berühmten Historiker des Ghettos] Dr. Ringelblum. Ich sagte ihnen, daß es meiner Meinung nach nötig wäre, die Menschen vor dem Schicksal zu warnen, daß uns alle erwartete. Da wir keine anderen Mittel zu unserer Verteidigung hätten, sollten wir uns in einer Menge von Hunderttausenden auf die Ghettotore stürzen, uns einen Weg durch die Wachen bahnen und dann auf der „arischen“ Seite zerstreuen. Selbstverständlich rechnete ich damit, daß die große Mehrheit von uns erschlagen würde, aber es schien doch möglich, daß eine Anzahl von uns sich verstecken könnte. . . .“

Meine Gefährten waren der Ansicht, es bestünde noch immer die Hoffnung, daß ein Teil der Bevölkerung gerettet würde, auch wäre es nicht erwiesen, daß die Deutschen eine Gesamtausrottung beabsichtigten und gewisse Schutzdokumente nicht berücksichtigen würden.“ [Zitat von M. Mator bei Friedman, a. a. O., S. 143 f. Vgl. Mator M.: *Lacit é nglou ti e*, Paris 1955, S. 12–129.]

Wurden von den Anstiftern und Exekutoren der „Endlösung“ die nichtdeutsche Umwelt und auch die Juden selbst derart sowie durch eine möglichst weitgehende Geheimhaltung der Maßnahmen getäuscht, so muß man auch zubilligen, daß die psychologischen Gründe für die Unkenntnis und schon die Neigung und der Wille zu ihr unter der deutschen Bevölkerung noch stärker wirkten. Man hatte sich an das Fortissimo der unermüdlichen jüdenfeindlichen Hetze gewöhnt, war von ihr abgestumpft, empfand sie als peinlich und wandte sich von allem ab, was mit ihr zusammenhing. Man wandte sich damit oft auch von den Juden selber ab und wollte nicht wissen, was mit ihnen geschah; man fragte lieber nicht nach den Zielen der Deportation und deren Folgen — es konnte einen in Konflikt mit der Gestapo, vor Gericht und ins Konzentrations-

lager bringen. Wahl, der als „harmlos“ bezeichnete Gauleiter von Augsburg, behauptete allen Ernstes:

„Daß die Judenverschiebungen nach Theresienstadt der Anfang zu Verbrechen war, habe ich weder gewußt noch angenommen. Wiederholt habe ich mich erkundigt, wo die Juden hinkommen und was sie dort zu tun hätten. Die Antwort lautete, sie kämen in ein großes, vorbereitetes Lager nach Theresienstadt und müßten dort kriegswichtige Arbeit leisten. Ich bin ja kein Bandit, um auf den Gedanken etwaiger Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kommen.“ [Wahl K.: „ . . . es ist das deutsche Herz“, Augsburg 1954, S. 178 f.]

Wir wollen nicht die Aufrichtigkeit, Klugheit oder Naivität dieser Aussage prüfen, doch bestätigt sich hier, wie das sündhafte Verkennen der nationalsozialistischen Ideologie deren eigene Anhänger blendete, die sich wohl an den mordlustig bösen Worten berauschten, dann aber mit den praktischen Folgen lieber nichts gemein haben wollten, vor eigenen Untaten zurückschreckten, sogar fremde Untaten ablehnten oder zumindest vor ihnen die Augen versperrten. Insofern trifft es zu, daß man nicht erst nach dem Kriege sich gegen eine behauptete „Kollektivschuld“ wehrte, man wollte sich auch schon vorher in keine gemeinsame Schuld verstricken. Deshalb konnte Wahl Gauleiter in Augsburg sein und es sich leisten, die schamlosen Mordhetzereien, die der Gauleiter von Nürnberg allwöchentlich im „Stürmer“ veröffentlichte, entweder nicht zu lesen oder für so unschuldig zu halten, daß ihm keine „Gedanken etwaiger Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ aufstiegen.

Man stimmte seinem „Führer“ ergeben zu und wünschte, der Brei solle wohl heiß sein, machte sich aber dabei weis, daß sich niemand an ihm verbrennen würde. Zur Beunruhigung schien noch lange nach 1933 kein Anlaß:

„Was das Judentum anbetrifft, so steht der Nationalsozialismus nach der maßgebenden Auffassung des Führers in Abwehrstellung — nicht gegen die Religion als solche, sondern gegen das, was die NSDAP als Übergriff auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete betrachtet, vor allem in Abwehrstellung gegen die Gefährdung der germanischen Rasse. . . .“

Die Hauptabwehrfront ist dabei gegen den Osten gerichtet. Landfremde Elemente sollen anscheinend abgeschoben werden. Man wird wohl auch nach Schutzmaßnahmen für die deutsche Rasse suchen. Wenn gewisse überängstliche Kreise in Deutschland von „Ausrottung der Juden“ oder „Pogromen“ sprechen, so kann man diese Ausgeburten der Phantasie ernsthaft nicht beachten. Daß die Abwehrmaßnahmen, wenn es notwendig ist, scharfe Formen annehmen werden, damit ist allerdings zu rechnen. Aber die Austragung des Abwehrkampfes ist auf geistigem Forum gedacht.“ [Schmidt-Pauli E.: *Die Männer um Hitler*, Berlin 1935, S. 47.]

Als nach Jahren, in denen Progrome nicht mehr zu „Ausgeburten der Phantasie“ gehörten, als schließlich dieser sogenannte „Abwehrkampf“ das „geistige Forum“ verlassen und sich längst in Völkermord verwandelt hatte, fühlte sich endlich am 9. Oktober 1942 die Partei zu einer internen Kundmachung veranlaßt, mit der man den nach Deutschland gedungenen Gerüchten über die Wahrheit zu begegnen trachtete:

„Im Zuge der Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebiets Erörterungen über ‚sehr scharfe Maßnahmen‘ gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, daß solche Ausführungen — meist in entstellter oder übertriebener Form — von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbände weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Maßnahmen zu beobachten.“

Was in der Kundmachung folgt, konnte den aufmerksamen Leser kaum beruhigen, denn er erfuhr nichts Tröstliches, bevor ihm am Ende versichert wurde:

„Es liegt in der Natur der Sache, daß diese teilweise sehr schwierigen Probleme im Interesse der endgültigen Sicherung unseres Volkes nur mit rücksichtsloser Härte gelöst werden können.“ [Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben. Herausgegeben von der Partei-Kanzlei, München o. J., II, S. 131 f.]

Zusammenfassend stellen wir fest: Taktische Mittel, mit denen die in die „Endlösung“ Eingeweihten sowie ihre Söldlinge die öffentliche Meinung beeinflussten, waren sehr erfolgreich, ganz gleichgültig ob es sich um Anhänger oder Gegner, um Inländer oder Ausländer, Nichtjuden oder Juden handelte, so daß sich jeder, wenn er weder die Wahrheit zu wissen begehrte noch tätig oder leidend von ihr berührt wurde, in größerer oder geringerer Unkenntnis verharren und bei betäubtem Gewissen sich beruhigen konnte. Während der Nationalsozialismus propagandistisch dauernd für die Anerkennung der Richtigkeit der judenfeindlichen Ideologie sorgte, an der Hitler noch in seinem politischem Testament von Ende April 1945 mit altem Eifer festhielt, redete man gleichzeitig willigen Zuhörern ein, daß trotzdem den Juden ernstlich kein Leid widerfahre. Genügte das nicht zur Beruhigung, so half man, wo sich das fügte, mit Terror nach, vor dem die Angst sich in Unwissen oder zumindest in Schweigen zurückzog. Dem Ausland gegenüber, wo Methoden des Terrors nicht verfangen, leugnete man dreist und verdrehte die Dinge nach Belieben, und schließlich hatte man noch, Fleiß und Geld dafür wurden nicht gespart, Theresienstadt als Alibi bereit, mit dem man besonders während des letzten Kriegsjahres nicht müde wurde, eine „humane“ Durchführung der „Endlösung“ vorzugaukeln. Noch in seinem Gespräch am 21. April 1945 mit dem aus Stockholm zu Himmler gefahrenen Vertreter des „Jüdischen Weltkongresses“, Masur, beteuerte Himmler:

„Daß Theresienstadt kein Lager im eigentlichen Sinne des Wortes sei, sondern eine von den Juden bewohnte Stadt, die von ihnen verwaltet wird und in der sie alle Arbeit zu verrichten haben. ‚Diese Art von Lager ist von mir und meinem Freund Heydrich geschaffen worden‘, sagte er, ‚und so haben wir alle Lager gewünscht.‘“ [Masur N.: *En Jude talar med Himmler*, Stockholm 1945.]

Untereinander verständigten sich die Eingeweihten anders. In seiner Rede bei der SS-Gruppenführer-Tagung in Posen am 4. Oktober 1943 sagte Himmler:

„Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. . . . Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht. — ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet‘, sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir‘. Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat einen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leiden beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1 000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte . . .“ [PS-1919.]

Auch über die Theresienstadt schon bald nach Beginn der Deportationen zugeordnete Propagandarolle hat man in eingeweihten Kreisen offen gesprochen. Bei einer Konferenz im März 1942 erklärte Eichmann, der berichtigte Abteilungsleiter des Judenreferats IV B 4 im RSHA:

„Damit einzelne Stapostellen ‚der Versuchung, ihnen unbequeme ältere Juden [nach dem Osten] mit abzuschieben, nicht weiter ausgesetzt sind‘, sei zur Beruhigung gesagt, daß diese . . . nach Theresienstadt abgeschoben würden, das als ‚Altersghetto‘ vorgesehen sei . . . Dies geschieht um ‚nach außen das Gesicht zu wahren.‘“ [D ü s s e l d o r f e r *G e s t a p o p a p i e r e*, Photokopie Wiener Library.]

Ist es wirklich gelungen, war es auch nur möglich, die Kenntnis der „Endlösung der Judenfrage“, wie sie geplant und durchgeführt wurde, sei es auch nicht ganz, sei es selbst nur teilweise vor dem deutschen Volk und der Welt zu verbergen? Das ist eine empfindliche Gewissensfrage.

Sicher war der voll oder weitgehend eingeweihte deutsche Personenkreis klein. Er umfaßte die Spitzen der Partei, leitende Männer der SS und besonders im RSHA, und eine Anzahl hoher Beamten verschiedener Ministerien und Behörden. Dazu gesellten sich — wenn auch mehr praktisch als mit theoretischen Kenntnissen — die Funktionäre der Konzentrationslager sowie das Gesamtpersonal der Vernichtungslager und der zu Mordaktionen im Osten bestimmten vier „Einsatzgruppen“ der SS

samt allen hinbefohlenen Hilfsmannschaften aus Einheiten der Polizei und des Heeres. Es gab aber unter den Deutschen noch viel mehr Mitwisser, wenn es auch nicht angeht, ganze Gruppen summarisch näherer oder entfernterer Mitwisserschaft zu bezichtigen. Der Kreis ist viel größer, als gemeinhin angenommen wird. Er setzt sich zusammen aus Angehörigen militärischer und polizeilicher Verbände, der zivilen Verwaltung, der Partei und ihrer Organisationen, aus Funktionären der Wirtschaft und Industrie und aus Privaten. Das gilt vor allem für Personen, die während des Krieges nach Osteuropa gekommen sind. Verbreitet waren Kenntnisse unter hohen Offizieren der Wehrmacht und, schon notgedrungen, auch bei vielen ihrer Untergebenen, was viele Dokumente bestätigen. In einem Befehl vom 10. Oktober 1941 des Oberkommandanten der 6. Armee, Generalfeldmarschalls von Reichenau, heißt es:

„Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis.

Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und anverwandtem Volkstum zugefügt wurden.

Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben.“ [D-411.]

Ein Rüstungsinspekteur in der Ukraine schreibt in einem Bericht vom 2. Dezember 1941 an General Thomas:

„Die Haltung der jüdischen Bevölkerung war von vornherein ängstlich — willig. Sie suchten alles zu vermeiden, um der deutschen Verwaltung zu mißfallen. Daß sie die deutsche Verwaltung und Armee im Innern haßten, ist selbstverständlich und kann nicht wundernehmen. Es ist aber nicht beweisbar, daß die Juden geschlossen oder auch nur in größerem Umfang an Sabotageakten u. a. beteiligt waren. . . . Daß die Juden als solche aber irgendeine Gefahr für die deutsche Wehrmacht darstellen, kann nicht behauptet werden. . . .“

Erst Wochen, z. T. Monate [nach den Kampfhandlungen] wurde eine planmäßige Erschießung der Juden durch . . . Formationen der Ordnungspolizei durchgeführt. . . . Sie erfolgte durchaus öffentlich unter Hinzuziehung ukrainischer Miliz, vielfach leider auch unter freiwilliger Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen. Die Art der Durchführung der Aktionen, die sich auf Männer und Greise, Frauen und Kinder, jedes Alter erstreckte, war grauhaft. Die Aktion ist in der Massenhaftigkeit der Hinrichtungen so gigantisch wie bisher keine in der Sowjetunion vorgenommene gleichartige Maßnahme. Insgesamt dürften bisher etwa 150 000 bis 200 000 Juden in dem zum RK. gehörigen Teil der Ukraine exekutiert sein.“ [PS-3257.]

Diese Beispiele werden hier nur als Zeugnisse von Mitwisserschaft, nicht der offenbaren Mittäterschaft bewertet. Generalleutnant Kleemann, der Kommandant Ost-Ägäis, stellte am 17. Juli 1944 fest:

„Die Judenfrage auf der Insel Rhodos hat Anlaß zu Zweifeln gegeben, ob diese Frage von mir, als allein für die Politik gegenüber der Bevölkerung verantwortlichen Persönlichkeit, eine Behandlung zuteil werden könnte, die mit der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht vereinbar wäre.

Ich hatte nicht erwartet, daß solche Zweifel möglich wären . . . Ich ersuche u n v e r z ü g l i c h die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen . . . und gebe hierzu folgende Richtlinien:

1) die nationalsozialistische Weltanschauung ist eine unantastbare Voraussetzung und Grundlage für die Behandlung aller die politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse des Befehlsbereichs berührenden Fragen.

. . .

4) Es liegt im Interesse der eingeleiteten Maßnahmen, die Judenfrage auf Rhodos bis zu deren Lösung nicht zum Tagesgespräch in der Truppe zu machen.“ [CLI-18.]

Worin die „Lösung“ bestand, geht aus einer eidesstattlichen Erklärung eines deutschen Soldaten hervor:

„... ich habe folgendes gesehen: die Juden (ca. 1200 Männer, Frauen und Kinder...) mußten dicht... mit den Gesichtern zu den Mauern gewandt, Aufstellung nehmen. Sie hatten kaum Gepäck bei sich. Deutsche Soldaten, die bei der Bewachung und Absperrung eingesetzt waren, erklärten mir, daß die Juden kein Gepäck mehr nötig haben würden, da sie ja doch nicht mehr lange lebten. ...

Am Nachmittag erfolgte die Einschiffung in einige alte Barken, denen jeder ansah, daß sie für eine längere Seefahrt nicht geeignet waren. Im Hafengelände sich aufhaltende Matrosen erklärten mir auf Befragen, daß eine größere Reise ja auch nicht beabsichtigt, sondern die Sache schon nach einigen Seemeilen erledigt wäre. ... [Einige Tage später] erzählten mir unaufgefordert 2 Matrosen, die von sich behaupteten, die Barken mit den Juden gefahren zu haben, daß in einiger Entfernung von der Insel die Ventile in den Schiffen geöffnet worden sind, sie selbst in den Rettungsbooten wieder nach Rhodos zurückfuhren und die Fahrzeuge mit den... Juden ihrem Schicksal überließen, was bedeutete, daß die Passagiere alle ertrunken sind.“ [CLI-12 a.]

Bei Untersuchung der Kenntnis oder Unkenntnis der „Endlösung“ im deutschen Volk muß man sich vergegenwärtigen, daß die Schandtaten wohl nicht an die große Glocke gehängt wurden, aber die Durchsichtigkeit der Sprache vieler Publikationen war so deutlich, daß der ehrliche Leser sich kaum mehr vor der Wahrheit verschließen konnte. Der „nationalsozialistische Führungsstab der Wehrmacht“ gab als 3. Folge seiner „Führungsunterlagen“ im September 1944 Folgendes dem Druck preis:

„Es gibt heute noch in unserem Volk Menschen, die innerlich nicht ganz sicher sind, wenn wir von der Ausrottung der Juden in unserem Lebensraum reden. Bei uns bedurfte es der Charakterstärke und Tatkraft des größten Mannes unseres Volkes seit 1000 Jahren, um das jüdische Blendwerk von unseren Augen zu reißen.

Jüdische Plutokratie und jüdischer Kommunismus sind auf der Jagd nach dem seiner Sklaverei entsprungene deutschen Volk. ...

Wer kann in diesem Kampf noch von Mitleid, Nächstenliebe usw. reden? Wer glaubt daran, einen Parasiten (z. B. Laus) bessern oder bekehren zu können? ... Wir haben nur die Wahl, uns vom Parasiten auffressen zu lassen oder ihn zu vernichten.

Der Jude muß vernichtet werden, wo wir ihn treffen!

Wir begehen damit kein Verbrechen gegen das Leben ...“ [Zitat in Weinreich M.: Hitler's Professors, New York 1946, S. 238.]

Viele Dokumente liegen auch über die Kenntnis ziviler Stellen vor, die etwas seltener genau so viel wußten wie das Militär. Das Amt des Generalkommissars in Minsk ließ über den Reichskommissar für das Ostland in Riga den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete einen Brief des Strafanstaltsverwalters in Minsk vom 31. Mai 1943 über „Judenaktionen“ zugehen:

„Am 13. April wurde der deutsche ehemalige Zahnarzt Ernst Israel Tischhauer... ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. Seit dieser Zeit wurden bei den eingelieferten... Juden die Goldbrücken, Kronen und Plomben ausgezogen bzw. ausgebrochen. Dieses geschieht jedesmal 1–2 Stunden vor der betreffenden Aktion.

Es wurden seit dem 13. April 1943 516 deutsche und russische Juden erledigt.“ [E-135.]

Vom Gau Posen des deutschen „Winterhilfswerks“ wurde am 9. Januar 1943 an den Oberbürgermeister von Lods (Litzmannstadt) Klage über eine Kleiderlieferung aus dem Vernichtungslager Chelmno (Kulmhof) erhoben. Über die grausige Herkunft konnte kein Zweifel bestehen:

„Die von Ihnen gelieferten Anzüge sind in ihrer Qualität derart schlecht, daß sie zum größten Teil für Betreuungszwecke nicht verwendbar sind. ... Ein großer Teil... ist stark befleckt und teilweise auch mit Schmutz und Blutflecken durchsetzt. ... [Es hat sich] herausgestellt, daß z. B. bei einer Sendung an die Kreisamtsleitung Posen-Stadt von 200 Röcken an 51 Röcken die Judensterne noch nicht entfernt waren! Da in den Kreislagern... polnische Lagerarbeiter verwendet werden müssen, besteht die Gefahr, daß die zur Betreuung im Winterhilfswerk vorgesehenen Rückwanderer von der Herkunft der Sachen Kenntnis erhalten und das WHW somit in Miß-

kredit kommt.“ [Blumental N.: Dokumenty i materialy, I Obozy, Lodschi 1946, S. 229 f.]

In einer eidesstattlichen Erklärung berichtete H. F. Grabe, während des Krieges leitend für eine Solinger Baufirma in der Ukraine tätig, wie er im Oktober 1942 mit seinem Gehilfen Moennikes Zeuge der Ermordung der Juden von Dubno wurde:

„Moennikes und ich gingen direkt zu den Gruben. Wir wurden nicht behindert. ... Die von den Lastwagen abgestiegenen Menschen, Männer, Frauen und Kinder jeden Alters mußten sich auf Aufforderung eines SS-Mannes, der in der Hand eine Reit- oder Hundeweitsche hielt, ausziehen und ihre Kleidung nach Schuhen, Ober- und Unterkleidern getrennt an bestimmten Stellen ablegen. Ich sah einen Schuhhaufen von schätzungsweise 800 bis 1000 Paar Schuhen, große Stapel mit Wäsche und Kleidern. ... Ich habe während einer Viertelstunde, als ich bei den Gruben stand, keine Klagen oder Bitten um Schonung gehört. ... Die vollständig nackten Menschen gingen an einer Treppe, die in die Lehmwand der Grube gegraben war, hinab, rutschten über die Köpfe der Liegenden hinweg bis zu der Stelle, die der SS-Mann anwies. Sie legten sich vor die toten oder angeschossenen Menschen, einige streichelten die noch Lebenden und sprachen leise auf sie ein. Dann hörte ich eine Reihe Schüsse. Ich schaute in die Grube und sah, wie die Körper zuckten oder die Köpfe schon still auf den vor ihnen liegenden Körpern lagen. Von den Nacken rann Blut. Ich wunderte mich, daß ich nicht fortgewiesen wurde, aber ich sah, wie auch zwei oder drei Postbeamte in Uniform in der Nähe standen.“ [PS-2992.]

Die Kunde von solchen Vorgängen mußte nach Deutschland dringen, mochte die Verbreitung noch so gefährlich sein. Auch über das Schicksal der aus Mitteleuropa stammenden Juden in den Vernichtungslagern waren ungefähr richtige Kenntnisse zu finden. So bestätigt Wilhelm von Richter eidesstattlich:

„In den letzten Kriegsjahren zirkulierten in der [Dresdner] Bank unter den leitenden Herren des öfteren Gerüchte, daß jüdische Menschen in den Konzentrationslagern Theresienstadt und Auschwitz eines gewaltsamen Todes starben.“ [NID-11446.]

Von Richter hebt dann nochmals hervor, daß an eine „Liquidation der Juden“ geglaubt wurde.

Wo aber auch eine unmittelbare Kenntnis fehlte, mußte sich doch durch die Deportation, die zu einem Verschwinden der Juden auf Nimmerwiedersehen führte, eine Teilkenntnis durchsetzen, bei der sich gewissenhafte Menschen schwerlich trüber Gedanken erwehren. Bei einem Transport aus dem „Altreich“ wurden von der durchführenden Gestapo zumindest Vertreter folgender Behörden verständigt, die zum Teil auch Dokumente und Vermögenswerte der Verschiedenen empfangen: Finanzämter, Gerichte, Arbeitsämter, Reichsbahndirektionen, Landräte, Stadt- oder Gemeindebehörden, Schutzpolizei und Gendarmerie. Auch wo solche Behörden der „Endlösung“ keinen Vorschub bewußt leisteten und nicht die letzte Absicht der Deportation kannten, konnten sie sich die Grundtendenz kaum verbergen, wirkten in deren Sinn mit, begriffen die Verschickung als moralischen und materiellen, wenn schon nicht physischen Tod der Juden und ließen es sich gar einfallen, bei der Liquidation des geraubten jüdischen Vermögens an den prominentesten Propagator der Ausrottung zu denken. Die Gendarmerie in Oberelsbach, Mainfranken, wandte sich am 2. September 1942 an die Würzburger Gestapo:

„Als im Monat Juni 1942 das Finanzamt Bad Neustadt a. d. S. eine Bestandsaufnahme von den verbliebenen jüdischen Sachen machte, fand man auch eine Anzahl jüdischer Bücher aller Art, wie z. B. Gesang-, Gebet- und Lehrbücher. Sämtliche Bücher übergab das Finanzamt dem hiesigen Gendarmerie-Posten zur Aufbewahrung und war der Ansicht, wenn die Geheime Staatspolizei nichts dagegen hat, daß diese Bücher dem Verlag dem „Stürmer“ übergeben werden. Es sind ungefähr 100 Bücher und einige Photos. Ich bitte daher um Mitteilung, was mit diesen Büchern geschehen soll.“ [PS-4072.]

Sollte auch die Deportation möglichst unauffällig erfolgen, so kam doch Unliebsames vor, wie z. B. Hauptmann Salitter von der Schupo meldete, der den Transport vom 11. Dezember 1941 aus Düsseldorf nach Riga begleitete:

„Auf dem Wege vom Schlachthof zur Verladerrampe hatte ein männlicher Jude versucht, Selbstmord durch Überfahren mittels der Straßen-

bahn zu verüben. Er wurde jedoch von der Auffangvorrichtung der Straßenbahn erfaßt und nur leichter verletzt. Er stellte sich anfänglich sterbend, wurde aber während der Fahrt bald sehr munter, als er merkte, daß er dem Schicksal der Evakuierung nicht entgehen konnte. Ebenfalls hatte sich eine ältere Jüdin unbemerkt von der Verladerampe, es regnete und war sehr dunkel, entfernt, sich in ein nahe liegendes Haus geflüchtet, entkleidet, und auf ein Klosett gesetzt. Eine Putzfrau hatte sie jedoch bemerkt, so daß auch sie dem Transport wieder zugeführt werden konnte.“ [Düsseldorfer Gestapopapiere, Photokopie Wiener Library.]

Aus Salitters Bericht erfahren wir auch etwas über die Kenntnis der Letzten von der „Endlösung“ und das typische Verhalten dazu, wie es dem mordlustigen Judenhaß osteuropäischer Völker auch ohne das Brimborium nationalsozialistischer Ideologie entsprach:

„Ihr Haß gilt insbesondere den Juden. Sie haben sich daher vom Zeitpunkt der Befreiung bis jetzt auch sehr ausgiebig an der Ausrottung dieser Parasiten beteiligt. Es erscheint ihnen aber, was ich insbesondere beim lettischen Eisenbahnpersonal feststellen konnte, unverständlich, weshalb Deutschland die Juden nach Lettland bringt und sie nicht im eigenen Lande ausrottete.“

Einsicht in die Bedeutung der „Endlösung“ war die erste Voraussetzung für ihre Bekämpfung. In Bonhoeffers Nachlaß fanden sich zwei Aufzeichnungen von fremder Hand, die ziemlich genau über die ersten Osttransporte aus Berlin in der zweiten Oktoberhälfte 1941 informieren:

„Es wurden durch das Wohnungsamt der jüdischen Gemeinde kurze schriftliche Mitteilungen gesandt, daß die Wohnung bzw. das Zimmer (bei Untermietern) auf ‚behördliche Anordnung‘ für eine Räumung vorgesehen sei. . . . Es wurde den Leuten verboten, sich um andere Wohnungen oder Zimmer zu bemühen.“

Sinn und Zweck der Maßnahme wurde geheim gehalten.

[Ferner] erhielten die meisten Betroffenen Fragebogen betr. Vermögen, Wohnungsinventar, Kleidung, Wäsche . . .

Ohne vorangegangene Benachrichtigung erschien in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober Berliner Polizei oder Gestapo in den Wohnungen . . . und führte die Betroffenen auf das Polizeirevier; von dort wurden sie in Gruppen in die Synagoge in der Levetzowstraße transportiert. Soweit festgestellt werden konnte, wurden die Wohnungen zwischen 20 und 24 Uhr aufgesucht. Die Bewohner hatten nur kurze Zeit zum Packen . . .

Im Ganzen sollten allein aus Berlin 4 bis 5 000 Menschen abtransportiert werden. . . .

Weitere Wellen werden erwartet . . . [Es sind] erneut Räumungsbescheide und Listen in Familien eingetroffen.

Da diese . . . schon wissen, was die Zuschriften bedeuten, ist die Verzweiflung beispiellos. Schwere Erkrankungen bei Herzkranken, Gallenleidenden usw., Selbstmordgefahr sind die verständliche Folge, auch andere Affekthandlungen, wie sinnlose Flucht und dergl. . . . [Bonhoeffers Nachlaß bei Pfarrer E. Bethge.]

Schwieriger als im Osten war es für die Juden im besetzten Westeuropa, die wahre Absicht der Deportation zu durchschauen, bevor nicht, viel später, der britische Rundfunk ausreichenden Aufschluß gewährte.

Im Amsterdamer „Jüdischen Rat“, den die Gestapo eingesetzt hatte, wurden Anfang Dezember 1942, nachdem Zehntausende holländischer Juden verschickt und von ihnen bisher nur 93 schriftliche Nachrichten eingetroffen waren, eine neue Sendung von 91 Briefen und Karten mit dem Absender „Arbeitslager Birkenau bei Neu-Berun (Deutschland)“ von einem Beamten kritisch untersucht. Man hatte sich mit der täuschenden Aufmachung dieser zur Beruhigung künftiger Deportationsopfer dienenden Nachrichten keine sonderliche Mühe genommen. Die Karten stammten von Frauen, die Briefe von Männern. Nur zwei Frauen erwähnten die Männer, sonst schrieb keiner etwas über Familienangehörige. Nur drei Männer teilten etwas über ihre Arbeit mit. Der Unterschrift war

einmal das Wort „Sof“, hebräisch Ende, zugefügt, das Untergang, Tod bedeuten sollte. Bei den Briefen ließ sich feststellen, daß in der Ecke links oben, wo der Absender stand, die Angaben „Häftlingsnummer“ und „Auschwitz“ ausgestrichen und von fremder Hand durch „Birkenau bei Neu-Berun“ ersetzt worden waren. Auf der Hinterseite eines Briefes fanden sich gar die Worte „Schutzhäftling Jude“. Damit hatte man in Amsterdam durch die Nachlässigkeit der Auschwitz Kommandantur und der Gestapo nützliche Hinweise empfangen, so daß die Juden, falls sie nur davon erfuhren, auf den Wahrheitsgehalt der offiziellen deutschen Versprechungen über einen anständigen „Arbeitseinsatz“ in Deutschland schließen konnten.

Die Verbreitung der Kenntnis über die „Endlösung“ im freien Ausland stieß auf viele Schwierigkeiten und hatte andere Voraussetzungen als im Machtbereich Hitlers. Als sie gleichbedeutend mit Völkermord wurde, war die Außenwelt von Deutschland soweit abgeschlossen, daß die spärlichen Nachrichten nur stockend nach dem Westen drangen. Oft waren sie schon veraltet, oder der Beginn der berichteten Ereignisse lag viele Monate und selbst Jahre zurück. Interessiert waren hauptsächlich internationale jüdische Organisationen, die durch illegale Briefe, freiwillige oder bezahlte Kurier, Reisende, seltene Flüchtlinge und das Studium von Veröffentlichungen aus dem deutschen Machtbereich von den Vorgängen ein Bild gewannen, das ungefähr seit dem Spätsommer 1942 eine Einsicht in die Tragödie ermöglichte, die sich seit über einem Jahr abspielte. Doch war es bis zum Kriegsende nicht leicht, über den Umfang der Geschehnisse, ihren Ablauf und den zugrundeliegenden Plan eine zutreffende Vorstellung zu erwerben. Was man erfuhr, enthielt Widersprüche und wurde oft angezweifelt. Es war schwierig, die Meldungen zu überprüfen und untereinander zu koordinieren. Man tauschte sie auch zwischen den einzelnen Zentren nicht genügend oder zu spät aus und verbreitete sie nicht genug. Es war verhängnisvoll, daß keine zentrale jüdische Stelle das gesamte Material verarbeitete. Störend war auch die deutsche Propaganda und zu Täuschungszwecken beförderte Post internierter Juden. Mochte man dies alles auch noch so skeptisch bewerten, so wollte man doch nur für verlässlich gehaltenes Material verwenden, wobei Sorgen um die Juden, denen Repressalien drohen konnten, und andere Rücksichten Zurückhaltung auferlegten.

Versagte man sich auch Illusionen über das harte Los der Juden, ihre Deportation war unleugbar, ihr Elend offensichtlich, der Untergang vieler wahrscheinlich, so widersprachen doch manche Umstände den schlimmsten Befürchtungen einer systematischen Ausrottung. Es erschienen aber schon gegen Ende 1942 Broschüren und 1943 Bücher in Amerika und England, die einen ersten Überblick über die Vernichtungsaktionen und Lager mit Gaskammern mit genauen Einzelheiten vermittelten. Diese Veröffentlichungen wurden zu wenig beachtet. Die zwei ersten verlässlichen Darstellungen von Auschwitz wurden im Sommer 1944 vervielfältigt; sie gründeten sich auf Berichte eines polnischen Offiziers und zweier slowakischer Juden, die rund zwei Jahre in Auschwitz überlebt hatten, bevor sie sich durch Flucht ins Ausland retteten.

Später noch als an die Juden im freien Ausland gelangte die Wahrheit an die übrige Menschheit. Sie war noch viel weniger geneigt als die Juden, den Schreckensnachrichten Glauben zu schenken, als deren Mittelsmänner neben einigen Diplomaten fast nur Vertreter internationaler jüdischer Organisationen wirkten. Man zweifelte zwar kaum an einem trüben Schicksal der Juden, aber das Ärgste wollte man nicht für wahr halten. Der Kreis der Eingeweihten vergrößerte sich nur langsam und wuchs erst seit dem Überfall auf die dänischen Juden Anfang Oktober 1943 und vor allem während der Tragödie der ungarischen Juden im Frühjahr und Sommer 1944. Die breite Öffentlichkeit gelangte erst in den letzten Monaten und Wochen des Krieges, besonders seit der Befreiung von Buchenwald, Bergen-Belsen und Dachau, mehr zu einer grellen Kenntnis der Konzentrationslager in ihrer letzten Phase äußersten Hungers und verwüstender Epidemien als der seit Jahren zuvor wütenden Greuel in den Zwangsghettos, bei den Massenmorden auf offenen Feldern und in den sechs Hauptvernichtungslagern (Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno, Majdanek, Sobibor und Treblinka) im Osten.

Der Kampf wird aufgenommen

Es förderte den erschreckenden Erfolg der „Endlösung“, daß sie kein offener Kampf war, sondern eine „geheime Reichssache“. Sie war kein Krieg, wie man ihn gegen einen territorialen Gegner führt. Es erwies sich für das mordgierige Regime als unschätzbare Vorteil, daß es bei seinem Angriff auf alle sonst üblichen Kriegsregeln verzichtete und doch, bei einiger Vorsicht und List, einen Vernichtungsfeldzug gegen ein verstreut lebendes, so gut wie wehrloses Volk führen konnte, das weder von einer autonomen oder internationalen Macht noch durch ein völkerrechtlich verankertes Instrument geschützt wurde. Wohl wurde die Vernichtung der Juden von den Nationalsozialisten ideologisch als Krieg gegen eine anonyme überstaatliche Macht symbolisiert, etwa gegen das „internationale Finanzjudentum“, aber nicht diese geheimnisvolle Macht konnte man greifen, sondern nur die auf einen solchen Anschlag unvorbereiteten Juden, die dem Unheil, wo die Häscher erschienen, meist nichts als ihre Not und Angst, manchmal auch Klugheit und Mut, doch nie eine Organisation entgegenzusetzen hatten. Praktisch handelten die Verderber, aller Theorie entgegen, nicht als Kriegführende, sondern führten „Maßnahmen“ zur „Abwehr“ durch. Der jahrelange Vernichtungsfeldzug wurde als gigantische Polizeiaktion aufgezogen, wobei man die Opfer wie bei einer Riesenrazzia sammelte und dann summarisch hinrichtete.

Will man trotzdem die Durchführung der „Endlösung“ als Krieg begreifen, so waren zumindest die Angegriffenen sich dessen lange nicht bewußt. Sie fühlten sich als Opfer einer wachsenden Bedrückung, aber das Endziel ahnten sie nicht oder zu spät. Die Umwelt sah es noch weniger; bis zum Kriegsende leuchtete ihr kaum ein, daß sie das jüdische Volk als Verbündeten zu betrachten und seine Sache politisch wie militärisch als eigene Sache zu verteidigen habe. Die Nationalsozialisten hingegen nützten jeden Schritt einer ausländischen jüdischen Stelle mit größtem Geschick aus. Seit 1933 hatten sie den Juden das Leben erschwert, was die westlichen Staaten zu Protesten, Sympathiekundgebungen und, ganz unzureichend, auch zu Hilfsaktionen und zur Aufnahme von Flüchtlingen veranlaßte. Die jüdischen Organisationen mußten, wenn sie durch Erleichterung der Auswanderung und Zulassung nach Palästina den deutschen Juden helfen wollten, sich an die westlichen Mächte wenden.

Besonders mußte die Sympathie und Hilfe Großbritanniens gewonnen werden, das durch die konkurrierenden Zusagen an die Zionisten und die Araber im Ersten Weltkrieg in eine verzwickte Lage geraten war. Mit der berühmten Balfour-Deklaration hatte man sich verpflichtet, für die Errichtung einer jüdischen „öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte“ zu sorgen, aber als Mandatsmacht des Völkerbundes sah man sich, auch im eigenen machtpolitischen Interesse, durch Abmachungen mit den Arabern gezwungen, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu drosseln. Die ungünstige Lage verschärfte sich noch nach 1933 und spitzte sich durch die im britischen Weißbuch von 1939 festgelegte Politik so zu, daß der Flüchtlingsandrang in der Zeit der größten Not abgewehrt wurde. Dabei blieb es auch während des Krieges. Die Beziehungen der „Jewish Agency“, dem Zionisten und Nichtzionisten verbindenden Instrument für die Verwirklichung eines jüdischen Staates, zu Großbritannien waren daher vor dem Krieg gespannt, aber nach Hitlers Einmarsch in Österreich, nach den Pogromen der „Kristallnacht“ und der Besetzung Böhmens und Mährens durfte man sich nicht isolieren; Großbritannien war der natürliche Bundesgenosse, an den man sich anschließen mußte. Dieser Tendenz entsprach es, daß Weizmann als Präsident der „Jewish Agency“ am 29. August 1939 dem britischen Premier einen taktisch bedenklichen und in der Formulierung unglücklichen Brief schrieb:

„Das Bewußtsein, daß die Juden einen Beitrag zur Verteidigung heiligster Werte zu leisten haben, treibt mich in dieser äußerst kritischen Stunde dazu, diesen Brief zu schreiben.“

Ich wünsche nachdrücklichst die Erklärung zu bestätigen, die ich und meine Kollegen in den letzten Monaten und besonders in der letzten Woche abgegeben haben: daß wir Juden ‚auf der Seite Großbritanniens stehen und auf der Seite der Demokratien kämpfen wollen‘.

Es ist unser dringender Wunsch, diesen Erklärungen Gestalt zu verleihen. Wir wünschen das in einer Weise zu tun, die mit der allgemeinen Richtung des britischen Vorgehens vollkommen übereinstimmt. Deswegen würden wir uns in großen wie in kleinen Fragen unter die zusammenfassende Leitung der Regierung seiner Majestät stellen. Die Jewish Agency

ist bereit, über die Verwendung jüdischer Mannschaft, technischer Fähigkeit, Hilfsmittel usw. sofort Vereinbarungen einzugehen.

Die Jewish Agency hatte kürzlich mit der Mandatsmacht auf politischem Gebiet Meinungsverschiedenheiten. Wir möchten diese Meinungsverschiedenheiten hinter die größeren und drückenderen Notwendigkeiten der Stunde zurücktreten lassen. . . .“

Aus diesem leider auch noch gleich veröffentlichten Brief haben die Nationalsozialisten den ganzen Krieg über propagandistisches Kapital geschlagen und die Berechtigung zur Gefangensetzung der Juden abgeleitet. Woraus sie die Berechtigung ableiteten, die Gefangenen zu ermorden, mußten sie nicht öffentlich erklären, da sie den Mord verschwiegen und leugneten. Hätte Weizmann diesen Brief unterlassen oder vorsichtiger und nur im Namen jener Juden geschrieben, für die so zu sprechen er allein zuständig war, nämlich für die Juden Palästinas, so hätte das am Schicksal der Juden in Hitlers Machtbereich nichts geändert, denn die „Endlösung“ bedurfte keiner sachlichen Begründung, sie war auch ein „Krieg“, wie er ähnlich noch von keiner modernen Großmacht geführt worden war; der Angegriffene war kein Gegner, er war ein Opfer. Draußen in der Welt konnte im Namen einer jüdischen Organisation von unzulänglicher Macht und Autorität eine Erklärung unterschrieben werden, die den Abscheu vor dem Nationalsozialismus, die Sympathie für Verfolgte und die gemeinsame Sache mit den demokratischen Staaten verkündete (hätte man vielleicht für Hitler kämpfen dürfen?), aber in Hitlers Machtbereich stieg von 1939 bis 1941 die Anzahl der ihm ausgelieferten Juden von Hunderttausenden auf mehrere Millionen, die ausgerottet werden konnten. Es gibt viele Zeugnisse dafür, daß man in SS-Kreisen dies für das vornehmste Kriegsziel ansah. Frau Lingens-Reiner, eine nichtjüdische Wienerin, die in Auschwitz Haft geriet, berichtet in ihrem Lagerbuch³⁾ über ein Gespräch mit einem gebildeteren SS-Funktionär im Jahre 1944. Der Mann gab zu, daß für Deutschland der Krieg verloren sei, doch das Wichtigste wäre, daß auch die Juden ihn verloren hätten, die durch die Ausrottung ihrer vitalsten Volksteile in Osteuropa den Substanzverlust nicht mehr überwinden könnten.

Nochmals: Handelte es sich bei der „Endlösung“ um einen Krieg, so traf er in ihren Opfern einen hilflosen Gegner ohne eigene Macht und ohne Verbündete an, so daß er sich nicht wehren und zu keinen Gegenangriffen ausholen konnte. Als man endlich in der Welt so weit war, eine Abwehr zu erwägen, hatten die Nationalsozialisten bei ihrer „Kriegsführung“ einen nicht mehr einzuholenden Vorsprung gewonnen, Millionen waren schon dahingerafft, viele Hunderttausende konnten auch dann nicht mehr gerettet werden, aber doch war es solchen nie koordinierten Bemühungen zu danken, daß viele Juden dem Verderben entrissen worden sind. Ohne diesen viel zu spät begonnenen Kampf wären nur ganz wenige dem Verderben entronnen.

Weit gefaßt, ist als Kampf gegen die Durchführung der „Endlösung“ jede Handlung zu verstehen, die dazu dienen sollte, Juden dem Zugriff des RSHA und seiner Helfer zu entziehen. Solche Handlungen konnten von Einzelpersonen, aber auch von Gruppen und Organisationen zu Gunsten einzelner oder mehrerer Juden wie der Judenheit insgesamt unternommen werden. In Frage kamen: Hinarbeiten auf eine Änderung oder Milderung des herrschenden Kurses, Veranlassung der Reichsregierung zum Verzicht auf die „Endlösung“, Beeinflussung deutscher Behörden oder Funktionäre (auch mit Bestechung), Gewinn heimlicher Gegner der judenfeindlichen Maßnahmen zur Rettung von Juden, Schutz oder Verbergen von Verfolgten auf eigene Faust oder im Rahmen einer Widerstandsbewegung, Einwirkung auf neutrale und verbündete Staaten mit Deutschland in der Judenfrage nicht zu kooperieren und namentlich Forderungen des Auswärtigen Amtes abzulehnen oder zu sabotieren. Die Juden selbst konnten einzeln, in Gruppen oder im Anschluß an eine nicht-jüdische Widerstandsbewegung ihre Rettung versuchen. Alle diese Wege sind beschritten worden. Als Agenten wirkten Deutsche und deutsche Organisationen, Angehörige unterjochter Staaten und Völker samt ihren Organisationen, verbündete, neutrale und feindliche Staaten, internationale humanitäre Institutionen, Kirchen und jüdische Widerstandsgruppen im deutschen Machtbereich. Von einer zentralen Stelle sind sie nie gelenkt oder zusammengefaßt worden. So war die Abwehr stets im Hintertreffen gegen die Politiker der „Endlösung“, denen im RSHA ein gut organisierter kräftiger Apparat zu Gebote stand.

3) Lingens-Reiner E.: Prisoners of Fear, London 1948.

Es erhebt sich die Frage, wieso überhaupt eine extreme „Endlösung“ durchführbar wurde, der gewiß die Mehrheit des deutschen Volkes und vielleicht nicht einmal der Anhänger Hitlers und seiner Partei zugestimmt hätte. Bis zu den Parteispitzen hinauf gab es mit Juden — Juden zumindest im Sinne der „Nürnberger Rassegesetze“ — verwandtschaftlich verbundene Persönlichkeiten: Göring und Ribbentrop waren jüdisch verschwägert, SA-Obergruppenführer Schneidhuber, allerdings ein Opfer des 30. Juni 1934, wie auch der von Hitler geschätzte Geopolitiker Prof. Haushofer hatten jüdische Frauen, Generalfeldmarschall Milch war eingeständenermaßen Judenstämmling, Heydrich hatte eine jüdische Großmutter. Darüber wurde hinweggesehen, Verwandte wurden verleugnet (Ribbentrop) oder geschützt (Göring), Frau Schneidhuber kam als „Prominente“ nach Theresienstadt. Solche Fälle blieben ohne Einfluß auf die Entwicklung der Judenpolitik. Ein kleiner, aber der mächtigste Personenkreis im „Dritten Reich“ trieb sie bis zur „Endlösung“ voran und stützte sich, sobald es zur Durchführung kam, auf eine Hierarchie blind ergebener Anhänger, die meist alles billigten und alles ausführten, was man ihnen befahl. Man kann nicht feststellen, wie viele es waren, ob Hunderttausende oder nur Zehntausende. Wie dem auch sei, diese Hierarchie genügte, um den Massenmord zu begehen, sie fand auch immer so viele gehorsame Helfer, wie man sie brauchte.

Als die „Endlösung“ heimlich vorbereitet und angeordnet wurde, waren ihre Gegner im deutschen Regierungs- und Verwaltungsapparat in jedem Sinne zu schwach, um sie zu hintertreiben. Selbst die Eingeweihten in höchsten Stellungen beugten sich zitternd vor dem Allgewaltigen. Reichsinnenminister Frick, 1939 nomineller Chef des „Zentralamtes“, empfing am 8. Dezember 1942 Jochen Klepper, der ihn für seine von der Deportation bedrohte jüdische Stieftochter um eine Ausreisewilligung nach Schweden und um einen Schutzbrief für seine Frau bat.

„Ich war bei Frick. Er hat noch alles klar im Gedächtnis. Er, einer der wichtigsten Minister und im Kriege der Generalbevollmächtigte für die Zivilverwaltung, steht zu dem, was er im Oktober 1941 zugesagt hat: er will Renate aus Deutschland heraushelfen. Aber hier kann er sie nicht mehr schützen. Niemand kann es.“

Er kann mir auch keinen noch so umschreibenden Schutzbrief, wie seinerzeit für Renate, mehr geben für Hanni. Nur den Rat und die Zusicherung, zur Ausreise zu verhelfen für Hanni, nach Reni nach Schweden zu gehen.“

„Noch ist Ihre Frau durch die Ehe mit Ihnen geschützt. Aber es sind Bestrebungen im Gange, die die Zwangsscheidung durchsetzen wollen. Und das bedeutet nach der Scheidung gleich die Deportation des jüdischen Teils.“

Dies seine Worte. Er war erregt und bedrückt und lief am Schreibtisch auf und ab. „Ich kann Ihre Frau nicht schützen. Ich kann keinen Juden schützen. Solche Dinge können sich ja der Sache nach nicht im Geheimen abspielen. Sie kommen zu den Ohren des Führers, und dann gibt es einen Mordskrach.“ Für ihn, der seinerzeit Hitler erst die Möglichkeit geschaffen hat, gewählt zu werden.“

... Frick kann als Innenminister eine solche Ausreisegenehmigung nicht mehr ausstellen. Dieser Machtbereich ist ihm entzogen.“ [Kleppers Tagebuch zitiert in Gollwitzer-Kuhn-Schneider: Du hast mich heim gesucht bei Nacht, München 1954, S. 403 f.]

Frick vermittelte Klepper eine Aussprache mit dem mächtigeren Eichmann, die nach einem Hoffnungsschimmer ergebnislos verlief; Klepper verübte mit Frau und Tochter Selbstmord. Hingegen, so scheint es trotzdem, hätte eine einmütige Abwehr der Bevölkerung die Deportationen erschwert und westlich von Polen vielleicht sogar verhindert. Wenigstens ein Vorfall stützt diese Annahme:

„Am gleichen Tage [am 27. Februar 1943, als die Gestapo die noch in Berliner Fabriken beschäftigten Juden von ihrer Arbeitsstätte holte] wurden Juden verhaftet, die nichtjüdische Frauen hatten, und in das Verwaltungsgebäude der jüdischen Kultusgemeinde geschafft. Die Frauen der Verhafteten versammelten sich jeden Morgen gegenüber dem Gebäude, um die Freilassung ihrer Männer zu verlangen. Obwohl die Polizei sie bedrängte, gaben sie ihre Demonstrationen nicht auf, bis die Männer entlassen wurden.“ [Blau B.: The Last Days of German Jewry in the Third Reich, in Yivo Annual of Jewish Social Science, VIII, New York 1953, S. 202.]

Als das Massenmorden begann, fehlten die Kräfte, ihm Einhalt zu gebieten. Proteste hoher Offiziere gab es, doch verhallten sie wirkungslos; Proteste hoher Funktionäre in allen Ämtern blieben bis heute unbekannt, wahrscheinlich hat das keiner gewagt. Fragt man also danach, wie es zur „Endlösung“ kommen konnte, so fragt man damit gleichzeitig allgemein nach der Möglichkeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, was hier zu erwähnen, doch nicht zu untersuchen ist. Über die Rettung einzelner, ihnen meist nahestehender Juden hinaus ist von hochgestellten deutschen Persönlichkeiten, die Gegner oder zumindest nicht Anhänger der „Endlösung“ waren, jedenfalls nichts Entscheidendes geschehen. Damit ist keine Hilfeleistung unterschätzt, sondern festgestellt, daß nichts bekannt geworden ist, was auf eine heimliche Bekämpfung der „Endlösung“ durch solche Kreise schließen ließe. Dasselbe gilt für die Wehrmacht, doch wissen wir, daß manche Offiziere ihr Entsetzen über die Ausrottung bekundeten und ihre Mannschaften von solchen Schandtaten fernhalten wollten.

Das Verhalten des deutschen politischen Widerstandes läßt sich bei dem bisher zugänglichen Material noch nicht überblicken. So viel steht fest, daß alle Widerstandsgruppen die offizielle Judenpolitik und namentlich die „Endlösung“ ablehnten. Man trachtete, das Los der Juden zu erleichtern, ihnen zur Flucht zu verhelfen oder Verstecke zu finden. Allein die Anzahl der in und bei Berlin meist mit deutscher Hilfe den Krieg verborgen überlebender Juden wird auf 3 000 bis 4 000 Personen geschätzt. Hingegen gelang 1943 Schlabrendorf und seinen einflußreichen Freunden keine Rettung ihres jüdischen Widerstandsgefährten Prof. Max Fleischmann vor der Verschickung, der sich deshalb das Leben nahm⁴⁾. Allen wichtigeren Gruppen war das Schicksal der Juden gut bekannt. In seinem Briefentwurf vom 25. Juli 1943 an Generalfeldmarschall von Kluge schrieb Gördeler:

„Vor einer Woche vernahm ich den Bericht eines achtzehneinhalb-jährigen SS-Soldaten, der früher ein ordentlicher Junge war, jetzt mit Gelassenheit erzählte, daß es ‚nicht gerade sehr schön wäre, Gräben mit Tausenden von Juden angefüllt mit dem Maschinengewehr abzusägen und dann Erde auf die noch zuckenden Körper zu werfen!‘ [Ritter G.: Carl Gördeler, Stuttgart 1954, S. 597.]

Männer wie Gördeler wollten sobald wie möglich die Verbrechen abstellen, bestrafen und gesittete Zustände schaffen, aber die Gedankengänge, die ihn dabei bewegten, ihre Einordnung in seine Gesamtanschauung, berühren seltsam. In seiner Denkschrift „Das Ziel“ will er, der Bekannte des Zionistenführers Weizmann, die Judenfrage territorial lösen.

„Daß er die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen wollte, versteht sich ohne weiteres ... Soweit sie soldatische Leistungen für Deutschland oder alte Familientraditionen aufweisen könnten, sollte ihnen aber auch die deutsche Staatsangehörigkeit nicht verweigert werden.“ [Ritter, a.a.O., S. 295 f.]

In einer „Denkschrift an die Generalität“ vom März 1943 kam Gördeler nur in einem Absatz „Welche Ziele sind denn noch durch richtiges Handeln erreichbar?“ in peinlichem Zusammenhang auf die Juden zu sprechen:

„Dagegen ist der Zeitpunkt, Kolonien jetzt zu erwerben, verpaßt. Das wäre wohl vor einem Jahr noch möglich gewesen ... Unsere Stellung ist überdies dadurch ungeheuer erschwert, daß in den besetzten Gebieten und den Juden gegenüber Methoden der Menschenbeseitigung ... angewendet sind, die niemand vor der Öffentlichkeit gutheißen kann, die niemand verantworten wird und die dauernd als schwere Belastung auf unserer Geschichte ruhen werden ... Allmählich läßt sich bei energischer und geschickter Zielverfolgung koloniale Betätigung Deutschlands erreichen.“ [Ritter, a.a.O., S. 587 f.]

Eine Beschäftigung mit der Judenfrage schien diesem Manne selbst in der Zeit, als die „Endlösung“ ihren Höhepunkt erreicht hatte, ohne Verbindung mit machtpolitischen Erwägungen schwerzufallen. Wenn auch die Bekämpfung der „Endlösung“ für einen Politiker keineswegs nur ein humanitäres Problem darstellen durfte; ist doch eine solche Verquickung unzulässig und dem Widerstand gegen Verbrechen abträglich, der im vierten Kriegsjahr bereits realpolitisch das erste und nächste Ziel der Bewegung sein mußte, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Eine ganz andere

4) Pechel R.: Deutscher Widerstand, Zürich 1947, S. 74f.

Menschlichkeit beseelte Moltke und seine Freunde. Garf Yorck von Wartenberg stand in seinem Verhör vor dem Volksgerichtshof im August 1944 dafür ein:

„Yorck: Herr Präsident, ich habe bereits bei meiner Vernehmung angegeben, daß ich mit der Entwicklung, die die nationalsozialistische Weltanschauung genommen hatte ...

Freisler (unterbrechend): ... nicht einverstanden war! Sie haben, um es konkret zu sagen, erklärt: In der Judenfrage passe Ihnen die Ausrottung nicht, die nationalsozialistische Auffassung vom Recht hätte Ihnen nicht gepaßt.

Yorck: Das Wesentliche ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber.“ [PS-3381. Zitat in Poliakov-Wulf, a.a.O., I, S. 438.]

Generaloberst Beck bereitete ein Manifest an das deutsche Volk vor, das nach Hitlers Beseitigung veröffentlicht werden sollte. Hierin wurden die Rassenlehre und die Verbrechen des Nationalsozialismus verurteilt, und den Juden Entschädigung zugesagt. Verdienstvolle praktische Hilfe leisteten der Kreis um Frau Hanna Solf (Verstecken, Fluchtbeistand), eine vor allem aus Diplomaten wie Dr. E. Kordt bestehende Gruppe (Verstecken usw. — das Mitglied Dr. Schaeffer wurde wegen versuchter Hilfe zum Tode verurteilt), der in Essen zentrierte „Bund“ (Beschaffen von Ausweisen, Verstecken, Nachrichten- und Paketdienst für Verschickte), die Gruppe K. Chr. Knudsen in Berlin (Ausweise, Verstecke), die linke Gruppe Elsholtz in der Mark (Verstecke) und so manche andere, die in kleineren oder losen Verbänden wirkten. Manche Helfer wurden hingerichtet wie die junge Krankenschwester Gertrud Seele oder das sozialistische Ehepaar Gloeder. Tapfere Handlungen beschreiben die Tagebuchaufzeichnungen von Frau Andreas-Friedrich⁵⁾, wie unter größter Gefahr Kinder untergebracht, Schlafgelegenheiten gefunden und „sturmfreie Wohnungen“ angeboten wurden.

Alle noch feststellbaren Fälle von Opferbereitschaft sollten, wie Leo Baeck vorschlug, in einem „Goldenen Buch“ verzeichnet werden. Besonders verdienstvoll wirkte z. B. der Sozialdemokrat Dr. O. H. Greve. Auch in Aufrufen wurde gelegentlich der Juden gedacht. Die Gruppe „Der Daumen“ in Plauen wandte sich „An alle Deutschen“:

„Enthaltet Euch aller Vorwürfe gegen Juden, im Gegenteil, weist immer und überall darauf hin, daß Juden auch Menschen sind und genau so unschuldig wie andere Menschen. Merkt Euch die, die gegen Juden hetzen.“ [Weisenborn G.: *Der lautlose Widerstand*, Hamburg 1953, S. 317.]

Das ergreifendste Dokument dieser Art ist ein Flugblatt vom Frühjahr 1942 der Münchner Studentengruppe um die Geschwister Scholl, „Die weiße Rose“. Es verabscheut mit Entsetzen den Mord von 300 000 Juden in Polen und mahnt das deutsche Volk, zu protestieren und aus seiner Lethargie zu erwachen, in der es trotz seiner Kenntnis dieser Dinge verharre. Inge Scholl berichtet ein Erlebnis ihres hingerichteten Bruders Hans aus seiner Soldatenzeit:

[Hans sah aus dem Transportzug beim Aufenthalt in einer polnischen Station am Bahndamm] „junge Frauen und Mädchen gebückt, die ... schwere Männerarbeit taten. Sie trugen den gelben Zionsstern ... Hans schwang sich aus dem Fenster seines Wagens und ging auf die Frauen zu. Die erste ... war ein junges abgearbeitetes Mädchen, mit schmalen Händen und einem schönen intelligenten Gesicht, in dem eine unsäglich Trauer stand ... Da fiel ihm seine ‚Eiserne Ration‘ ein, ein Gemisch von Schokolade und Nüssen, und er steckte es ihr zu. Das Mädchen bückte sich blitzschnell und warf es ihm mit einer gehetzten, aber unendlich stolzen Gebärde vor die Füße. Er hob es auf, lächelte ihr ins Gesicht und sagte: ‚Ich hätte Ihnen so gern eine kleine Freude gemacht.‘ Dann bückte er sich, pflückte eine Margarite und legte sie ihr samt Päckchen mit einer leichten Verneigung zu Füßen. Aber schon rollte der Zug an ... Vom Fenster aus sah er, daß das Mädchen dastand und dem Zug nachblickte, die weiße Margarite im Haar.“ [Scholl, I.: *Die weiße Rose*, Frankfurt 1952, S. 91 ff.]

Auch über Sympathiekundgebungen und, seltener, Hilfeleistungen von Angehörigen der Wehrmacht, hohen Offizieren bis zu einfachen

Soldaten, liegen Zeugnisse vor. Der hingerichtete Generalmajor Stieff schrieb in einem Brief aus Minsk vom 19. November 1941:

„Es gibt große Bahneinschränkungen ... Aber dafür reicht die Bahn noch aus, jeden zweiten Tag einen Zug mit Juden aus dem Reich nach Minsk zu fahren und sie dann dort ihrem Schicksal preiszugeben. Das ist, ebenso wie der Judenstern ... eines angeblichen Kulturvolkes unwürdig. Es muß sich ja das alles einmal an uns rächen — und mit Recht! ... Es ist alles noch viel schlimmer geworden als vor zwei Jahren in Polen.“ [Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Juli 1954, S. 302 f.]

Die Deportationen nach Minsk riefen auch von unerwarteter Seite einen zwiespältigen Protest hervor. Dem alten Parteigenossen Kube, Generalkommissar für Weißruthenien, der sich schon 1912 einer jüdenfeindlichen Bewegung angeschlossen hatte, schienen sie zu viel zu werden. Er schrieb am 16. Dezember 1941 an den Reichskommissar für das Ostland in Riga:

„Ich bitte Dich persönlich um eine dienstliche Anweisung für das Verhalten der Zivilverwaltung gegenüber den Juden, die aus Deutschland nach Weißruthenien deportiert worden sind. Unter diesen Juden befinden sich Frontkämpfer mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse, Kriegsverletzte, Halbarier, ja sogar ein Dreiviertelarier ...

... Ich bin gewiß hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes, als die bodenständigen vertierten Horden. Soll man die Litauer und Letten ... mit der Abschichtung beauftragen? Ich könnte es nicht.“ [Faksimile bei Weinreich, a.a.O., S. 155 f.]

Kube verhalf sogar einem Berliner zur Rückkehr nach Mitteleuropa⁶⁾, doch lange hat sich sein Gewissen nicht geregt. Am 31. Juli 1942 schrieb er nach Riga:

„In eingehenden Besprechungen mit SS Brigadeführer Zenner und dem hervorragend tüchtigen Leiter des SD, SS-Obersturmbannführer Dr. jur. Strauch, haben wir in Weißruthenien in den letzten zehn Wochen rund 55 000 Juden liquidiert. Im Gebiet Minsk-Land ist das Judentum völlig ausgeremert, ohne daß der Arbeitseinsatz dadurch gefährdet worden ist. In dem überwiegend polnischen Gebiet Lida sind 16 000 Juden, in Slonim 8 000 Juden usw. liquidiert worden. ... Das rückwärtige Heeresgebiet hat, ohne Fühlung mit uns zu nehmen, 10 000 Juden liquidiert, deren systematische Ausmerzung von uns sowieso vorgesehen war. In Minsk-Stadt sind am 28. und 29. Juli rund 10 000 Juden liquidiert worden, davon 6 500 russische Juden — überwiegend Alte, Frauen und Kinder — der Rest bestand aus nichteinsatzfähigen Juden, die überwiegend aus Wien, Brünn, Bremen und Berlin im November v. J. nach Minsk auf Befehl des Führers geschickt worden sind.“ [Faksimile bei Weinreich, a.a.O., S. 188 f.]

Nach dieser trüben Abschweifung wenden wir uns einem Protokoll zu, das im Oktober 1942 in der Schweiz mit einem aus Brüssel stammenden jüdischen Flüchtling aufgenommen wurde. Man hatte ihn ungefähr sechs Wochen zuvor nach dem Osten deportiert, wobei er mit einer kleinen Anzahl kräftiger Arbeiter weit ins östliche Südrußland gelangte. Aus seiner Gruppe, die beim Bau von Tankfallen arbeitete, wählte ihn ein junger bayerischer Offizier als Wagenlenker aus, zu dem sich bald ein freundliches Verhältnis anbahnte.

„Er erklärte sich vollkommen angewidert vom Krieg und von allem, was damit zusammenhing. Er hielt den Krieg für schon verloren und konnte sich nicht mit dem Gedanken befreunden, was für einem Schicksal man die Juden unterworfen hatte und noch unterwarf. ...

Unser Mann lebte durch 14 Tage mit diesem Offizier, dessen Betragen ritterlich war. Der Offizier erklärte ihm zu Ende dieser Frist, daß sich für ihn eine sehr seltene Gelegenheit zur Flucht biete. Alle zwei oder drei Monate fuhr ein Zug nach Westen und tags darauf war genau der Abfahrtstag. Der Offizier bestand darauf, daß er eine Gelegenheit ergreife, die sich nicht mehr wieder bieten würde. Er führte ihn selbst in einen mit Paketen und Säcken gefüllten Güterwagen, er gab ihm auch reichlich Lebensmittel (Brot, Konserven usw.) für die Reise und 2 RM (Besatzungsgeld). Er sagte ihm auch, er solle wegen seiner Uniform

6) Loewenstein K.: Minsk — Im Lager der deutschen Juden. In „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B XXXV/56, Beilage zu „Das Parlament“, Bonn, 7. 11. 1956.

5) Der Schattenmann, Berlin 1947.

keine Furcht haben, die Todt-Uniformen würden in allen besetzten Ländern getragen. Nachdem der Offizier sich vergewissert hatte, daß der Wagen ordnungsgemäß versiegelt war, empfahl er den Mann einem der Zugbegleiter, und so fuhr, unter einem Haufen von Säcken versteckt, unser Reisender westwärts. [Die Fahrt zum unbekanntem Ziel dauerte lange.] Dann erschien der über seine Anwesenheit informierte Zugbegleiter und öffnete den Waggon. Er entdeckte, daß er sich auf dem Güterbahnhof des gare de l'Est in Paris befand.“ [Archiv des Jüdischen Weltkongresses, Genf.]

In einzelnen Fällen haben deutsche Soldaten und Zivilisten der jüdischen Widerstandsbewegung im Osten geholfen. So geschah es im Ghetto Bialystok, wo eine Gruppe, zu der ein Ernster Bibelforscher, ein Kunstmaler, Kommunisten, Sozialdemokraten u. a. gehörten, falsche Papiere, Nachrichten und Waffen besorgte, Juden versteckte und Flucht, sogar aus dem Gefängnis, ermöglichte. Zwei dieser Deutschen wurden wegen ihres Beistandes hingerichtet⁷). Am berühmtesten wurde der Fall des Feldwebels Anton Schmidt, der in Wilna die „Versprengten-Stelle“ der Wehrmacht leitete und in seinen Werkstätten, wie das in vielen Betrieben üblich war, arbeitsverpflichtete Juden aus dem Ghetto beschäftigte. Vier bis fünf Tage vor jeder „Aktion“ benachrichtigte er seine Leute, damit sie sich mit ihren Familien in seinen Schutz begeben konnten, wo er auch für Nahrung sorgte, bis die Zeit der Gefahr vorüber war. Er suchte höhere Dienststellen auf, um rechtzeitig zu erfahren, wann wieder „Aktionen“ drohten. Die Nachrichten gab er weiter, damit sich rechtzeitig möglichst viele versteckten. Er organisierte Fahrten von Juden in weniger bedrohte Gebiete, wobei er zwar von Reichen Geld annahm, das er aber an Bedürftige verteilte. Neben anderen Wohltaten setzte er diese Rettungstransporte bis zu seiner Verhaftung um Mitte Januar 1943 fort. Tennenbaum, der Führer des jüdischen Widerstandes in Bialystok, pries sein Andenken:

„Möge Anton Schmidt, ein deutscher Feldwebel aus Wien, für immer unvergessen bleiben. Möge seine Seele bewahrt werden im ewigen Leben. Er war einer der Frommen unter den Völkern, der sein Leben zur Rettung hunderter Juden aus dem Wilnaer Ghetto eingesetzt hat und ein ergebener Freund der Bewegung und von mir war.“ [Zitat in Friedman Ph.: Was there an „Other Germany“ during the Nazi Period, in Yivo Annual, X, New York 1955, S. 112.]

Selbst in Konzentrationslagern wurden Juden von deutschen Häftlingen gerettet. So gelang es in Jawischowitz, einem Nebenlager von Auschwitz, einem kommunistischen Stubenältesten 158 von 160 jüdischen Waisenkindern im Alter von elf bis 17 Jahren aus Karpathorußland vom Tage der Einlieferung bis zur Befreiung in seinem Wohnblock am Leben zu erhalten⁸).

Die Stellung der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus wurde durch das Konkordat vom 8. Juli 1933 geschwächt, das die Zugehörigkeit Gläubiger zur Partei zuließ. So litt, zumindest in den ersten Jahren des Regimes, der Widerstandsgeist der Katholiken, selbst Priester in hohen Stellungen brachten dem Regime Sympathien entgegen. Zum Segen für die Kirche wurde trotzdem der Katholizismus angegriffen, Geistliche wurden verfolgt. Der Vatikan und deutsche Kirchenfürsten protestierten, am 14. März 1937 verurteilte die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ die Rassenlehre und die Verunglimpfung des Alten Testaments. Die „Nürnberger Rassegesetze“ mit der kirchenwidrigen Definition von Juden und „Mischlingen“ sowie der Wunsch der Regierung, „Mischehen“ aufzulösen, zwang die Kirche schon aus dogmatischen Gründen zur Opposition. Auch die Bekenntniskirche wahrte diesen Standpunkt entschieden:

„Insbesondere erheben wir eindringlichen Widerspruch gegen solche Maßnahmen, die die eheliche Gemeinschaft in rechtlich unantastbaren Familien und die aus diesen Ehen hervorgegangenen Kinder bedrohen.“ [Die Evangelische Kirche Deutschlands und die Judenfrage, Genf 1945, S. 6.]

Daß die Kirchen standhaft blieben, die sich hier auch auf die Stimmung weiter Schichten im Volke stützen konnten (Trennungen von jüdischen Ehepartnern blieben trotz Druck selten), hat vielen Juden und „rassisch“ Verfolgten in Deutschland und allen besetzten Ländern das Leben gerettet. Deportiert wurden Partner von gültigen „Mischehen“

selten, in größerer Anzahl erst Anfang 1945 nach Theresienstadt. So haben die Kirchen einen Teilerfolg gegen die „Endlösung“ errungen. Hingegen vermochten sie nichts, um die gültigen Bestimmungen des RSHA zu ändern, die vorsahen, daß alle „Rassejuden“, ohne Rücksicht auf das Bekenntnis, deportiert wurden. Das nötigte die Kirchen dazu, solange es noch nicht zu spät war, „jüdischen“ Christen zur Auswanderung zu verhelfen, aber oft stand man auch ungetauften Juden bei. Selbst „Nottaufen“, Taufen ohne Bekehrung, wurden von katholischen und evangelischen Geistlichen vollzogen, wenn südamerikanische Staaten die Einwanderung nur nach Vorlage eines Taufscheines gestatteten. Als die Deportationen einsetzten, stellten sich, wenn auch nur in verhüllten Worten, manche Bischöfe dagegen. In einem Hirtenbrief vom 22. März 1942 heißt es:

„Jedermann hat das natürliche Recht auf Leben und auf die lebensnotwendigen Güter. Der lebendige Gott, der Schöpfer alles Lebens, ist der einzige Herr über Leben und Tod.“

Wir deutschen Bischöfe werden nicht aufhören, gegen die Tötung unschuldiger Personen Einspruch zu erheben. Wenn das Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ nicht mehr gilt, ist niemandes Leben mehr sicher.“ [Weisenborn, a.a.O., S. 48.]

Entschlossen verhielten sich die Kirchenfürsten Graf Galen und Graf Preysing oder Faulhaber, der auch persönlich getauften und ungetauften Juden bei Beginn der Deportationen half. Preysing stellte in seinem Hirtenbrief vom 13. Dezember 1942 Rechte für jeden Menschen fest, darunter das Recht auf Leben und Freiheit auch für alle nicht deutschen Blutes oder nicht deutscher Muttersprache; keine irdische Macht dürfe diese Rechte rauben. Noch weiter ging das deutsche Episkopat 1943 in einem Hirtenbrief. Hier wurde die Vernichtung menschlichen Lebens im angeblichen Interesse der Gesellschaft als an sich böse erklärt, die Vernichtung unschuldiger und wehrloser Menschen fremder Rasse oder Abkunft jedoch als besonders böse verworfen. Solche aufrechten Äußerungen hatten moralischen Wert, den Gang der Ereignisse wendeten sie nicht. Praktische Hilfe gewährten aber manche Geistliche, Laien und katholische Organisationen, so die „Caritas“. Öfters wurde der Beistand mit dem Leben oder mit Haft bezahlt.

Der ehrwürdigste deutsche katholische Priester, der seine Stimme für die Juden erhob, war der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg⁹). Durch Jahre beteiligte er sich an Hilfsaktionen für Juden und betete täglich in der Kirche die Formel: „Lasset uns nun beten für die Juden und für die armen Gefangenen in den Konzentrationslagern, vor allem für meine Amtsbrüder.“ Am 23. Oktober 1941 wurde er verhaftet und wegen Kanzelmisbrauchs und Vergehens gegen das Heimtückegesetz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Prälat verlangte, als „Judenseelsorger ins Ghetto“ nach Lods geschickt zu werden, aber die Gestapo wollte den kranken alten Mann nach seiner Strafhaft wegen „Gefährdung der Öffentlichkeit“ nach Dachau schaffen. Seiner Einlieferung kam der Tod zuvor.

Auch die Protestanten verhielten sich anfänglich zwiespältig. Sie konnten sich nicht einmal auf eine einheitliche Leitung stützen und waren in 29 verschiedene Bekenntnisse und Landeskirchen zersplittert. Zwar schuf man noch vor 1933 eine gemeinsame „Deutsche Evangelische Kirche“, in der aber die nationalsozialistischen Elemente bei den Kirchenwahlen von Juli 1933 die Mehrheit erlangten. In der Kirche wurde der „Arierparagraph“ eingeführt. Da sagten sich mindestens 2 000 Pastoren von ihr los, die sich dann zur offiziell nie anerkannten Bekenntniskirche zusammenschlossen. Bald standen 9 000 Pastoren zu ihr. Der offiziellen parteifreundlichen Kirche sollen 1938 zwar nur ein Zehntel der Gläubigen angehört haben, doch dauerte es selbst bei den Anhängern der Bekenntniskirche meist einige Zeit, bevor sie eindeutig von Hitler abrückten und sich über Angriffe auf das Alte Testament und den „Arierparagraphen“ hinaus um die Juden und ihre Verfolgung kümmerten. Der bayerische Landesbischof Meiser verkündete 1935 im Lutherischen Jahrbuch fünf Gebote:

„Als Christen sollen wir die Juden erstens mit Freundlichkeit grüßen, zweitens mit Selbstverleugnung tragen, drittens durch hoffende Geduld stärken, viertens mit wahrer Liebe erquickern, fünftens durch anhaltende Fürbitte retten.“

Später war es neben Meiser besonders Bischof Wurm von Württemberg, der am mutigsten sprach. Im Frühjahr 1943 verlangte er von der

⁷) Näheres s. Mark B.: Ruch oporu w getcie Bialostockim, Warschau 1952.

⁸) Hoffman E.: Im Bereich der Hölle von Auschwitz, in „Dokumente des Widerstandes“, Hamburg 1947, S. 88ff.

⁹) Erb A.: Bernhard Lichtenberg, Berlin 1947.

Regierung die Einstellung des Massenmordes und im Dezember 1943 fand er Worte, die kein anderer deutscher Geistlicher je der Reichsregierung gegenüber gewagt haben dürfte:

„Wir Christen empfinden die Vernichtungspolitik gegen das Judentum als ein schweres und für das deutsche Volk verhängnisvolles Unrecht. Das Töten ohne Kriegsnotwendigkeit und ohne Urteilsspruch widerspricht auch dem Gebote Gottes, wenn es von der Obrigkeit angeordnet wird, und wie jedes bewußtes Übertreten von Gottes Geboten rächt sich auch dieses früher oder später. Unser Volk empfindet vielfach die Leiden, die es durch die feindlichen Luftangriffe ertragen muß, als Vergeltung für das, was den Juden angetan worden ist.“

Geistliche und Laien gründeten Institutionen zur praktischen Hilfe für Juden. So lange es möglich war, suchte man durch Auswanderung zu retten, später wurden falsche Papiere verschafft, Verstecke geboten, die Flucht ermöglicht und anderer Beistand geleistet. Große Verdienste erwarben sich u. a. Pastor Hermann Maas, Pastor Zwanzger, Dr. Poelchau, Propst Grüber, Pastor Sylten. Viele erlitten für ihre Menschlichkeit Haft, Zwangsarbeit und selbst die Todesstrafe. Auch die deutschen Quäker und die Ernst Bibelforscher haben sich wiederholt als aufopfernde Freunde erwiesen.

Der Bekenntniskirche nahe stand Kurt Gerstein, der auf einen sonderbaren Weg geriet, um die „Endlösung“ zu bekämpfen¹⁰⁾. Er wollte wegen der Ermordung einer geisteskranken Verwandten in Hadamar in das Geheimnis der Vergasungen eindringen. Deshalb trat er gegen besseren Rat, in die SS ein. Im August 1942 kam er nach Polen und lernte in Betrieb der Vernichtungslager Belzec und Treblinka kennen. Er berichtete darüber dem schwedischen Diplomaten Baron von Otter und — nach Gersteins Worten — „Hundertern von Persönlichkeiten“. Wie weit diese Nachrichten drangen und wie sie wirkten, ist bis jetzt unbekannt. Schwedens Haltung gegenüber Deutschland dürften sie beeinflusst haben, aber an die Westmächte sind über das Außenministerium in Stockholm diese Kenntnisse nicht gelangt. Die Vergasungen wurden nicht eingestellt und konnten auch von Gerstein nicht verhindert werden, obwohl er sich bemüht hat, für diesen Zweck bestimmte Blausäure der Verwendung zu entziehen. Im Sommer 1945 endete er durch Selbstmord.

Sehen wir von dem meist eingehaltenen Schutz der „Mischehen“ ab, so war dem deutschen Widerstand gegen die Durchführung der „Endlösung“, so mutig auch Einzelnen geholfen wurde, kein grundsätzlicher Erfolg beschieden, das heißt, es wurde nichts erzielt, was die offizielle Vernichtungspolitik seit 1941 gehemmt oder merklich verändert hätte. In Holland gelang es jedoch der Reformierten Kirche, den Schutz aller Juden zu erreichen, die vor einem bestimmten Stichtag reformiert getauft waren. Während katholisch Getaufte nach dem Osten deportiert wurden, gelangten die Reformierten nach Theresienstadt und blieben vor einer Verschickung in Vernichtungslager bewahrt. Dieses günstige Schicksal teilten sie mit einer Gruppe, die der Generalsekretär des holländischen Innenministeriums, Frederiks, den Besatzungsbehörden als „besonders verdient“ namhaft gemacht hatte. So wurden von den Reformierten und von Frederiks rund 1 200 Personen der „Endlösung“ entzogen. In allen diesen Ländern, sogar im jüdenfeindlichen Osten, kam es zu Protesten der Kirchen oder einzelner Geistlicher, der Widerstandsbewegungen, verschiedener Organisationen und zahlreicher Persönlichkeiten gegen die Judenverfolgung, ohne den Verlauf der Ereignisse abwenden zu können. Doch überall kam es zu Hilfeleistungen in den schon beschriebenen Arten. Unterlagen für eine zusammenfassende Darstellung fehlen bis jetzt, aber wir wissen, daß viel Gutes besonders in Holland, Belgien und in beiden Zonen Frankreichs geschehen ist. Überall gefährdeten Verräter den Erfolg, überall beschäftigte die Gestapo Spitzel, darunter auch Juden. Im Westen gelang es, dem Zugriff der Mörder viel mehr Juden zu entziehen als in Deutschland oder im Osten. Viel hing davon ab, wie sich die Bevölkerung verhielt, wie sehr sie vom Judenhaß verseucht war. Oft wirkte sich Gewinnsucht aus, besonders im Osten. Juden wurden gegen Unsummen versteckt, mußten aber den Unterschlupf verlassen, nachdem man ihnen alles geraubt hatte. Sie mußten noch froh sein, nicht den Häschern ausgeliefert zu werden, die mitunter ein Kopfgeld bezahlten. Nicht selten wurden Juden von ihren „Beschützern“ auch erschlagen.

Nur wenige Juden wurden in den tschechischen Ländern gerettet, weniger als in allen anderen Verfolgungsgebieten. Wohl war der Judenhaß nicht maßlos, aber der Mut zu einem Wagnis selten. Hingegen wurden aus polnischen und ukrainischen Gebieten Fälle selbstloser Hilfe berichtet, die um so höher zu bewerten sind, als die Volksstimmung solchen Handlungen genau so zuwider war wie die unerbittliche Grausamkeit der Verfolger. Dies trifft auch für die kroatischen Teile Südslawiens zu, wo noch dazu eine korrupte und den Judenhaß des offiziellen Deutschlands fast überbietende Regierung herrschte. Viel besser war es in den serbischen und bosnischen Gebieten, wo sich die Juden zu den Partisanen flüchteten. Dies kam auch im Osten vor, aber bedeutend seltener als die deutsche Propaganda behauptete, die sich über jüdische Nachrichtenvermittlung beschwerte, obwohl die Juden sachlich wie technisch selten Gelegenheit fanden, den Partisanen Nützliches zu hinterbringen. Wiederholt lehnten Partisanengruppen die Aufnahme von Juden ab, manchmal wurden sie sogar von ihnen erschlagen. In Griechenland half die Bevölkerung den Juden, doch selten in der größten Gemeinde Saloniki. In all diesen Ländern konnte eine nicht abschätzbare Anzahl von Juden den Krieg illegal überdauern. Selten war es möglich, ganze Familien zu retten, die oft eher auf alles verzichteten, als sich voneinander zu trennen. Andere nahmen ein sicheres Versteck für ihre Kinder an und gingen selbst oft zugrunde.

Was haben in all diesen Ländern die Juden selbst getan, um die „Endlösung“ zu bekämpfen? Hätte sie eine geheimnisvolle anonyme Weltmacht beschützt, so wäre es aberwitzig zu glauben, daß sie nicht an Ort und Stelle alles unternommen hätten, um sich gegen den mörderischen Angriff zu wappnen und möglichst viele zu retten, wenn schon nicht zu Gegenschlägen auszuholen. Leider gab es keine solche jüdische Weltmacht. Vom 30. Januar 1933 bis zum 1. September 1939 erlagen zwei Deutsche, Gustloff, der Gauleiter der NSDAP in der Schweiz, und der Diplomat vom Rath den Händen jüdischer Mörder, die als Einzelne ihre „Rache“ übten. In der gleichen Zeit wurden von Nationalsozialisten meist in Konzentrationslagern oder von der Gestapo tausende Juden ungestraft erschlagen. Die Juden verfügten nicht in Deutschland und nicht im Ausland 1933 oder 1939 und nicht einmal im Jahre 1941 über Organisationen für einen tauglichen Widerstand.

Die Juden Deutschlands hatten sich 1933 zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutze Verfolgter bei den Behörden in einer freien Gemeinschaft, der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ zusammengefunden, die unter der Leitung angesehener Männer wie Leo Baeck trachteten, so vielen als möglich zu einer geordneten Auswanderung zu verhelfen, als es deutlich wurde, daß keines Bleibens in Deutschland war. Aus der „Reichsvertretung“ ging nach der „Kristallnacht“ auf amtliche Anordnung die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ hervor, die dem RSHA unterstellt und durch Terror, Verhaftungen und Hinrichtungen zu einem wehrlosen und fast gefügigen Instrument der Vernichter wurde. Man darf sich nicht vorstellen, daß die „Reichsvereinigung“ oder die zu gleicher Rolle bestimmten Kultusgemeinden in Wien und Prag zu einer Sammelstätte von Kollaboranten geworden sind, wenigstens im damals üblichen Wortsinn trifft das nicht zu, wenn sich auch in späteren Jahren Personen unerfreulichen Charakters dort zunehmend betätigten. Schritt für Schritt wurden die Interessenwahrer der bedrängten jüdischen Kollektive zur Ausführung befohlener Aufgaben gedrängt, die anfänglich nicht unbedingt verhängnisvoll schienen. Zunächst konnte von der Gruppe noch viel Unheil abgewendet oder doch gemildert und hinausgeschoben werden. Als das ziemlich unvermittelt unmöglich wurde, war es schon zu spät, die „Reichsvereinigung“ usw. in Organisationen des Widerstandes zu verwandeln. Es wäre auch dann schwierig gewesen, wenn die verantwortlichen Leiter mutigere Entschlüsse gefaßt hätten, zeigte es sich doch, wo der eine oder andere dies wagte, daß mit ihm kurzer Prozeß gemacht wurde. So war den Juden nicht gedient, zumal sich immer andere fanden, die an die Stelle der Ausgesonderten traten und dann doch ausführten, was die Vorgänger verweigert hatten.

Dieses Verfahren hatten Heydrich und Eichmann klug berechnet; es war der furchtbarste Schlag, der die jüdischen Minderheiten traf, daß man ihren Leitern ohne deren Vorwissen die administrative Vorbereitung und Durchführung der Selbstvernichtung übertrug. In den westlichen Ländern wurde vom RSHA Ähnliches versucht, es ist aber nur in Holland gelungen, durch einen „Judenrat“ die meisten Juden des Landes zu erfassen. Als das geschah, war die Gefahr einer Vernichtungspolitik deutlicher geworden, und damit war auch die Verantwortung aller, die

10) Dokumentation zur Massenvergasung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1956.

bei einer solchen Zwangsorganisation mitwirkten, wesentlich gestiegen. Man kann für sie viel weniger Entschuldigungen gelten lassen als für die Berliner, Wiener und Prager.

In Polen, Litauen und Lettland wurden kaum territoriale, sondern nur örtliche „Judenräte“ eingesetzt, deren Lage vom ersten Tag an sehr schwierig, ja fast aussichtslos war. In den Zwangsghettos, die mehrere Jahre bestanden, meist waren sie in großen Städten, dienten die „Judenräte“, soweit sich das heute überblicken läßt, bei ihrer Ohnmacht gegenüber der Gestapo, doch in ihrer weitreichenden Macht gegenüber den anderen Juden ihrer Aufgabe als Interessenvertreter meist schlecht. Die Leitung fiel in schlechte oder schwache Hände, die „Judenräte“ scheinen nirgendwo Kristallisationspunkte eines wirksamen Widerstandes geworden zu sein.

So waren die Juden von Paris bis Riga und Lublin, als die Katastrophe hereinbrach, organisatorisch unvorbereitet und dermaßen ungeschützt, daß es hoffnungsloser schon nicht mehr denkbar wäre.

In „Großdeutschland“ hat es, trotz manchen Ansätzen dazu in der zionistischen Jugendbewegung, keine jüdische Widerstandsgruppe gegeben, es fehlte für sie jeder Boden. Eine Beteiligung am deutschen oder tschechischen Widerstand kam vor, doch nur selten; auch dafür fehlten die Voraussetzungen. Anders war es im Westen, wo sich kleine Gruppen – meist waren es Mitglieder der zionistischen Jugendbewegung, zu der auch deutsche Juden und „Mischlinge“ gehörten – zum Selbstschutz zusammenfanden und mit den nationalen Widerstandsbewegungen arbeiteten. In Holland waren kleine Gruppen bis 1943 tätig, die sich um Rettungen und auch um die Ausrüstung von Flüchtlingen nach dem unbesetzten Frankreich und bis nach Spanien oder der Schweiz kümmerten. In Belgien beteiligten sich viele Juden am nationalen Widerstand und bildeten sogar militärische Verbände, die in den Ardennen mit der Waffe in der Hand kämpften und Sabotageakte verübten. Ähnlich war es in Frankreich, wo es im Maquis zwar keine jüdischen Einheiten, doch eine Anzahl jüdischer Kämpfer gegeben hat. Besondere Aufgaben erwachsen auch aus der Feindseligkeit der Vichy ergebenen Behörden, die sich den deutschen Forderungen in der Judenfrage oft willig fügten.

Ganz anders war die Lage im Osten. In Sowjetrußland kam es, mit Ausnahme der baltischen Staaten und der vormals polnischen Gebiete, nur ausnahmsweise (z. B. Minsk, Schitomir) zur Gründung von „Judenräten“ oder zur Errichtung von Zwangsghettos, die länger als wenige Wochen bestanden. Soweit sie nicht geflüchtet waren, wurden die Juden vom deutschen Ansturm überrannt. Mitteleuropäische jüdische Flüchtlinge, die nach Rußland gelangten, versicherten sogar, daß viele Juden beim Rückmarsch der Russen gegen amtlichen Rat der Sowjetbehörden, an Ort und Stelle in der Überzeugung blieben, daß die Deutschen nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges nicht zu fürchten wären. Da und dort verwendete man sie nun einige Zeit für Zwangsarbeit, dann wurden sie, oft schon nach wenigen Tagen oder Wochen, niedergemäht. Diesem Schicksal entkamen nur sehr wenige, so daß die Anzahl der überlebenden Juden aus jenen Landstrichen geringer ist als aus Polen oder aus dem Baltikum. Die Geretteten scheinen sich meist den Partisanen angeschlossen zu haben. In den großen und in manchen kleineren polnischen und baltischen Ghettos bildeten sich seit 1940, als die vollkommene Absperrung einsetzte, zunächst lockere, später fester gefügte Gruppen von zionistischen und nichtzionistischen Sozialisten, Kommunisten, religiös-zionistischen Verbänden, rechtsradikalen Revisionisten und noch anderen. Meist arbeiteten sie zusammen und stellten sogar Verbindungen mit anderen Orten her.

Auf eine Zusammenarbeit mit dem christlichen Widerstand konnte aus den dargelegten Gründen nur wenig gerechnet werden. Die bürgerlichen und halbfaschistischen Parteien Polens haben es selbst während der äußersten Not des aufständischen Warschauer Ghettos über lahme Kundgebungen hinaus fast ganz an Hilfe fehlen lassen, doch auch die Hilfe der Sozialisten und Kommunisten reichte bei weitem nicht aus. So war man auf sich selbst angewiesen und wußte dabei, daß man auf verlorenem Boden stand und keine Illusionen hegen durfte, selbst nur das nackte Leben zu retten. Man wohnte in winzigen Enklaven mitten in einem feindlichen Land, Hunger und Krankheiten wüteten, täglich waren viele Tote zu beklagen, die der Not oder Gewalttaten erlegen waren, die Anwesenheit von Greisen und Kindern erschwerte den Widerstand, man war von Spitzeln umringt, es fehlte an Waffen und Munition, um einem tausendfach überlegenen Feinde zu trotzen. Daß

es dennoch in manchen Orten zu mehr als vereinzelt Widerstandshandlungen, daß es sogar zu Aufständen kam, ist unter diesen Bedingungen bewundernswert. Der Aufstand, der im Warschauer Ghetto am 18. April 1943 begann, war die heldenhaft verzweifelte Folge des Entschlusses, sich nicht willenlos abschlagen zu lassen wie hunderttausende Warschauer und ungezählte andere polnische Juden zuvor. Im Januar 1943 sollte das Warschauer Ghetto „liquidiert“ werden, doch von den rund 60 000 Menschen, die es nach den Verschleppungen des Vorjahres dort noch gab, war kaum einer zum Sammelplatz für den Abtransport zu locken. Kein Häscher traute sich ins Ghetto, wo allein die Widerstandsbewegung durch drei Monate fast alle Macht ausübte, die in einem Flugblatt verkündete:

„AN DICH“

Ganze Scharen, Tausende sollen sich erheben. Vereinigen wir uns zu einer Armee! Wer du auch bist, und wie du auch denkst – wenn du eine stolze Seele hast und dein Herz vom schmutzigen Gift der Straße nicht verdorben, dann komm zu uns. Schulter an Schulter stell dich mit uns zum Kampf um das Leben der ratlosen, zum Tode verurteilten Massen.“ [Mark B.: Der Aufstand im Warschauer Ghetto, Berlin (Ost) 1957, S. 208.]

Um das Ghetto zu „räumen“, mußten nach Angabe des kommandierenden SS-Generals 36 Offiziere und 2034 Mann eingesetzt werden, hauptsächlich SS-Einheiten, darunter ein Panzer-Grenadier-Bataillon, aber in Wirklichkeit waren es noch mehr, denn es wurden weitere Verstärkungen und selbst Flugzeuge herangezogen. Die Aufständischen konnten nur durch Niederbrennen der Häuser und umfangreiche Sprengungen bezwungen werden. Offiziell galt der Aufstand Mitte Mai für beendet, doch in den Trümmern und Bunkern zogen sich die Kämpfe bis in die erste Julihälfte hin. Noch am 26. September 1943, über fünf Monate seit Beginn der Gefechte, rettete sich der junge Leon Najberg mit den letzten überlebenden Kameraden aus dem zerstörten Ghetto nach unsäglichen Entbehrungen auf die „arische“ Seite. Am Tage vor der Flucht notierte er:

„Von 45 Leuten in unserer Gruppe haben nur vier überlebt. Zenszowa ist durch Hunger geschwollen und ganz resigniert. Czarnoczapka ist physisch und moralisch erschöpft und in sein Schicksal ergeben . . . Szerszen sagt seine Gebete und wartet auf ein Wunder. Sein Glaube erhält ihn stark. Überhaupt hält er die Dinge besser aus als die anderen, sein Glaube an Gott unterstützt ihn kräftig. Ich bin auch physisch erschöpft und schwelle durch Hunger an. Meiner Meinung nach sollten wir über die Mauer klettern und versuchen, ins polnische Viertel zu gelangen. Und wenn es nicht glücken sollte, so denke ich doch, daß jedenfalls die Kugel im Revolver bereit ist, um uns von unserer Verzweiflung zu befreien.“ [Friedman a.a.O., S. 282 f.]

Aufstände, von denen der in Warschau nur der größte war und mit Recht der berühmteste ist, konnten nur dann aussichtsreich sein, wenn sie von außen tatkräftig unterstützt wurden. In Warschau haben sich Polen an den Kämpfen beteiligt, aber mit unzulänglichen Mitteln. Selbst eine Erhebung der gesamten christlichen Bewohner hätte nicht genügt, um bei ihrer ärmlichen Ausrüstung gegen die deutsche Waffenmacht zu bestehen. Dazu hätte es einer Hilfe des Westens oder Rußlands bedurft. Rußland beschränkte sich, viel zu spät, auf einen zwei-stündigen Luftangriff auf Warschau in der Nacht vom 14. zum 15. Mai mit Bombenabwürfen und Flugblättern. Vom Westen blieb jede fühlbare Hilfe aus. Erst am 21. Mai wurden Dr. Schwarzbart, einem jüdischen Vertreter im polnischen Nationalrat, von der polnischen Exilregierung zwei Telegramme der jüdischen Untergrundbewegung vom 28. April und 11. Mai übergeben. Dieser viel zu späte Zeitpunkt stimmt umso betrüblicher, als die Exilregierung behauptete, mit Warschau in fast täglichem telegraphischen Verkehr zu stehen. Im ersten Telegramm heißt es:

„Nur die Macht der verbündeten Nationen kann jetzt sofortige un-aktive Hilfe gewähren. Im Namen von Millionen verbrannter, ermordeter und lebend verbrannter Juden, im Namen der Kämpfenden und unser aller Namen, die wir zum Tode verurteilt sind, rufen wir der ganzen Welt zu: Es ist unerläßlich, daß die mächtige Vergeltung der Alliierten den blutdürstigen Gegner sofort und nicht in ferner Zukunft erreiche, damit klar sei, was vergolten wird. Unsere engsten Verbündeten müssen endlich das Maß der Verantwortung begreifen, daß durch

eine solche Gleichgültigkeit angesichts eines solch beispiellosen gegen ein ganzes Volk von den Nazis begangenen Verbrechens erwächst, dessen tragischer Epilog gerade jetzt abläuft. Der heroische Aufstand der verlorenen Söhne des Ghettos, ohne Vorbild in der Geschichte, sollte endlich die Welt zu Taten erwecken, die dem Ernst der Stunde angemessen sind.“ [Friedman, a.a.O., S. 269 f.]

Im nächsten Telegramm lesen wir:

„Ein Häuserblock nach dem anderen wird von den Deutschen bombardiert und in Brand gesteckt. Überall Explosionen und Brände. Das Ghetto ist von Polizei umstellt, die die Kanäle blockieren. Wer aus dem Inferno entflieht, wird gefangen und erschossen. Die jüdische Kampforganisation bleibt im Ghetto. Während das heroische Epos sich dem Ende nähert und die verbliebenen jüdischen Zentren in den Provinzen vollkommen vernichtet werden, bleibt die freie Welt, die Welt der Gerechtigkeit, schweigsam und apathisch. Es ist erstaunlich ... Telegraphiert sofort, was ihr getan habt.“ [Friedman, a.a.O., S. 270 f.]

Schwarzbart verständigte viele Stellen. Außenminister Eden überließ die Antwort seinem Sekretär:

„Ich schreibe Ihnen im Auftrag Herrn Edens, um Ihnen für Ihren Brief vom 24. Mai zu danken, dem Sie zwei Nachrichten des Zentralkomitees in Polen, an den verstorbenen Herrn S. Zygelbojm und Sie gerichtet, beigeschlossen haben, worin der jüdische Widerstand gegen die Deutschen im Warschauer Ghetto beschrieben ist.“ [Friedman, a.a.O., S. 272.]

Ein solches Versagen der Welt konnte die Fortsetzung der „Endlösung“ nicht aufhalten. Der moralische Wert jeder Heldentat ist unvergänglich, aber der Gang der Ereignisse blieb von jüdischen Aufständen unberührt. Einzelne entkamen aus Warschau und anderen Zwangsghettos nach Aufständen oder ihrer kampflosen Auflösung. Die Flüchtigen suchten Unterschlupf, führten ein gehetztes Leben oder schlugen sich zu den Partisanen durch. Beispielhaft wirkte das Warschauer Heldentum auf Partisanen im Osten wie selbst in Frankreich und sogar auf Widerstandskämpfer in Vernichtungslagern. Hier beschäftigte man Gruppen von Juden, die Hilfsarbeiten beim Empfang der Todestransporte, die Beseitigung der Leichen, das Sortieren des Raubgutes usw. besorgen mußten. Durch einen geschickten Schlag bemächtigten sich die Juden in Treblinka einer Anzahl von Waffen und steckten am 2. August 1943 das Lager in Brand. 25 SS-Männer und 60 ukrainische Helfer wurden getötet. Flugzeuge griffen ein, die meisten Juden fielen, aber eine Anzahl hat sich gerettet, das Lager mußte aufgelöst werden. Nach einem erfolgreichen Aufstand am 14. Oktober 1943, den unter Mitwirkung auch nichtjüdischer Häftlinge der kriegsgefangene russische Offizier Petschorski führte, wurde das Vernichtungslager Sobibor abgebrochen. Selbst in Auschwitz kam es mehrmals zu Aufstandshandlungen, einmal wurde sogar vom jüdischen „Sonderkommando“ eine Gaskammer gesprengt.

Im nächsten Kapitel wird der politisch geführte Kampf um die Einstellung der „Endlösung“ durch jüdische Stellen gewürdigt, deren allgemeine Hilfstätigkeit im Ausland wir jetzt skizzieren. Von Geldsendungen und anderen materiellen Unterstützungen abgesehen, bemühte man sich vor allem um die Rettung durch Ausreisen oder schützende Dokumente. Hitlerdeutschland hat es vermieden, jüdische Zivilisten neutraler und nicht besetzter feindlicher Länder des Westens anzutasten. Kriegsgefangene aus westlichen und selbst aus besetzten westlichen Ländern wurden gleichfalls verschont, soweit man sie nicht aus der Kriegsgefangenschaft entlassen hatte. Auch mit jüdischen Bürgern der verbündeten oder mit Deutschland sympathisierender Länder ging man vorsichtig um. Man forderte sie auf, ihre jüdischen Bürger bis zu bestimmten Terminen zu repatriieren. Geschah das nicht rechtzeitig, so wurde der Schutz vor den deutschen „Maßnahmen“ verwirkt. Aus Holland schaffte die Gestapo eine dänisch-jüdische Familie noch Ende April 1943 nach Hause.

Spanien billigte den Nachkommen der im 15. Jahrhundert vertriebenen Juden seine Staatsbürgerschaft zu, kargte und säumte aber mit praktischer Hilfe, so daß auf diese Weise nicht viel mehr als 367 griechische Juden gerettet wurden, die über Bergen-Belsen, als Lager für „Austauschjuden“ im Mai 1943 eröffnet, nach Barcelona gelassen wurden. Spanien hatte jedoch nur eine Durchreise und keinen Aufenthalt genehmigt, und so reisten die griechischen Juden über Casablanca weiter nach Palästina. Auch gültige Einreisepapiere nach Palästina gewährten wenigstens holländischen Juden Schutz vor dem Osten. Solche Personen

wurden, soweit sie auf einer in Genf geführten Liste standen, diplomatisch von der Schweiz in Berlin geschützt. Zumindest ein Teil von ihnen konnte einige Monate nach den Griechen Ende Juni 1944 über Istanbul nach Palästina fahren. Um jede Seele mußte mit dem Auswärtigen Amt und seinem Judenreferenten, seit Mai 1943 Eberhard von Thadden, ein Kleinkrieg ausgetragen werden, denn hier arbeitete man mit Eichmanns Amt eng zusammen, der Juden ungerne der Vernichtung entriß. Als die Juden im besetzten Rom gefährdet waren, veranlaßte Pius XII. die Ausstellung legaler Pässe südamerikanischer Staaten. Die Bedrängten wurden dann mit Hilfe päpstlicher Gelder über die feindlichen Linien geleitet.

Solche Rettungen waren mühselig, meist kostspielig und auch langwierig, aber als Ausreisen aus Hitlers Machtbereich und Einreisen in freie Staaten fast ausgeschlossen waren, mußte versucht werden, durch schützende Papiere — Pässe und Staatsbürgerschaftszeugnisse — möglichst viele Verfolgte zu retten. Es war der einzige Schritt, den jüdische Organisationen oder Verwandte im Westen tun konnten. So wurden durch Mittelsmänner in New York oder Bern Pässe von Costa Rica, Honduras, Paraguay und anderen Ländern beschafft. Die Pässe waren echt; gewöhnlich wurden sie von Konsulaten unautorisiert, doch meist — wie es scheint — aus humanitären Gründen ohne Aufgeld ausgegeben, während die Mittelsmänner verdienen wollten¹¹⁾. Bevor die Liquidation großer polnischer Ghettos begann, wurden Besitzer von Schutzpapieren in Gefängnisse eingeliefert, wo sie die „Aktionen“ überstanden. Später schickte man sie in die Ausländerlager Tittmoning und Liebenau in Deutschland und Vittel in Frankreich.

Nach der Zerstörung des Warschauer Ghettos gelangte die Gestapo in den Besitz Tausender Schutzpapiere, die von den Organisationen „Relico“ (ein Annex des „Jüdischen Weltkongresses“) in Genf und „Agudat Israel“ in St. Gallen an meist schon tote Personen geschickt worden waren. Die Gestapo verkaufte den Vorrat durch Zwischenagenten an illegal lebende Juden, die man im Frühsommer 1943 nicht in das gute Lager Vittel, sondern nach Bergen-Belsen abschob, von wo die meisten (gegen 3 000) nach einer gründlicheren Prüfung der Papiere nach Auschwitz geschickt wurden. Andere schaffte man aus Polen gleich nach Treblinka. Das RSHA nahm bald auf solche Papiere keine Rücksicht mehr, was auch die Ankündigungen Westerborker Transporte an die Lagerleitung Theresienstadt aus dem Jahr 1944 bestätigen:

„Sollten Juden im Besitz von Pässen südamerikanischer Staaten, z. B. Honduras, Ecuador, Paraguay usw. sein, so sind diese Pässe als gegenstandslos zu betrachten, da es sich hier nur um sogenannte Gefälligkeitspässe handelt.“ [Westerborker Papiere im Reichsinstitut für Kriegsdokumentation, Amsterdam.]

In der Schweiz ahnte man noch nichts von der aufgehobenen Respektierung und sandte weiterhin Tausende Pässe, da die Nachrichten aus Vittel, wo man Vertreter der Schutzstaaten und des IRK zuließ, günstig klangen. Doch die Internierten in Vittel erfuhren von den lateinamerikanischen Regierungen, daß sie weder Pässe noch Staatsbürgerschaft anerkannten. Die jüdischen Organisationen und der von Roosevelt im Januar 1944 gegründete „War Refugee Board“, der sogar selbst gefälschte Dokumente für Rettungszwecke herstellte, taten alles Erdenkliche, um diese Mächte zur Anerkennung der Papiere zu bewegen. Der Erfolg kam zu spät, denn inzwischen hatte man die meisten der bisher in Vittel Verschonten über Drancy nach Auschwitz verschickt. Hingegen blieben die Internierten in Tittmoning und Liebenau verschont, wohin sogar 150 Inhaber von Schutzpapieren aus Bergen-Belsen überführt wurden, während 200 holländische Juden mit südamerikanischen Pässen im Januar 1945 aus Bergen-Belsen zum Austausch über die Schweiz in das nordafrikanische Lager Philippeville entlassen wurden. Weitere holländische und noch andere Juden mit ähnlichen Pässen blieben bis zum Kriegsende in Bergen-Belsen zurück.

Zwei der im Krieg mit Deutschland verbündeten Länder haben sich der „Endlösung“ widersetzt und nicht gestattet, daß Juden aus ihrem Machtbereich ausgeliefert wurden: Finnland und Italien. Hitler beauftragte Himmler im Juli 1942, von Finnland die Herausgabe seiner Juden zu verlangen. Himmler äußerte sich darüber zu seinem Arzt Dr. Kersten:

„[Die Juden] sollten auf Hitlers Wunsch nach Maidanek in Polen geschafft werden. Da Hitler auf dem Standpunkt stände, daß der Krieg in

11) Eck N.: The Rescue of Jews with the Aid of Passports and Citizenship Papers of Latin American States, in „Yad Washem Studies“, I, Jerusalem 1957, S. 125—152.

Kürze siegreich beendet sei, müsse er nunmehr sein Wort einlösen, demzufolge die europäischen Juden, die mit Hilfe der Amerikaner den Krieg begonnen hätten, vollständig ausgerottet wären. Darüber hinaus erklärte Hitler, daß der erste Punkt der etwaigen Friedensverhandlungen die Auslieferung sämtlicher Juden der Welt an Deutschland enthalten werde.“ [Ungedrucktes Memorandum Kerstens vom 12. 6. 1945. Vgl. Kersten F.: *Totenkopf und Treue*, Hamburg 1952.]

Kersten verständigte sofort den finnischen Gesandten in Berlin, der ihm, dem finnischen Staatsbürger, auftrag, im Falle einer Reise Himmlers nach Helsinki unbedingt mitzufahren. Es kam dazu, und Kersten vereinbarte mit Außenminister Witting die Himmler gegenüber einzuschlagende Taktik. Kersten brachte Himmler bei, man wäre mit dem deutschen Vorschlag grundsätzlich einverstanden, doch bedürfte man der Zustimmung des Parlaments, das erst im November tagen würde, um einer Beunruhigung vorzubeugen, besser vorher nicht einzuberufen sei. Die Volksstimmung gegen Deutschland würde sich bestimmt verschlechtern, da im Krieg eine Anzahl von Juden den Heldentod erlitten habe, weswegen niemand begreifen würde, wie man jetzt deren Mütter preisgeben könne. Himmler telephonierte mit Hitler, der mit der grundsätzlichen Zustimmung so zufrieden war, daß er sich mit einem Aufschub bis November einverstanden erklärte. In diesem Sinne sprach Himmler dann mit dem Ministerpräsidenten Rangell.

„Ausdrücklich sei hier hervorgehoben, daß Rangell mit keinem Wort seine prinzipielle Zustimmung zur Deportierung der Juden gegeben hätte; daß Himmler jedoch auf Grund meines [Kerstens] Referats der Überzeugung war, daß sowohl Rangell als auch Witting seine – Himmlers – Auffassung in der Judenfrage teilten.“ [Kerstens Memorandum.]

Es gelang Kersten im Dezember 1942, als Himmler auf die Sache wieder zu sprechen kam, ihn davon abzubringen.

„Erst im September 1943 kam Himmler nochmals auf die finnische Judenfrage zurück. Er setzte mir auseinander, daß Hitler über die Nichtbehandlung der Judenfrage durch Finnland äußerst aufgebracht sei und ihn, Himmler, mit der sofortigen Einleitung einer Untersuchung der Gründe über die Zurückstellung der Judenfrage beauftragt habe. Himmler bat mich, bei meiner nächsten Reise nach Finnland diese Frage zu klären.“

In der zweiten Oktoberhälfte hatte ich bei einer Unterredung mit dem neuen . . . Außenminister Ramsay Gelegenheit, dem Wunsch Himmlers zu entsprechen. Auf die Frage Ramsays hin, ob dieses Thema unbedingt erneut aufs Tapet gebracht werden müsse, versicherte ich ihm, daß es nach wie vor genau so wie bisher zu behandeln sei. Himmler . . . hat . . . diese Frage nie mehr aufgegriffen.“ [Kerstens Memorandum.]

Als Kuriosum sei verzeichnet, daß deutsche Soldaten gelegentlich unter dem Kommando jüdischer Offiziere der finnischen Armee standen. Finnland hat keine Gesetze gegen Juden erlassen.

Das faschistische Italien hatte im Herbst 1938 harte jüdenfeindliche Gesetze eingeführt, aber die Durchführung war milder als die Vorschriften, das Volk hatte keinen Sinn für Rassen- oder Religionshäß, und selbst der schwache jüdenfeindliche Flügel der faschistischen Partei dachte an keine extremen Maßnahmen. So blieb in Italien das Leben für die Juden erträglich, die überall, auch bei den Behörden und selbst der Polizei, viele Schützer fanden. Erst als nach Badoglio's Waffenstillstand mit den Alliierten ein großer Teil des Landes von Deutschland besetzt wurde, fing und verschleppte die Gestapo tausende Juden. Genau so lange wurden alle Juden in italienisch besetzten Gebieten dem RSHA nicht ausgeliefert. Die Kirche trug zur allgemeinen Haltung der Italiener bei, die spontan handelten und keine List, kein noch so gewagtes Mittel verschmähten, um Juden oft unter Einsatz großen persönlichen Mutes zu retten.

Dieses menschliche Verhalten wurde durch Kenntnisse gefördert, die durch italienische Truppen im Osten und Südslawien, durch Diplomaten und kirchliche Kreise sich verbreiteten. Sollte die jüdische Frage gelöst werden, dann durfte das nur auf eine Italiens würdige Weise, nicht nach nationalsozialistischem Muster geschehen. Diese unnachgiebige, aber taktisch elastische Politik führte zu einem diplomatischen Kampf, der von lokalen Behörden bis hinauf zu den Polizei- und Außenministern Deutschlands und Italiens geführt worden ist und die merkwürdigste Episode in der Geschichte der Judenverfolgung unter Hitler darstellt. Dr. Knochen von der Pariser Gestapo beschwerte sich am 12. Februar 1943 in einem Brief an den Gestapochef Müller:

„Die Italiener erlauben nicht nur keinerlei einschränkende Maßnahmen gegen die Juden, sondern im Gegenteil nehmen sie in ihrer Zone die Juden aller Nationalitäten in ihren Schutz und verbieten der französischen Regierung, einschränkende Maßnahmen sogar gegen die Juden französischer Nationalität durchzuführen.“ [Poliakov-Sabille: *Jews under the Italian Occupation*, Paris 1955, S. 61.]

Die erhaltenen Dokumente nötigen eine Hochachtung vor den Italienern ab. Aus Handlungen einzelner Männer, die dem Gebote der Stunde folgten, entwickelte sich eine einheitliche Linie der zentralen Stellen. Einen entschiedenen Vertreter fand sie in Ciano, der seit spätestens Anfang 1942 durch einen Budapester jüdischen Widerstandskreis über die Massenmorde unterrichtet war und keinen deutschen Deportationswünschen entsprach. Mussolinis Haltung, der in früheren Jahren den Judenhaß verabscheut hatte, war zwiespältig, denn er vermochte dem Drängen seines Verbündeten nicht zu widerstehen und konnte nach einer Zusage an die Deutschen sich doch nicht entschließen, in ihrem Sinne zu handeln.

Am 11. November 1942 besetzten die Italiener acht Departements der bisher unbesetzten Zone Frankreichs. Deutschland hatte der Vichy-Regierung die Durchführung mancher jüdenfeindlicher Maßnahmen übertragen, in deren Befolgung der Präfekt der Alpes-Maritimes Juden in einen von Deutschland besetzten Zwangsaufenthaltort schicken wollte. Das wurde zum Anlaß einer Kontroverse zwischen Italien und Frankreich. Der Standpunkt des Quirinals wurde in einer Instruktion vom 18. März 1943 an die italienische Botschaft in Paris und Vichy definiert:

„Um bestimmte Beschwerden des Admiral Platon gegenüber unserem Vertreter bei der Vichy-Regierung zu beantworten, habe ich Ihnen zu berichten, was ich diesem Vertreter bestätigt habe: Verhaftungen und Internierungen von Juden, unbeschadet ihrer Nationalität, sind eine unseren Militärbehörden vorbehaltene Angelegenheit in der von unseren Truppen besetzten Zone. Ich habe ihm die nötigen Instruktionen erteilt, der französischen Regierung deutlich zu machen, daß die in diesen Gebieten von den Präfekten vorgenommenen Verhaftungen und Internierungen rückgängig gemacht werden müssen, und daß die verhafteten und verschleppten Juden entlassen werden müssen . . . Abschließend mache ich darauf aufmerksam, daß es sich nicht um einen Gegenstand der Verhandlung oder eine Empfehlung handelt, sondern um eine endgültige Erklärung an die französische Obrigkeit in diesem Sinne: Daß die den Juden gegenüber einzuschlagende Politik in den französischen Gebieten unter italienischer Besetzung ausschließlich eine Angelegenheit der italienischen Obrigkeit ist.“ [Poliakov-Sabille, a.a.O., S. 26 f.]

Damit waren die Juden in Südostfrankreich geschützt, wohin viele andere aus dem von Deutschland besetzten Frankreich flohen und gleichfalls geschützt wurden. Als sich die Italiener vor der Verkündung des Waffenstillstandes bis auf Nizza aus Frankreich zurückzogen, gingen die Juden mit, die bei der endgültigen Räumung nach einem Plan vom Heer mitgenommen werden sollten. Die Alliierten veröffentlichten gegen Verabredung den Abschluß des Waffenstillstandes leider vorzeitig am 8. September 1943. Die italienischen Truppen flüchteten in Panik aus Nizza. Einige hundert Juden konnten sich ihnen anschließen, die anderen blieben zurück und wurden zum größten Teil von der Gestapo gefangen.

Als Jugoslawien im April 1941 dem deutschen Ansturm erlag, setzte in Kroatien unter der Regierung Pavelic eine Schreckensherrschaft ohnegleichen ein. Serben und Juden wurden auf das grausamste zu Tode gefoltert. Noch bevor höhere italienische Stellen eingreifen konnten, begannen Hilfsaktionen lokaler militärischer Verbände. So wurden einmal gefährdete Juden in Tanks weggefahren und dann in sicherem Gebiet laufen gelassen. Die kroatischen Behörden erfuhren davon und beschwerten sich beim italienischen Kommando, das die verantwortlichen Offiziere zu zwei Tagen Hausarrest verurteilte. In der italienischen Küstenzone genossen die Juden und Serben vollkommenen Schutz. Ende Sommer 1942 lieferte Kroatien seine Juden Deutschland zur Deportation nach Polen als „Arbeiter“ aus und verpflichtete sich noch dazu, dem Reich pro Person 30 RM Transportkosten zu bezahlen. Auf die italienische Zone konnte die Deportation zum Ärger der deutschen und kroatischen Regierung nicht ausgedehnt werden, obwohl Mussolini dem deutschen Botschafter in Rom in vagen Worten seine Unterstützung zusagte, die sich allerdings nicht auf „italienische“ Juden bezog. Unterstaatssekretär Luther stellte am 24. Juli 1942 in seiner Vortragsnotiz fest:

„Die Aussiedlung kann allerdings nur mit deutscher Hilfe erfolgen, da von italienischer Seite Schwierigkeiten zu erwarten sind. Praktische Beispiele von Widerstand italienischer Behörden gegen kroatische Maßnahmen im Interesse vermöglicher Juden liegen vor. Im übrigen erklärte der italienische Stabschef in Mostar, der Umsiedlung nicht zustimmen zu können, da allen Einwohnern Mostars gleiche Behandlung zugesichert sei.

Hierüber berichtet noch der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen (o.T.); diesem wurde durch den italienischen Stabschef erklärt, es sei mit der Ehre der italienischen Armee nicht vereinbar, gegen die Juden Sondermaßnahmen zu ergreifen, wie dies von der o.T. zur Räumung von Wohnungen für ihre dringenden Bedürfnisse verlangt war.“ [Paliakov-Sabille, a.a.O., S. 164.]

Auf deutschen Druck hin wurde scheinbar insofern von Italien nachgegeben, als man die Juden seiner Zone in Lagern unter Militärverwaltung internierte und schließlich alle über die Grenze auf italienischen Boden schaffte. Obwohl Ribbentrop Anfang 1943 persönlich Mussolini drängte, die Juden auszuliefern, gestattete er doch seinen Untergebenen, Ausflüchte zu suchen, und kein Jude wurde überstellt. Vor dem Zusammenbruch wurde allen erlaubt, frei nach Italien zu kommen, aber leider schuf auch hier die voreilige Bekanntgabe des Waffenstillstandes Verwirrung. Es soll trotzdem den meisten gelungen sein, sich in Sicherheit zu bringen.

Auch in Griechenland wurden die Juden in der italienischen Zone geschützt. Da sich Deutschland nur wenig einmischte, lebten sie hier ungestört. Flüchtlinge aus der deutschen und bulgarischen Zone wurden zugelassen. In Saloniki fielen 55 000 Juden in deutsche Gewalt, doch alle mit italienischer Staatsangehörigkeit wurden nicht deportiert. Das Personal des Konsulats in Saloniki verteilte italienische Ausweise an so viele als nur möglich, die von der Gestapo reklamiert und dann von den Italienern geholt und in ihre Zone gebracht wurden. Hohe italienische Offiziere genau so wie einfache Soldaten erschienen im Durchgangslager und beschworen, daß diese oder jene Gefangene ihre Frau sei, um deren Freilassung zu erwirken. Mit dem Zusammenbruch Italiens fiel aller Schutz und viele der bisher Geretteten gerieten ins Vernichtungsnetz, wenn auch Griechen so manche vor dem Untergang bewahrten.

Sieg und Niederlage

Die Westmächte haben bis zum Kriegsbeginn meist nach den üblichen Einwanderungsbestimmungen eine Anzahl von Juden aufgenommen, sie haben es aber verabsäumt, zu einer Auswanderung in großem Umfang genügend beizutragen, wodurch viele Bedrohte der „Endlösung“ entronnen wären. Die Westmächte, von Rußland ganz zu schweigen, haben auch diplomatisch, als die Vernichtungspolitik gegen die Juden sich immer bedrohlicher ankündigte und schließlich nicht mehr zu bezweifeln war, lange nicht alles getan, um durch Druck Deutschland wesentliche oder selbst nur geringere Zugeständnisse abzunötigen. Es hat im Westen an Anwälten der Menschlichkeit auch an führenden Stellen nicht gefehlt, aber wenn es auf Taten ankam, haben die verantwortlichen Leiter der politischen Geschicke, oft unter Hinweis auf Kriegsnotwendigkeiten, jene Maßnahmen meist unterlassen, die den Juden dienlich gewesen wären. Als am 17. Dezember 1942 im britischen Unterhaus eine Erklärung der Vereinten Nationen über die Strafanzeige für die Schuldigen am Völkermord aus Gründen der Rasse verlesen wurde, erhob man sich schweigend im Gedenken an die Opfer, aber zu praktischen Schritten entschloß man sich kaum, und das eher gegen Deutschlands Verbündete als gegen Deutschland selbst. Damit sollen keines endliche Verdienste, so Roosevelts und seines „War Refugee Boards“, geschmälert werden.

Proteste, Rundfunkmeldungen, Strafanzeigen und lahme kleinere Hilfsaktionen imponierten den Mördern wenig, die geschickt diese Schwäche und klägliche Untätigkeit ausnützten. Nie wurden die Vernichtungsanlagen von Auschwitz oder anderen Lagern und die Zufahrtsh Bahnen bombardiert, obwohl die nötigen Einzelheiten über Genf nach dem Westen gemeldet wurden. Nie wurde versucht, den Todgeweihten in Lagern und Zwangsghettos durch Abwürfe von Waffen und Sprengstoffen oder gar mit Fallschirmtruppen zu helfen, obwohl durch einen geschickten Handstreich, Freiwillige hätten sich gefunden, die Auschwitz Anlagen für Monate, bei Wiederholung für immer unverwendbar geworden wären. Man hat im Westen wie im Osten zu viel verabsäumt.

Auch Bulgarien wehrte sich in der Judenfrage gegen deutschen Druck, ließ es aber zu, daß die Juden aus den besetzten griechischen und jugoslawischen Gebieten nach Auschwitz deportiert wurden. Den Juden Altbulgariens blieb dieses Schicksal erspart, wenn sie auch im Lande interniert wurden. Deutschland verlangte hartnäckig die Auslieferung, die am Widerstand sowohl führender Männer, darunter des Königs und des Metropoliten, wie des ganzen Volkes scheiterte.

Rumänien hat seine Juden stets bedrückt, seitdem es sich von türkischer Oberhoheit befreit hat. Unmittelbar nach dem Kriegsbeginn mit Rußland begannen grausige Pogrome, die nicht erst deutscher Anregung oder Mitwirkung bedurften, obwohl in der Bukowina und Bessarabien sich „SS-Einsatzgruppen“ beteiligten. Zahlreiche Juden wurden bald von den Rumänen nach Transnistrien, das Gebiet zwischen Bug und Dnjestr, transportiert, von denen viele umkamen. Andere trieb man weiter nach Osten in deutsches Besetzungsgebiet, wo sie zugrunde gingen. Als sich aber Deutschland in die inneren Verhältnisse Rumäniens einmischen und Juden nach Auschwitz und in die Lubliner Gegend verschleppen wollte, verwarf der Staatschef Antonescu die „Endlösung“ und ließ Deportationen nicht zu. Auf seinen Entschluß hatten diplomatische Schritte der Schweiz, Schwedens und des IRK starken Einfluß. Auch die lokalen Deportationen wurden eingestellt, eine kleine Anzahl von Juden, meist Kinder, sogar nach Palästina gegen deutschen Protest gelassen. Schließlich wurde sogar die Rückführung der Überlebenden aus den transnistrischen Lagern gestattet, die Rückführung wurde durch die Bukarester Kultusgemeinde und den „Jüdischen Weltkongreß“ finanziert. Als man die Rückführung wegen des schnellen russischen Vormarsches im Frühjahr 1944 abbrechen mußte, hatte man rund 14 000 zurückgebracht.

Eichmanns Plänen, wenigstens die Juden aus den rumänisch gebliebenen Gebieten Siebenbürgens im August 1944 nach Auschwitz zu verschleppen, kam die Kapitulation Rumäniens zuvor, doch hatte er im Frühjahr des gleichen Jahres alle Juden aus dem Ungarn zugesprochenen Teil Siebenbürgens deportiert. Daß hunderttausende rumänische Juden gerettet wurden, ist kein Verdienst der Machthaber des Landes, sondern eine Folge ihres ehrgeizigen Willens zu einer unabhängigen Politik, ihrer Angst vor einem ungewissen Kriegsausgang und ihrer Korruption. Alle diese Momente wurden von jüdischen Stellen im Inland wie im Ausland, von neutralen Mächten und dem IRK erfolgreich ausgenützt.

Rußland hat 1939 bei der Teilung Polens einheimische und geflüchtete Juden seiner Zone zum Teil in Zwangsarbeitslager, selbst bis in die entlegensten Gegenden, verschleppt, wobei nicht wenige durch elende Bedingungen und Grausamkeit umkamen. Flüchtlinge, die über die Demarkationslinie nach dem Osten wollten, wurden wiederholt zurückgetrieben und gingen nicht selten zwischen den deutschen und russischen Posten zugrunde.

Das Versagen der Mächtigsten dieser Erde bildet den düsteren Hintergrund, von dem sich der verzweifelte Kampf gegen die Durchführung der „Endlösung“ lichtvoll abhebt, dieser Kampf, der die „Endlösung“ selbst angriff und ihr Ende anstrebte. Das Ergebnis war die Rettung von einigen Hunderttausenden; Millionen von Toten hat jedoch nichts mehr geholfen. Mancher darunter war zu retten, wenn die Großmächte den Kampf mehr unterstützt oder ihn wenigstens nie erschwert und gelähmt hätten, so daß zu viele Kräfte auf den Gewinn ihres wohlwollenden Verhaltens verschwendet werden mußten. So waren diesem Kampf, von Einzelnen unabhängig und ohne gegenseitige Kenntnis aufgenommen, erst 1944 bei der Rettungsarbeit in Ungarn und 1945 für die Konzentrationslager, Erfolge beschieden, nicht einmal so sehr durch den Sieg der Alliierten gefördert als durch den Zerfall im nationalsozialistischen Staat.

Ein bewußt beschränkter Beitrag zu diesem Kampf waren die Bemühungen Dänemarks um die Erhaltung seiner Juden. Nach der kampflosen Besetzung des Landes blieb die legale demokratische Regierung im Amt. Die jüdischen Bürger erfreuten sich weiter aller verfassungsmäßigen Rechte. Noch im Jahre 1942 verurteilte ein dänisches Gericht einen Mann, der einen Anschlag gegen eine Synagoge verübt hatte, zu einer Gefängnisstrafe. Der Druck des Auswärtigen Amtes wegen einer dem Reich genehmen „Lösung“ der Judenfrage konnte um so eher abgewehrt werden, als der Reichsbevollmächtigte Best, in Kenntnis der vom Königshaus bis zur Arbeiterschaft einheitlichen Stimmung im

Lande, die für ihn schwierige Lage nicht noch zusätzlich belasten wollte. Als Deutschland im Sommer 1943 wegen Sabotageakten den Ausnahmezustand verkündete, trat die dänische Regierung zurück. Allerdings blieb der interne Verwaltungsapparat mit den Ministerien bestehen, die in Übereinstimmung mit der Widerstandsbewegung von ihren höchsten Beamten geleitet wurden. In Berlin hielt man die Zeit für reif, sich der dänischen Juden zu bemächtigen, wie Hitler und Ribbentrop es wünschten. Best teilte dem Reichsaußenminister am 8. September 1943 mit:

„Bei folgerichtiger Durchführung des neuen Kurses in Dänemark muß nach meiner Auffassung nunmehr auch eine Lösung der Judenfrage . . . ins Auge gefaßt werden.“

Die hierfür erforderlichen Maßnahmen müßten noch während des gegenwärtigen Ausnahmezustandes getroffen werden, weil sie in einem späteren Stadium Reaktionen im Lande hervorrufen würden, die zur erneuten Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes . . . führen würden. Insbesondere würde, wie ich aus zahlreichen Informationen weiß, eine etwa bestehende verfassungsmäßige Regierung zurücktreten, ebenso würden der König und der Reichstag ihre weitere Mitwirkung an der Regierung des Landes einstellen. Außerdem wäre wohl mit einem Generalstreik zu rechnen, weil auf Grund dieser Maßnahmen die Gewerkschaften ihre Tätigkeit und damit ihre mäßigende Beeinflussung der Arbeiter einstellen würden. Werden die Maßnahmen während des jetzigen Ausnahmezustandes getroffen, so besteht allerdings die Möglichkeit, daß eine verfassungsmäßige Regierung nicht mehr gebildet werden kann . . .“ [Adler, a.a.O., S. 702 f.]

Obwohl außer Best auch noch andere Deutsche auf die für das Reich ungünstigen Folgen einer Deportation hinwiesen, wurde für die Nacht vom 1. zum 2. Oktober eine Razzia vorbereitet. Sie wurde ein Fehlschlag, weil der deutsche Marineattaché Duckwitz rechtzeitig Hansen, einen führenden Mann des dänischen Widerstandes, gewarnt hatte. Auch Moltkes Verdienste hierbei wurden hervorgehoben. Nach dem Krieg rühmten sich ferner der Beihilfe Best, der damalige Gestapo-Inspektor in Dänemark, Dr. Mildner, und noch andere. Wie dem auch sei, nach dänischem Urteil gebührt Duckwitz das Hauptverdienst. Schnell wurden die Juden verständig, so daß sich die meisten sichern konnten und dann mit Hilfe dänischer und schwedischer, aber auch deutscher Stellen nach Schweden flüchteten, insgesamt rund 7 000 Personen, darunter auch „Mischlinge“ und „arische“ Partner von „Mischehen“. Die Gestapo konnte nur 470 Personen fangen, die sie nach Theresienstadt, aber nie weiter nach dem Osten schaffte.

Wie Best vorausgesagt hatte, rief der Überfall im Lande größte Enttäuschung hervor. Das Außenministerium und der Gesandte in Berlin setzten sich gemeinsam mit dem Dänischen Roten Kreuz (RK) sofort tatkräftig für die Verschickten ein. Ein Brief des Dänischen Roten Kreuzes vom 5. Oktober 1943 veranlaßte das Deutsche Rote Kreuz nach einer Beratung mit Eichmann am 4. November bald zu folgender Antwort:

„Die Möglichkeit, Vertretern des Dänischen Roten Kreuzes die Erlaubnis zu einem Besuch der dänischen Juden in Theresienstadt zu geben, ist nicht grundsätzlich abgelehnt worden. Die Ausführung muß jedoch zunächst für eine etwas spätere Zeit zurückgestellt werden.“

Dem Dänischen Roten Kreuz kann das Deutsche Rote Kreuz weiterhin mitteilen, daß es erreicht worden ist, Korrespondenzmöglichkeiten für die in Theresienstadt aufgenommenen dänischen Juden vorzusehen, und daß ferner die Zusicherung gegeben worden ist, daß sie in Theresienstadt verbleiben.“ [Adler, a.a.O., S. 728.]

Zäh wurde darum gerungen, jeden Fall zu überprüfen, der wegen halb-jüdischer Abkunft den Vorschriften nach zu einer Entlassung aus Theresienstadt berechtigte. Für die Gefangenen wurden wesentliche Erleichterungen erreicht. Bevor aber Theresienstadt besucht werden konnte, mußte es erst besichtigungsreif gemacht werden, wofür man über ein halbes Jahr brauchte. Als nach mehrmals verschobenem Termin am 23. Juni 1944 Sektionschef Hvass vom dänischen Außenministerium mit Dr. Henningsen vom Gesundheitsamt als Vertreter des Dänischen Roten Kreuzes Theresienstadt sahen, konnten sie zwar das Geheimnis des vorzüglich präparierten Lagers nicht durchdringen, sich aber vom relativen Wohlbefinden ihrer Schutzbefohlenen überzeugen. Man ließ auch weiterhin nicht ab, sich um ihr Wohl zu kümmern. Am 15. April 1945 wurden die dänischen Juden in Erfüllung einer Zusage Himmlers an den Grafen Bernadotte, alle skandinavischen Gefangenen zu entlassen, vom

Schwedischen Roten Kreuz aus Theresienstadt abgeholt. Die unerschrockene Haltung Dänemarks wurde durch einen schönen Erfolg belohnt, den allerdings glückliche Umstände – deutsche Hilfe und Schwedens schneller Beistand – wesentlich begünstigt haben.

Die „selbständige“ Slowakei verdankte ihren Bestand dem nationalsozialistischen Deutschland und war trotz seiner klerikalen Grundlage ein nach nationalsozialistischem Muster geregelter Staat, besonders in der Judenfrage, doch bot der nominelle Katholizismus der führenden Staatsmänner, Präsident Tiso war Priester, gegenüber Deutschland den Juden eine bessere Chance. Trotzdem trafen die Judengesetze auch die Getauften. Die Slowakei schloß sich so eng dem deutschen Vorbild an, daß man in Preßburg einem „Zentralen Judenamt“ eine „Judenzentrale“ wie in Berlin dem „Zentralamt“ die „Reichsvereinigung“ gegenüberstellte. Diese „Judenzentrale“ wurde, zum Unterschied von allen „Judenräten“, bald ein Instrument des Widerstandes, der vom Anfang in ihr wirkte und immer stärker wurde. Später nahm ein Mitglied des Widerstandes, Dr. Oskar Neumann, sogar die Stelle des Vorsitzenden in der „Judenzentrale“ ein. Die Widerständler, darunter die gefeierte Märtyrerin Gisi Fleischmann, waren Zionisten, denen sich manche Nichtzionisten anschlossen.

Daß dieser Kreis von 1939 bis in den Herbst 1944 als straffe Organisation bestand, verdankte er nicht nur seinem opferbereiten Mut und seiner Tüchtigkeit, sondern auch der politischen Lage des Landes. Zwar war die Verwaltung von Deutschen durchgesetzt, aber gerade wegen der weitreichenden Kollaboration der Behörden mit dem Reich so autonom, daß die Kontakte des Widerstandes selbst zur Regierung, in der auch fromme Männer saßen, die den Juden wohlwollten und halfen, ohne Berührung mit der Gestapo möglich waren. Dazu kam, daß sich das Episkopat, vom Nuntius ermuntert, gegen die Deportation und für den Schutz der vielen getauften Juden einsetzte. Schließlich war Dieter Wisliceny, Eichmanns Vertreter in Preßburg, ein merkwürdiger Mann, der als erster seinesgleichen mit den Juden nicht nur Katze und Maus gespielt, sondern auch, freilich unter Wahrung seiner Position der Stärke wie andere nach ihm, wegen der Durchführung der „Endlösung“ verhandelt und gefeilscht hat.

Trotz allen Protesten begannen die Deportationen aus der Slowakei nach Polen schon im März 1942, früher als aus allen besetzten oder verbündeten Staaten, wobei Getaufte und einige andere Kategorien, die Schutzlegitimationen erhielten, erst am 15. Mai 1942 ausgenommen wurden. Als Ende Juni schon über 50 000 Juden verschleppt waren, gelang es dem Widerstand, der auch den slowakischen Machthabern gegenüber alle Kunststücke und Bestechungen spielen ließ, Wisliceny zu überreden, für 40 000 \$ die Deportation einzustellen. Wisliceny stellte eine Zahlungsfrist und verschickte, weil er das Geld nicht schnell genug erhielt, noch 3000 Juden. Dann hörten die Transporte für volle zwei Jahre auf. 55 000 Menschen waren verloren, aber 25 000 zunächst verschont. Die Mehrzahl wurde nach Sered und in andere Arbeitslager geschafft, wo es ihnen erträglich oder sogar gut ging, ein Verdienst des Widerstandes und der „Judenzentrale“. Wer das Lösegeld empfing, Wisliceny wies eine amtliche Bestätigung vor, ist bis jetzt unentschieden.

Zur gleichen Zeit, als Wisliceny mit den Juden verhandelte, wurde er vom Ministerpräsidenten Tuka mit Anfragen bedrängt, was mit den Juden in Polen geschehe. Der Nuntius hatte die Slowakei auf die Vergasungen hingewiesen, dies ein Beweis, wie bald der Vatikan über die Praxis, wenn auch kaum über die Theorie der „Endlösung“ informiert war, was auch zur Beurteilung der Haltung des deutschen Episkopats seit dem Sommer 1942 wichtig ist. Wisliceny leugnete alles, was ihm von Tuka vorgehalten wurde, erwirkte aber in Berlin die Einstellung der Deportationen, wovon er sich weitere wirtschaftliche Vorteile versprochen zu haben scheint, während sich taktisch dieses Nachgeben als Ablenkungsmanöver von den Vorgängen in Polen verwerten ließ. Alles zusammen berechtigt den Verdacht, daß Wisliceny das Geld zusätzlich als Bestechung in einer an höherer Stelle schon geregelten Sache annahm, da es unwahrscheinlich ist, daß der verhältnismäßig kleine Betrag den Verzicht auf weitere Deportationen herbeigeführt hat. Wisliceny war geschwätzig und hat als Zeuge in Nürnberg noch mehr erzählt, als man von ihm verlangte. Er war ein flotter Lebemann und williger Exekutor aller Befehle, doch von der Ideologie des Judenhasses viel weniger durchdrungen als die unerbittlichen Verfechter der „Endlösung“. Dieses Unerbittliche, das Eichmann stets erfüllte, beherrschte

aber Hitler bis zum Ende. Das macht es unwahrscheinlich, daß damals, als man sich in jenen Kreisen eines deutschen Sieges sicher dünkte, sich die „Endlösung“ durch Ausrottung in einen Freikauf nach der Alternative „Geld oder Leben“ hätte umwandeln lassen. Wisliceny hat später, als er die Deportation der Juden aus Saloniki leitete, keine Skrupel gezeigt. Es ist dennoch möglich, daß er in Preßburg nicht ganz ohne Eichmanns Wissen handelte, denn als sich im April 1944 die Budapester „Wa'ada“ in Kenntnis des Preßburger Präzedenzfalles an Wisliceny wandte, übernahmen nach der ersten Begegnung zwei andere Männer der Eichmann-Gruppe die Fortsetzung der Gespräche.

Rätselhafter wird Wislicenys Rolle durch einen erstaunlichen Vorschlag, den er Anfang 1943 dem Preßburger Widerstand unterbreitete. Gegen eine Zahlung von 2 000 000 \$ bot er die Einstellung der Deportation von Juden mit Ausnahme „Großdeutschlands“ und Polens an. Die maßgebenden jüdischen Widerständler in Preßburg und Budapest haben wenigstens teilweise das Angebot für ernst gehalten. Jedenfalls wandte man sich, wie schon vorher bei der Forderung der 40 000 \$, an die „Jewish Agency“ und an Saly Mayer, den Schweizer Vertreter des „Joint“. Es wird behauptet, daß die „Jewish Agency“ das Angebot annehmen wollte, aber nicht über die nötigen Mittel verfügte, während Mayer, der bereits das erste „Geschäft“ abgelehnt hatte, nach längerem Hin und Her nur eine Zahlung nach dem Krieg garantieren, doch von einer Barzahlung selbst in Monatsraten nichts wissen wollte. Die Preßburger brachten nur 57 000 \$ auf, die Wisliceny übergeben wurden. Er hat diesen Betrag im Herbst 1943 sogar zurückerstattet.

Bevor die jüdischen Weltorganisationen ihre Archive nicht öffnen werden, läßt sich nicht beurteilen, wie dieses und spätere Angebote von ihnen behandelt wurden. Sicher mißtraute man den deutschen Unterhändlern und wollte sich ohne eine Garantie für die Erfüllung der Versprechungen nicht erpressen lassen. Das Lösegeld war nicht hoch, wenn man annehmen will, daß etwa eine Million Menschen zu retten gewesen wären. Gerade dieser relativ geringe Betrag aber, nirgendwo anders als in Preßburg und nur von Wisliceny gefordert, stimmt verdächtig, denn es ist unglaublich, daß Hitler und das RSHA, gar 1943, gegen eine solche Summe eingewilligt hätten, die „Endlösung“ weitgehend einzuschränken. Gewiß ist stets zu wenig geschehen, um selbst die aberwitzigsten Vorschläge als willkommene Gesprächsbasis oder zumindest propagandistisch zu nutzen, die auch an andere Stellen als an den „Joint“ und die „Jewish Agency“ hätten weitergeleitet werden müssen; andererseits darf man nie vergessen, welche gewaltige Kräfte die „Endlösung“ vorantrieben, der bis ins Jahr 1944 kein in Deutschland entscheidender Machtträger widersprach und der nur durch ein Zusammenwirken der Großmächte entgegenzutreten war.

Die Leistungen des jüdischen Widerstandes in Preßburg und Budapest werden durch solche Betrachtungen nicht geschmälert. Es ist nicht ihre Schuld, wenn die Endergebnisse weit hinter ihren Hoffnungen zurückgeblieben sind. Beim Ausbruch des slowakischen Aufstandes im Sommer 1944 wurden alle Juden aus den Arbeitslagern entlassen, nach dessen Niederwerfung wieder eingefangen und nach Sered geschafft, das unter Leitung von Eichmanns gefürchtetem Wiener Gehilfen Brunner in ein Konzentrationslager verwandelt wurde. Auch die Mehrzahl der Angestellten der „Judenzentrale“ und viele Widerständler wurden gefangen und nach Auschwitz, nach Einstellung der Vergasungen auch nach Mauthausen, Ravensbrück, Sachsenhausen usw. deportiert. Einige Transporte wurden nach Theresienstadt, einer mit „Mischehepartnern“ nach Bergen-Belsen geleitet. Der Budapester „Wa'ada“ gelang es nicht, die Katastrophe in der Slowakei zu verhindern. Die meisten wurden verschickt, aber eine ziemliche Anzahl konnte sich verstecken und wurde unterstützt, wobei der Delegierte des IRK in Preßburg, Georges Dunand, und Kastner von der „Wa'ada“ Einzelnen zur Flucht in die Schweiz verhalfen.

Das politisch wichtigste jüdische Widerstandszentrum entstand in Budapest, das sich zunächst mit der Rettung von gefährdeten fremden Juden in Ungarn, dem sicheren Geleite für Juden aus Polen, der Slowakei und Südslawien, dem Verschaffen echter und falscher Papiere, der Beförderung von Menschen nach dem Südosten, der Aufbringung von Geldern (auch für Unterstützungen im Inland und in Polen) sowie der Nachrichtenvermittlung ins Ausland befaßte. Bis März 1944 wurden rund 2500 Juden aus Polen auf Schleichpfaden nach Ungarn gebracht. Über die Vorgänge in den Hauptverfolgungsländern war man gut informiert. Seit dem Sommer 1942 stand man mit der „Jewish

Agency“ in Istanbul, dem zionistischen „Hechaluz“ und Mayer vom „Joint“ in der Schweiz in Verbindung. Die Kontakte wurden durch den Kurierdienst des ungarischen Außenministeriums, die Kuriere eines neutralen Staates und durch meist teuer bezahlte Agenten der Spionageabwehr des ungarischen und deutschen Generalstabs angebahnt und gepflegt. Anfang 1943 konstituierte sich der Widerstand illegal als „Wa'ada Ezra we Hazalah“, zu deutsch „Rat für Hilfe und Rettung“. Vorsitzender wurde Otto Komoly, sein Vertreter Dr. Rudolf Kastner, ferner gehörte zur Leitung Joel Brand. Die „Wa'ada“ war eine zionistische Organisation mit folgenden Aufgaben:

1. *Organisierung des aktiven und passiven Widerstandes der ungarischen Judenheit.*
2. *Verhandlungen mit den Deutschen über den Verzicht oder die Hinausschiebung oder die Verminderung der Vernichtungsmaßnahmen.*
3. *Zusammenarbeit mit ungarischen Faktoren im Widerstand gegen den deutschen Druck.*
4. *Verbergung von Juden durch Schaffung von Bunkern und Verteilung von falschen Papieren.*
5. *Organisierung und Leitung der Flucht nach Rumänien und zu den Partisanen Titos (hauptsächlich der polnischen und slowakischen Flüchtlinge, die solchen Unternehmungen eher gewachsen waren).*
6. *Appell an das Internationale Rote Kreuz und an die neutralen Vertretungen um Schutz und Hilfe.“*

[Kastner R.: *Der Bericht des jüdischen Rettungskomitees aus Budapest 1942—1945*, Genf o. J. (1946).]

Rückblickend stellte Kastner fest:

„Manche politischen Führer der Alliierten behaupten noch heute [1946], daß sie über das apokalyptische Ausmaß der antijüdischen Maßnahmen Hitlers nicht informiert waren. . . . Allein aus Budapest sandten wir, angefangen von Mitte 1942, . . . unzählige Berichte, Aussagen von Augenzeugen, Protokolle von Flüchtlingen über das, was in Polen geschah . . . Die Weltöffentlichkeit wollte nicht informiert werden und lehnte es ab, den Berichten Glauben zu schenken. . . . Es unterliegt keinem Zweifel für uns, daß nicht alles geschehen ist, was zur Vermeidung der Katastrophe hätte geschehen sollen und können. [S. VII.]

Die Welt jedoch stand dieser Erscheinung wie hypnotisiert gegenüber. . . . Selbst die jüdischen Massen aus den alliierten Ländern sahen der Vernichtung fast ebenso erstaunt zu, ohnmächtig und gelähmt, wie ihre Brüder das Schicksal, das sie erwartete, über sich ergehen ließen.“ [S. VI.]

Die Entfaltung der „Wa'ada“ war nur möglich, weil Ungarn trotz seinem Bündnis mit Deutschland sich innenpolitisch selbständig erhielt und die Gestapo nicht in die Verwaltung eingriff. Es gab zwar jüdenfeindliche Gesetze, Unterdrückung und Zwangsarbeitslager, man hatte sich auch am Niedermetzeln von Juden aus den „befreiten“ südslawischen Gebieten beteiligt und fremde Juden in die Ukraine verschickt, aber aus Gesinnung oder um Geld und gute Worte nahm man sich der Juden auch an, so daß viele bis zur deutschen Besetzung am 19. März 1944 nicht ahnten, was Verfolgung bedeutet. Es ist der „Wa'ada“ nicht gelungen, die Juden in Budapest oder in der Provinz vom drohenden Unheil zu überzeugen, so daß sie beim Beginn des Verderbens die vielleicht am wenigsten vorbereitete jüdische Minderheit Europas waren.

Unmittelbar nach der Besetzung verlangte der deutsche Gesandte Veesenmayer jüdische Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie von Horthy, der zustimmte und damit die Deportation sanktionierte. Eichmann wurde unbeschränkter Herr über die Juden und bereitete sofort mit der Gründung eines „Judenrates“ und der Konzentrierung in Zwangsghettos alles vor, was eine Verschickung fördern konnte. Wie Kastner zugibt, geschah das so schnell, daß der jüdische Widerstand alles zu spät erfuhr. Am 5. April wurden Kastner und Brand in der Wohnung eines deutschen Mittelmannes von Wisliceny empfangen, der behauptete, daß Deutschland weder die Deportation noch die „Ghettoisierung“ verlange, die nur von Ungarn selbst in Berlin gefordert werden könnten. Damit log er bewußt, denn bereits am Vortag war beides beschlossene Sache. Er verlangte einen Plan für die Auswanderung von 100 000 Juden und 2 000 000 \$ binnen einer Woche. Bei den zwei nächsten Treffen erschienen statt Wisliceny seine Kumpane Krumej und Hunsche, denen nicht Dollars, sondern nur 5 500 000 Pengös gegeben werden

konnten. Die Verhandlungen wurden zum „Reichsgeheimnis“ erklärt, aber Fortschritte über die Zusage hinaus, gegen Nachweis ausländischer Aufnahmewilligkeit die Auswanderung zu gestatten, wurden nicht erzielt. Von anderer deutscher Seite erfuhr man am 21. April, daß die Deportation bevorstehe, die eine Woche später in der Provinz begann. Krumej gab am 2. Mai auf Frage „Waldsee“ als Transportziel an. Dies war ein neuer Name für Auschwitz, das man den Budapestern mit dem üblichen Decknamen Birkenau nicht verbergen konnte.

Unterdessen war aber eine überraschende Wendung eingetreten. Eichmann bestellte am 25. April Brand zu sich und bot ihm eine Million Juden „zum Verkauf“ an, von wo auch immer, Greise, Erwachsene oder Kinder, aber gegen Waren und nicht für Geld. Um das Nötige aufzubringen, dürfe Brand ohne Familie ins Ausland reisen, die Sache sei streng geheimzuhalten. Eichmann erläuterte Brand, dem inzwischen ein SD-Mann verraten hatte, daß Himmler in der Judenfrage „einen viel humaneren Standpunkt“ vertrete als Hitler, bei einer folgenden Unterredung seine Vorschläge genauer: Für eine Million Juden verlangte er 10 000 Lastkraftwagen, die nur an der Ostfront verwendet werden würden. Er versprach bei Annahme des Angebots Auschwitz aufzulösen und 100 000 Juden an der spanischen Grenze abzuliefern, für die nachträglich 1000 Wagen zu liefern wären, und so fort bis zur Erfüllung des Kontraktes. Brand war naiv genug, das für den Beweis einer Chance zur Rettung der Juden anzusehen. Wahrscheinlich machte es besonderen Eindruck auf ihn, daß Eichmann abgefangene 270 000 Sfr und 50 000 \$ ihm samt Briefen einhändigte, die der „Wa'ada“ aus der Schweiz geschickt worden waren.

Bei seinem letzten Gespräch mit Eichmann am 15. Mai wurde Brand die laufende tägliche Deportation von 12 000 ungarischen Juden eröffnet, deren Ziel aber nicht Auschwitz sei. Falls Brand nach zwei Wochen nicht mit einer positiven Antwort zurückkehre, würde man sie nach Auschwitz schicken. Eichmann log; alle Transporte fuhren sofort nach Auschwitz. Brand versprach der „Wa'ada“ eine baldige Rückkehr, bekam ein Beglaubigungsschreiben des „Zentralrats der ungarischen Juden“ und reiste, ausgerüstet mit einem deutschen Normalpaß, mit einem nicht vom Widerstand ermächtigten jüdischen Begleiter, der ein Agent der deutschen Spionageabwehr war, am 17. Mai in einem deutschen Kurierflugzeug nach Istanbul. Kastner kommentierte:

„Bei der Bestimmung des jüdischen Delegierten und seines Begleiters hatte weder die Wa'ada noch irgendeine andere jüdische Instanz irgendwelchen Einfluß. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Vollmacht für Brand zu unterzeichnen, wollte man die vermeintliche Chance, die sich durch die Reise bot nicht auslassen.“ [A. a. O., S. 34.]

Die Geschichte von Brands Reise ist jetzt nachlesbar¹²⁾. Man war in Istanbul bei der „Jewish Agency“ auf Brands Besuch nicht vorbereitet und formulierte mit ihm den Text eines Interimabkommens, das man Eichmann mitteilte, da Brand wegen direkter Verhandlungen mit den Alliierten weiterreisen mußte. Brand fuhr am 5. Juni, wurde von den Engländern festgehalten und nach endlosen Verhören am 6. Oktober entlassen. Die Mission war gescheitert, die Reaktion Englands vermittelt am besten ein Artikel der „Times“ vom 20. Juli 1944:

„... Bis Ende letzten Monats waren 400 000 von den 750 000 ungarischen Juden ‚liquidiert‘. . . . Auf die Nachricht hin, daß bereits mehr als 100 000 in den Gaskammern — von denen man weiß — umgekommen sind, gaben sowohl Herr Eden als auch Herr Cordell Hull dem Entsetzen der zivilisierten Welt Ausdruck und versprachen, die Schuldigen zu strafen.

... Die britische Regierung kennt den Wert, den sie jedem deutschen oder von den Deutschen inspirierten Angebot beizumessen hat. Sie weiß, daß es keine Sicherheit für die Juden oder die anderen bedrückten Völker Europas gibt, bevor der Sieg errungen ist. Die Alliierten kämpfen, um diese Sicherheit zu erreichen, und wissen so gut wie die Deutschen, was geschieht, wenn man sich auf Erpressungen einläßt: der Erpresser steigert seinen Preis. . . .

Ob die Deutschen ernsthaft glaubten, daß England diesem Angebot nahetreten würde, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden. Wahrscheinlich beschlossen sie schon vorher aus diesem oder jenem Grunde

12) Weißberg A.: Die Geschichte von Joel Brand, Köln 1956. Unsere Darstellung stützt sich vor allem auf Kastners Bericht und benützt für die Lage der Slowakei auch Neumann O.: Im Schatten des Todes, Tel Aviv 1956.

— vielleicht wegen Transportschwierigkeiten — die Deportationen nach Polen einzustellen; tatsächlich kündigte das Internationale Rote Kreuz gestern an, daß die ungarische Regierung der Einstellung der Deportationen zugestimmt und einigen Juden sogar die Ausreise erlaubt habe. Im Lichte dieser Ankündigung . . . scheint das deutsche ‚Angebot‘ einfach ein phantastischer Versuch zu sein, zwischen den Alliierten Mißtrauen zu säen.“ [Weißberg a. a. O., Beilage]

Die Schlußfolgerung war genau so wenig einwandfrei wie etwa die „Transportschwierigkeiten“ und manches andere, was man hier veröffentlicht hatte und besser nicht veröffentlicht hätte, da man damit das Auskundschaften aller Hilfsmöglichkeiten leichtsinnig zunichte machte, aber gewiß war dieser dilettantische und schon formal verfehlte Schritt ungeeignet, nach allen Wortbrüchen Deutschlands in den Jahren 1938/39, derentwillen nicht zuletzt England in den Krieg eingetreten war, gerade in diesem Land auch nur einen Schimmer von Vertrauen einzuflößen, wo man noch kaum wußte und bestimmt nicht begriff, was in Deutschland hinter den Kulissen vorging und diesen abwegigen Antrag hervorgerufen hatte. Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, sei noch der Ausklang von Brands Reise berichtet, der die letzten Kriegsmomente in Palästina verbrachte. Schon vor der Entlassung konnte er mit führenden Männern der „Jewish Agency“ wie mit Shertok (Sharett) und einem Vertreter Ben Gurions sprechen, nachher auch mit Weizmann. „Ich klagte an, ich forderte. Man reagierte nicht darauf. Ich hatte es mit einem unpersönlichen Kollektiv zu tun.“ Trotzdem war Brands verzweifelte Aufgabe nicht ganz vergeblich, denn man hatte inzwischen Roosevelt, den Papst und den schwedischen König zu Interventionen für die ungarischen Juden bewegt. Brands Endurteil, verständlich genug, klingt bitter:

„Vergeblich suchte ich [in Palästina] die Verantwortlichen. Ich suchte den Mann, bei dem alle Fäden zusammenliefen. . . . Es gab ein Unzahl Ämter, deren Kompetenzen sich überschneiden. Informationen, die aus Budapest kamen, wurden verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen zugeleitet, die einander nicht unterrichteten.“ [Weißberg, a. a. O., S. 230f]

Wie kam Eichmann zum Vorschlag seines erpresserischen Geschäftes? Er hatte die „Endlösung“ nicht erfunden, aber er, der in der Hierarchie nur den Gestapo-Chef Müller, die Chefs des RSHA Heydrich und dann Kaltenbrunner, Himmler und Hitler über sich hatte, war bis auf die besetzten russischen Gebiete und Rumänien, wo er nicht zum Zuge kam, überall ihr Hauptvollstrecker. Niemand außer den Genannten hatte über ihn Befehlsgewalt, mochte er auch sonst in der Partei, der SS, der Regierung und der Verwaltung höher stehen oder damit beauftragt sein, die Massenmorde durchzuführen, denen Eichmann oder seine Vorgesetzten die Opfer zuführten, wenn sie nicht „kompetenzwidrig“ oder in entlegenen Gebieten von Wehrmachtstellen umgebracht wurden. Ende August 1944 hat sich Eichmann gegenüber Sturmbannführer Höttl der Judenmorde mit einer Freude gebrüstet, die kein anderer der Mörder übertraf¹³⁾. Seine ganze Laufbahn von 1938 bis 1945 bestätigt Eichmanns Haltung, und nun sollte er es sein, der seit Herbst 1941 in der Judenfrage nie mehr mit sich hatte handeln lassen, sich Juden einer Widerstandsgruppe zu Verhandlungspartnern für einen „Verkauf“ von einer Million Juden auszusuchen! Eichmann hatte es nicht ernst gemeint, was er durch seine unbeirrte Fortsetzung der Deportation gerade auch während der von ihm zugestandenen Vorbereitungsfrist, ja sogar schon während der ersten Vorverhandlungen mit Brand bewies.

Eichmann hat bis in den April 1945 hinein nie eine Deportation verhindert und nie etwas dazu getan, um die „Endlösung“ durch Mord einzustellen; was immer in dieser Richtung geschah, vollzog sich gegen seinen Willen, ohne seine Kenntnis oder auf Befehle hin, die er sabotierte oder so lau wie möglich befolgte. Eichmann wäre der letzte gewesen, sich mit der „Wa'ada“ einzulassen, hätte man es ihm nicht angeordnet. Da auch seine nächsten Vorgesetzten Müller und Kaltenbrunner in der Judenfrage keine andere Politik einschlugen, Hitler aber bis zum Tod keine Konzessionen kannte, kam nur Himmler als Auftragsgeber in Betracht. Kastner, der nach Brands Abreise mit Eichmann und bald auch mit einem Sonderbeauftragten Himmlers, dem SS-Standartenführer Kurt Becher, offiziell Chef des „Wirtschaftsstabs der Waffen-SS“ in Budapest, verhandelte, erkannte im Juli 1944 die Zusammenhänge. Bei allen Zugeständnissen war Becher beteiligt, der, so schien es, seinen Gebieter in der Judenpolitik beeinflussen konnte,

während Eichmann nur Schwierigkeiten bereitete. Himmlers Kurs war nicht mehr eindeutig.

„Der Reichsführer der SS, bis dahin unerbittlicher Leiter der Vernichtungskampagne, begann daran zu zweifeln, ob der von ihm beschrittene Weg richtig sei. Wir hatten dies allmählich in Erfahrung gebracht. Die Fäden unserer Verhandlungen führten zu ihm. Von ihm hatten wir die verschiedenen Konzessionen zu erkämpfen, denn er — und er allein — hatte im Reich Autorität, auch nur einen einzigen Juden am Leben zu lassen. Die inneren Gründe dieser Wandlung blieben uns unbekannt. Auf die äußeren könnte man aus der Kriegslage schließen.“ [Kastner, a. a. O., S. II]

Himmler war unter den Größen des „Dritten Reiches“ die zwiespältigste Natur. Wohl war er von Hitler bis zum Ende erfüllt, an den „Rassenmythos“ glaubte er leidenschaftlich, bei der Durchführung der „Endlösung“ scheute er nicht vor den letzten Konsequenzen zurück, wie seine Posener Rede lehrt. Aber gerade da ist auch ein heimliches Grauen vor den Untaten spürbar. Wir können hier nicht den Charakter dieses monumental auftrumpfenden Schwächlings studieren, über dessen Wesen die bis jetzt erschienene Literatur noch kein genügendes Bild vermittelt, aber es scheint fast sicher, daß Himmler bei aller Brutalität auch etwas feineren Regungen zugänglich und bei seiner monomanen Führertreue ein von Ängsten und Zweifeln gejagter, von Geltungsdrang getriebener politischer „Realist“ war, fähig der Untreue gegenüber verehrten Menschen und Grundsätzen. Der intellektuell beschränkte, maßlos ehrgeizige Mann vermochte diese widerspruchsvollen Züge nicht in sich auszugleichen, doch beherrschten sie ihn alle, wobei sie einzeln angesprochen und erregt werden konnten, wenn jemand auf ihn Einfluß gewann. Jeder Einfluß aber wurde zunichte, sobald Hitler auftauchte, der lebende Hitler, doch fast ebenso das fixierte Vorstellungsbild Hitlers, wie es sich mit seiner übermächtig empfundenen „mythischen“ Funktion in Himmlers Seelengrund spiegelte.

Erst der Niedergang der deutschen Macht trieb Himmler zu Konzessionen, von Hitlers Autorität dauernd gestört und entwertet, hingegen neigte sich Himmler bald dem Verrat zu. Bereits im Frühjahr 1941 erkundete er Möglichkeiten eines Friedens mit dem Westen mit ihm statt mit Hitler. Im Herbst 1941 äußerte er sich zu Kersten, daß es viel Leid bei den Juden geben werde, womit er auf die befohlene „Endlösung“ anspielte, die durchzuführen ihm keineswegs so leicht fiel wie Heydrich oder Eichmann. Bedenkt man, daß Himmler vor dem 20. Juli 1944 und selbst nachher seltsame Beziehungen zur deutschen Opposition unterhielt und ständig den Einflüssen des politisch ehrgeizigen Schellenberg sowie des sein Gewissen verkörpernden humanitären Kersten ausgesetzt war, so wird Himmlers Verhalten zur Judenfrage seit dem Frühjahr oder Sommer 1944 begreiflich, so unbeholfen und zaghaft und frech in einem er in tiefer Verkennung der Sachlage handelte. Himmler schämte sich nicht einmal, sich an den zum Tod verurteilten Gördele zu wenden, um durch ihn über schwedische Politiker, „den schwedischen König und den sehr bekannten und einflußreichen Zionistenführer Dr. Weizmann die Verbindung zum englischen Premierminister Churchill anzubahnen und auf diesem Wege zu einem schnellen und noch erträglichen Kriegsschluß zu kommen“. [Ritter, a. a. O., S. 427 (Bericht des Wachmanns Brandenburg)]

In der wunschträchtigen Verblendung des in seinem Geltungsdrang gegenüber Hitler und den kompromißlosen Machthabern oft ohnmächtigen Himmlers ist der Schlüssel zum Verständnis für die Geschichte aller wichtigeren Aktionen zur Rettung der Juden, also auch der „Wa'ada“, im letzten Jahre vor Hitlers Fall zu erkennen. Bisher hatte man Juden dem Verderben entziehen können, jetzt erst, da eine andere wirksame Art des Kampfes kaum versucht und nie gefunden worden war, wurde ein Vorstoß gegen die Durchführung der „Endlösung“ möglich, der leider bis zum Ende viel zu wenigen und darum schwachen Schultern aufgebürdet blieb. Kastner gab sich keinen Illusionen hin, daß die Alliierten auf Eichmanns Antrag eingehen würden und fügte hinzu:

„Nicht nur, daß die Erfüllung der an und für sich perversen deutschen Forderungen abgelehnt worden ist; es wurde auf westlicher Seite nicht einmal der Versuch unternommen, die unerfüllbare Forderung mit anderen Mitteln zu ersetzen oder aus diesem Vorschlag propagandistisches Kapital zu schlagen.“ [A. o. O., S. V]

Eichmann ließ sich nach Kastners Vorlage des Telegramms aus der Türkei über ein Interimabkommen nicht von der Fortsetzung der Deportationen abhalten. Kastner legte sich am 3. Juni Rechenschaft ab:

„Im Anfange versuchten wir die Deportation zu verhindern oder zu verzögern. Die Deutschen versprachen es, wir bezahlten auch dafür. Wir verlangten Auswanderung, sie sagten zu. . . . Mehr als 300 000 sind bereits nach Auschwitz verschickt worden. . . . Sie boten in Istanbul an, eine Million Juden freizugeben, aber sie verweigerten uns die Freigabe von 300. Auch jetzt, während in Istanbul über ihr Angebot verhandelt wird.“ [A. a. O., S. 42]

Am 9. Juni stellte Eichmann Kastner eine Frist von drei Tagen für die Antwort aus der Türkei und drohte: sonst „lasse ich die Mühle in Auschwitz mahlen“. Diese Drohung war überflüssig, denn die Deportationen gingen bis zum 8. Juli ununterbrochen weiter. Jetzt wurden sie nach Verschickung von 476 000 Menschen in rund sechs Wochen eingestellt, nach dem Interventionen des Papstes, des schwedischen Königs, des IRK und durch Schweizer Vermittlung Roosevelts — veranlaßt durch eine Vorsprache von Stephan Wise vom „Jüdischen Weltkongreß“ — Horthy das Rückgrat gestärkt hatten. Eichmann gab sich nicht geschlagen, erklärte sich aber am 14. Juli bereit, 30 000 Juden gegen ein Kopfgeld von 100 \$ nach Österreich zu schaffen. Nachdem der Gegenwert Eichmanns und Becher übergeben worden war, schaffte man 18 000 Menschen in Arbeitslager bei Wien, wo die meisten bis zum Kriegsende blieben. 1684 prominente ungarische Juden hatte man schon vorher nach Bergen-Belsen geschickt. Wenn auch Eichmann jetzt nicht deportieren konnte, wollte er doch nicht auf die Budapester Juden verzichten, die in ein aus 1200 Häusern bestehendes „Ghetto“ ziehen mußten. Zum Glück begnügten sich die Mächte nicht mit den bisherigen Interventionen, sondern setzten, oft in Zusammenarbeit mit der „Wa'ada“, ihren Kampf um Rettung fort. Die Schweiz, das IRK, der Papst, Portugal und Spanien, vor allem aber Schweden beteiligten sich.

Schweden hatte sich diplomatisch in Berlin, leider erfolglos, schon im April 1943 um die Zulassung von 20 000 jüdischen Kindern aus den besetzten Ländern eingesetzt, dann half es den dänischen und rumänischen Juden, nun schickte es am 8. Juli 1944 als ersten Gesandtschaftssekretär und Sonderbeauftragten des Königs den jungen Raoul Wallenberg nach Budapest. Inoffiziell war er gleichzeitig Delegierter von Roosevelts „War Refugee Board“. Wallenberg gründete in der Gesandtschaft die „Abteilung C“, wo er 250 Personen beschäftigte; es wurden Nachrichten gesammelt, Verfolgte geschützt, Notleidenden beigegeben und bei Behörden für eine Einstellung von Deportationen und Zwangsarbeit interveniert. Wallenberg führte Schutzpässe ein, die dem Inhaber das Recht der „Heimkehr“ nach Schweden und vor der „Repatriation“ den Schutz der Gesandtschaft zusicherten. Solche Pässe wurden zunächst Personen gewährt, die eine noch so entfernte Beziehung zu Schweden nachweisen konnten, nachher jedem Gefährdeten. Dem schwedischen Beispiel folgten die Schweiz, Portugal, Spanien und die Nuntiatur. Mindestens 15 000 solcher Schutzbriefe wurden ausgegeben, deren Anerkennung Wallenberg den ungarischen Behörden abnötigte.

Nach dem Staatsstreich, der die Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 zur Herrschaft brachte, wurden viele Juden ermordet, keiner war mehr des Lebens sicher. Wallenberg schuf in aller Eile in gemieteten Häusern eine exterritoriale Zufluchtsstätte, in der, nachdem auch andere Gesandtschaften und das Schwedische RK sich dieser Aktion angeschlossen hatten, rund 13 000 Juden Zuflucht fanden. Er sorgte für die Verpflegung der Schützlinge, schaffte aber auch ins offizielle „Ghetto“ mit seinen über 90 000 Insassen heimlich Lebensmittel, Medikamente und Wasser. Er setzte es durch, daß der vom neuen Ministerpräsidenten Szalassy widerrufenen Schutz der von neutralen Mächten behüteten Juden wieder anerkannt wurde. Eichmann nahm am 8. November wieder die Deportationen auf, in grauenvollen Fußmärschen ging es 240 Kilometer bis zur österreichischen Grenze, dann weiter mit der Bahn nach Buchenwald, Ravensbrück und anderen Lagern. Wieder griff Wallenberg, beispielhaft auch für andere, helfend ein. Er fuhr den Marschkolonnen nach und befreite Hunderte, die nach Budapest zurückgeleitet wurden. Den übrigen, die weiter mußten, teilten seine Hilfsmannschaften Lebensmittel, warme Kleider und Medikamente aus. Am 18. November wurden nach der Wegführung von rund 38 000 Budapestern die Transporte auf Befehl Jüttners, des Chefs des „SS-Führungshauptamtes“, eingestellt, der wie Becher einer in der Judenfrage maßvollen Gruppe

angehörte. In den chaotischen Wochen, die der Eroberung Budapests durch die Russen vorangingen, setzte Wallenberg seine Arbeit unter schwierigsten Bedingungen fort, die größte Leistung eines Einzelnen für die Rettung von Juden eines Landes in den Jahren der „Endlösung“. Viele, darunter Komoly, der Leiter der „Wa'ada“, gingen in den Wirren jener Tage noch zugrunde, aber die stattliche Anzahl der Überlebenden haben ihre Bewahrung Wallenberg mit zu verdanken. Am 13. Januar 1945 wurde er unter russische Bewachung gestellt und vier Tage später, so hieß es, ins Hauptquartier des Marschalls Malinowsky nach Debreczin gefahren. Seither ist Wallenberg verschollen.

Wir wenden uns wieder den Verhandlungen Kastners mit Himmlers Beauftragten zu. Am 7. Juli 1944 traf der Text des vorgeschlagenen Interimabkommens aus der Türkei in Budapest ein. Es wurden Lebensmittel und Geld für die Herauslassung von Juden in Gruppen zu 10 000 angeboten. Becher meinte, Himmler würde diesem Angebot als Verhandlungsgrundlage zustimmen. Besprechungen waren in Lissabon mit Vertretern des „Joint“ vorgesehen, der dann aber Mayer in der Schweiz zum Partner bestimmte. Als Zeichen des „guten Willens“ wurden 318 der nach Bergen-Belsen geschafften ungarischen Juden am 21. August nach der Schweiz entlassen, und am gleichen Tage sowie bald darauf nochmals verhandelte Becher in Kastners Beisein mit Mayer auf einer Rheinbrücke bei Bregenz, da die Schweizer Grenzwahe Becher nicht einmal ins Zollhaus ließ. Er stellte sich Mayer als Beauftragten Himmlers vor und erreichte wenig, denn Mayer begriff nicht einmal, daß ein taktisches Entgegenkommen nötig war. Er war, wie Kastner sagte, 1942

„gezwungen worden, sein Amt als Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes aufzugeben, da er, aus falschverstandener Loyalität, bei der Schweizer Regierung gegen die Zulassung von weiteren jüdischen Flüchtlingen interveniert hatte. Ein vermöglicher Kaufmann im Ruhestand, besaß Mayer bestimmt manche Fähigkeiten . . . für eine charitative Arbeit, in der man mit dem Geld des Spenders vorsichtig umgeht. An der Schweizer Grenze haben wir aber nicht einen alten, ehrwürdigen und neurotischen Pensionär erwartet, der eitel und überheblich ist, der zwischen Tränen und Tobsuchtsanfällen vergiftet, . . . um wieviel Menschenleben es geht; der glaubt, ein persönliches Opfer gebracht zu haben, indem er mit einem Nazi verhandelt. Er hatte Mitleid für uns, Abscheu gegen die Nazis und ihre ‚Geschäfte‘. Auch rechthaberisch und eifersüchtig war er: keinen anderen Vertreter jüdischer Organisationen ließ er zu den Besprechungen zu. [A. a. O.]

Becher wollte trotzdem die Verhandlungen retten und wäre bereit gewesen, sogar die nach dem Aufstand gerade drohende Deportation der slowakischen Juden zu verhindern, wenn der telegraphisch dringend gebetene Mayer eine günstige Antwort erteilt hätte. Mayer reagierte aber nicht, und als er am 26. September bedingt zustimmte, war es für die Rettung der Slowaken zu spät. Das unfruchtbare Geplänkel zog sich hin, bis Becher nach einem Besuch bei Himmler Anfang November wieder zu Aussprachen, diesmal in der Schweiz, erschien. Er erklärte, daß die Ausrottung der slowakischen Juden „aus militärischen Gründen“ notwendig gewesen sei, die Budapester würden zur Arbeit ins Reich gebracht, man sei bereit, nicht nur die ungarischen Juden in Bergen-Belsen, sondern auch andere aus Konzentrationslagern zu entlassen, während weitere dem IRK unterstellt werden sollten. Als Gegenleistung bestand Becher auf eine sofortige Warenlieferung. Am nächsten Tag vereinbarte er mit McClelland vom „War Refugee Board“, daß Amerika 20 Millionen \$ des „Joint“ zur Überweisung in die Schweiz für Wareneinkäufe gegen sofortigen Schutz aller jüdischen Zivilisten zulassen sollte. Am 18. November traf in Budapest ein Telegramm aus der Schweiz ein, daß kein Geld zur Verfügung stehe. Kastner rief trotzdem Becher in Berlin vor einer Konferenz mit Himmler an und erklärte, die 20 Millionen stünden zur Verfügung. Am 26. November — es war derselbe Tag, an dem Himmler die Zerstörung der Auschwitz Gaskammern befahl, nachdem die Vergasungen schon am 2. November eingestellt worden waren — kehrte Becher nach Budapest zurück und verkündete, daß von nun an das Leben aller Juden respektiert werden solle und keine weiteren Fußmärsche mehr stattfinden würden, die Eichmann gerade wieder eingeleitet hatte.

Als am nächsten Tag wieder ungünstige Meldungen aus der Schweiz eintrafen, stellte Becher eine letzte Frist zur Erfüllung der Abmachungen bis zum 2. Dezember. Kastner fuhr, von Bechers Adjutanten Krell begleitet, abermals an die Schweizer Grenze, wo sie erfuhren, daß Ame-

rika die Bewilligung zur Geldüberweisung zurückgezogen habe und Mayer nur über vier Millionen verfüge. Krell sandte aber an Becher ein beruhigendes Telegramm, daß fünf Millionen deponiert wären und Schwierigkeiten bestünden, weil man die Gruppe aus Bergen-Belsen, gegen ausdrückliche Zusage, noch nicht habe ausreisen lassen. Nun ließ man am 6. Dezember 1368 Personen in die Schweiz fahren. Becher mahnte wiederholt wegen des Gesamtbetrages. Nach vielen Schwierigkeiten gelang es Kastner, Mayer zu einem Vorzeigebrief für Becher zu überreden, worin die Hinterlegung der ganzen 20 Millionen bis zur nächsten Grenzbesprechung zugesagt wurde. Als Kastner am 28. Dezember nach Budapest fahren wollte, konnte er nur bis Wien und arbeitete von nun an nur für die Juden in den deutschen Konzentrationslagern. In Budapest hatte es die „Wa'ada“ vorher noch erreicht, daß Becher mit Zustimmung Himmlers am 8. Dezember den Ungarn verbot, das „Ghetto“ anzutasten. So waren die Juden dort, nach Kastners Zeugnis, besser behütet als in Verstecken oder in den „geschützten Häusern“ Wallenbergs.

Am 23. Dezember verließ Becher Budapest und traf bald darauf Kastner in Wien; in den nächsten Monaten trennten sie sich selten. Nun begann ein Wettstreit zwischen Becher und Schellenberg der mit dem Schweizer Altbundespräsidenten Jean-Marie Musy Himmler wegen einer radikalen Änderung der Judenpolitik umwarb. Becher äußerte sich eifersüchtig am 11. Januar zu Kastner, daß sich „gewisse Herren“ im RSHA

„wie Schellenberg in die Judenfrage neuerlich ebenfalls einschalten möchten. Dieselben Herren, die mir von dieser Aktion immer energisch abgeraten haben!“ [Kastner a. a. O.]

Immer wieder unterbreitete Kastner neue Vorschläge, aber Ende Januar geriet Becher ins Hintertreffen, denn man hatte, wie er sich ausdrückte, Himmler gemeldet, daß es falsch sei, mit der „Jewish Agency“ und dem „Joint“ zu verhandeln, McClelland halte nur hin, während es richtig sei, sich auf Musy zu stützen. Dennoch kam es in den nächsten Tagen zu neuen Grenzbesprechungen mit Mayer, der einen Zusagebrief wegen der 20 Millionen vorzeigte. Aus dieser Sache ist nichts mehr geworden, doch die Verhandlungen zogen sich noch bis in den April. Zweifellos hat Kastner bei Becher und Becher bei Himmler in dieser Zeit manches zum Schutz der Juden erreicht, was im Verein mit den noch zu schildernden Bemühungen zur Rettung der Mehrheit der Juden in den Lagern vor allen Vernichtungsplänen beigetragen hat. Am 6. April wies Becher seine von Himmler unterzeichnete Ernennung zum „Reichssonderkommissar für sämtliche Konzentrationslager“ Kastner vor. Außerdem habe Himmler, wie Becher versicherte, auf alle materiellen Gegenleistungen in der Judenfrage verzichtet. Becher und Kastner fuhren nach Berlin und weiter, mit einem Befehl wegen kampfloser Übergabe der Konzentrationslager, nach Bergen-Belsen, wo sie die Abfahrt eines Evakuationstransportes allerdings nicht verhindern konnten. Schließlich suchte Kastner mit Krumej am 16. April Theresienstadt auf, wo dem Lagerkommandanten der Befehl zur friedlichen Übergabe überreicht wurde. Am 19. April traf Kastner zur Fortsetzung von Verhandlungen in der Schweiz ein. Man hielt sie für überflüssig. Kastners einzigartige Mission als ein durch ein Jahr in Freiheit gelassener Jude in den Händen der Gestapo, der sein Bestes zur Rettung seines Volkes versuchte, war beendet. Anfang 1957 hat ein fanatischer Mörder den hochverdienten Mann gefällt.

Ende 1944 erfuhr Kastner in der Schweiz bei einem hinter dem Rücken Mayers geführten Gespräch von zwei Brüdern Sternbuch, die im Auftrag des „Orthodoxen Rabbinerverbandes in den USA und Kanada“ wirkten, von ihrer Verbindung zu Himmler über Musy. Gegen Mayer waren sie von „unerbittlichem persönlichen Haß“ erfüllt. Kastner drang auf eine Koordination mit Mayer und betonte, welche Bedeutung die Deutschen dem „Joint“ beimaßen.

„Die beiden Sternbuchs waren anderer Meinung. Ihre Ambition war, daß Musy in ihrem Auftrag zu Himmler fahren und unter ihrer Firma die Herauslassung eines Judentransportes erwirkte.“ [Kastner a. a. O., S. 141]

Musy, zweimal Bundespräsident und durch 14 Jahre Finanzminister der Schweiz, war im April 1944 die Entlassung eines jüdischen Ehepaares aus einem Lager in Frankreich nach der Schweiz gelungen, was zur Kenntnis Dr. Sternbuchs in St. Gallen gelangte. Er wandte sich an Musy mit der Bitte, die Befreiung aller Juden aus den Konzentrations-

lagern und deren Entlassung über die Schweiz nach Amerika durchzusetzen. Nach Musys Zusage wurde seine Verbindung zu Himmler durch Frau Immfeld, eine Patientin Dr. Kerstens aus St. Gallen, angestrebt, die ihn am 2. August 1944 in Deutschland besuchte. Sie bat im Namen des IRK und einiger Schweizer Industriellen um eine Unterstützung des Ansuchens, 20 000 Juden aus Deutschland freizugeben. Kersten berichtet:

„Wunschgemäß schnitt ich diese Frage bei Himmler an und erfuhr hierbei von ihm, daß bereits von den verschiedensten Stellen bei ihm, beim Auswärtigen Amt und bei anderen führenden Persönlichkeiten diesbezügliche Versuche gemacht worden seien, daß jedoch bisher alle Bemühungen an der völlig ablehnenden Haltung Hitlers sowie gewisser Parteikreise gescheitert seien. . . . Nach längeren Diskussionen stellte Himmler nach einiger Zeit die Möglichkeit der Befreiung von einigen tausend Juden in Aussicht.“ [Kerstens Memorandum]

Kersten bat Himmler, Musy in dieser Sache zu empfangen. Vielleicht wurden noch andere Mittelspersonen gewonnen, jedenfalls wurde Schellenberg eingeweiht, dem Kersten vertraute. Musy fuhr mit seinem Sohn Benoit im Oktober nach Berlin zu Schellenberg und dann mit ihm allein nach Wien, wo mit Himmler über folgende Punkte konferiert wurde:

„1. Abschaffung der KZ-Lager aus humanitären Gründen, und im Hinblick darauf, daß es für Deutschland gut wäre, wenn in der Welt Deutschland gegenüber eine gute Stimmung geschaffen würde.

2. In jedem Fall Entlassung der in den KZ-Lagern befindlichen Juden, durch eine großangelegte Aktion dahingehend, daß die Juden über die Schweiz nach Amerika transportiert werden sollten. . . .

3. Entlassung aller insbesondere im Lager Ravensbrück befindlichen Frauen.

4. Außerdem bat ich Himmler um die Entlassung einiger einzelnen KZ-Häftlinge, insbesondere um die Familienangehörigen des Generals Giraud.

Ich trug Himmler ausdrücklich vor, daß die entstehenden Transport- und sonstigen Unkosten . . . von den Amerikanern getragen würden. Ich erreichte zunächst, daß Himmler die Anordnung gab, daß Juden aus den KZ-Lagern nicht mehr nach dem Osten transportiert werden sollten. Himmler war auch grundsätzlich geneigt, die Entlassung der Juden über die Schweiz nach Amerika zu bewilligen, und ich erinnere mich, daß Himmler eine Zahl von 500 000 Juden nannte, die für diese Aktion in Betracht kam. Himmler kam auf die Gegenleistung zu sprechen und wünschte Lastwagen wie auch Autos. Ich erwiderte, daß es sich um Kriegsmaterial handle und daß daher eine derartige Gegenleistung sehr schwer zu bekommen sein werde, ich betonte auch, daß Himmler kein Fleischhändler sein solle, er möge sich mit einer vernünftigen Anzahl Devisen begnügen. Dieses Geld sollte für arme Deutsche verwendet werden, durch die Vermittlung vom Roten Kreuz.“ [Nürnberger Fall XI, Musys eidesstattl. Erklärung vom 8. Mai 1948 für Schellenberg]

Bemerkenswert ist, daß Himmler von Musy genau so Motorfahrzeuge wünschte, wie sie fast sechs Monate zuvor, am 25. April, Eichmann von Brand verlangt hatte. Damit ist es so gut wie bewiesen, daß auch hinter Eichmanns Forderung Himmler stand, der trotz seines Mißerfolges den ursprünglichen Gedanken noch nicht aufgegeben hatte. Er konnte freilich nicht mehr eine Million Juden anbieten, sondern nur noch die Hälfte, wobei er, ihm bestimmt bewußt, mindestens eine doppelt so große Anzahl nannte, als ihm damals noch zur Verfügung stand. Da nun Himmler zu seiner Verbindung mit dem „Joint“ über Becher und Kastner einen zweiten Kontakt zu einer jüdischen Stelle gewonnen hatte, stellten sich ihm die Chancen einer dringend gewünschten Vereinbarung mit jüdischen Partnern im Westen günstiger dar, was für die bald befohlene Einstellung der Vergasungen entscheidend gewesen sein dürfte. Die letzten massiven Deportationen nach Auschwitz war eine Serie von Transporten aus Theresienstadt, die am 28. Oktober abgeschlossen wurde. Zuletzt wurden Juden aber von Eichmanns Dienststelle noch Anfang 1945 aus Berlin nach Auschwitz deportiert, also auch noch im Monat der Räumung dieses Lagers.

Musy erreichte von McClelland, daß ein Betrag von 5 000 000 SF versprochen und in einer Schweizer Bank deponiert werden durfte. Am 12. Januar 1945 hatte Musy in Wildbad (Schwarzwald) ein zweites Gespräch mit Himmler unter vier Augen, wobei er die Entlassung von

Juden aus Lagern zusagte und mit der Durchführung einen SS-Obersturmführer Franz Göring (nicht mit Hermann Göring verwandt) beauftragte. Göring holte am 5. Februar 1 200 Insassen aus Theresienstadt ab und geleitete sie in einem Sonderzug über Konstanz an die Schweizer Grenze. Die Ankunft der Juden fand in der Landespresse große, für den Erfolg der Sache verhängnisvolle Beachtung. Am 7. Februar teilte der Schweizer Bundespräsident von Steiger in einer Pressekonferenz Einzelheiten mit:

„Musy gab erst gestern nachmittag kurz vor der Übernahme der Flüchtlinge [sic] den Bundesbehörden von seinen Bemühungen Kenntnis. Die Freigabe der Juden aus dem Lager Theresienstadt sei von ihm durch eine persönliche Genehmigung Himmlers erwirkt worden. Musy habe gleichzeitig den Bundesbehörden gegenüber die Hoffnung ausgedrückt, weitere, möglicherweise wöchentliche ähnliche Transporte erwirken zu können. Das Schweigen gegenüber den schweizerischen Amtsstellen erklärte Musy mit dem völlig privaten Charakter seiner Bemühungen und mit der Ungewißheit des Erfolges.“ [Neue Zürcher Zeitung, 8. 2. 1945, Mittagsausgabe.]

Für den nächsten Transport waren 1 800 Juden aus Bergen-Belsen vorgesehen, aber es kam weder zu diesem noch zu anderen Transporten. Kaltenbrunner und wohl auch Ribbentrop hinterbrachten Hitler den Fall, und damit war alles hintertrieben. Nach einer Aussage des Schellenberg nahestehenden Göring habe Kaltenbrunner Becher beauftragt, Mayer zu veranlassen, die Bestrebungen Musys in der Auslandspresse zu denunzieren und damit zu torpedieren. Das ist eine falsche und einem bewußten Zweck dienende Unterstellung, denn so wenig Mayer gewillt war, die Schweizer Vertreter der wichtigsten jüdischen Organisationen wie Dr. Sternbuch, Dr. Riegner vom „Jüdischen Weltkongreß“, Dr. Silberschein von „Relico“, Lichtheim von der „Jewish Agency“, Dr. Pozner vom „Palästinaamt“ u. a. zu Verhandlungen heranzuziehen oder auch nur zu informieren, so sicher wissen wir auch, daß sich Mayer gegenüber Becher äußerst zurückhielt und einen solchen Vorschlag gar nicht angehört hätte. Mochte er Sternbuch und Musy auch keinen Erfolg gönnen, so hätte er doch deren Aktion sehr schwer und durch Pressemeldungen überhaupt nicht, für deren Unterbleiben besser Musy selbst hätte sorgen sollen, verhindern können.

Schwerlich konnte Kaltenbrunner als Chef des RSHA Becher als Funktionär der Waffen-SS Befehle erteilen, und nichts spricht dafür, daß er ein Mann Kaltenbrunners gewesen sei, er hielt sich stets an Himmler, und so ist Görings Aussage nur ein Zeugnis für einen gar nicht rühmlichen Wettstreit der Gruppen um Schellenberg und Becher um den Sieg bei Himmler zugunsten der in den Lagern schmachtenden Juden. Keine menschlichen Erwägungen waren die erste Triebfeder bei diesen zwischen Himmler und jüdischen Stellen vermittelnden Maklern, die zunächst einen Erfolg für sich buchen wollten, statt an eine Koordination ihrer Tätigkeit zu denken. Das wird auch durch eine eidesstattliche Erklärung Jüttners bestätigt, der die „gegenteiligen Ansichten“ Schellenbergs und Bechers (sowie des Gestapochefts in Ungarn, Winkelmann) feststellte, wobei der eine den Kurs Mayer-Kastner, der andere den Kurs Musy verfolgte.

Musy blieb in Kontakt mit Schellenberg, der weiter in dessen Sinn auf Himmler für eine Erleichterung des Loses der Häftlinge in den Konzentrationslagern einwirkte. Vielleicht hatte Schellenberg in den letzten Kriegsmonaten den stärksten Einfluß auf den schwankenden Himmler, aber was ihm, der Gestapo und den Lagerkommandanten abgerungen wurde, ist kaum minder auf die Wirkung des IRK, Bechers, Kerstens, Bernadottes und der hinter ihnen wirkenden Kräfte zurückzuführen. Da Schellenberg keine Auslandstransporte mehr durchsetzen konnte, wurden die 5 000 000 SF an die Amerikaner zurückgezahlt. In der Endphase kam es darauf an, Himmler zu bestimmen, eine Verschleppung der Häftlinge vor den siegreichen Alliierten zu verbieten. Das ist mehr als einmal erreicht und dann von Himmler wieder rückgängig gemacht oder doch in vielen Lagern und Nebenlagern nicht eingehalten worden. Häftlinge irrten bis zum 9. und 10. Mai auf Hungermärschen in den letzten unbesetzten Gebieten umher und gingen durch Krankheit, Erschöpfung, Erschießen und Tieffliegerangriffe in großer Anzahl zugrunde, einige Lager wurden sogar noch in der ersten Aprilhälfte durch Massenmord zumindest der nicht Marschfähigen „liquidiert“. Im April reiste der junge Musy nach Buchenwald, wo er die gegen Himmlers Befehl durchgeführte teilweise Räumung zusammen mit Göring nicht verhindern konnte, wohl eine Folge von Kaltenbrunners Gegenbefehlen, der die

Häftlinge als Faustpfand behalten wollte. Nach einer Konferenz in Berlin mit Schellenberg besuchte der junge Musy mit Göring um den 12. April Theresienstadt, wo 61 namentliche Entlassungen geplant waren, von denen sich aber nur eine nachweisen läßt. Am 22. April reisten die beiden noch nach Ravensbrück, wo sie bei den verwickelten Vorgängen der letzten Tage helfend einzugreifen versuchten. Im allgemeinen Chaos ließ sich nicht mehr viel erreichen.

In den Wirrnissen der letzten Kriegswochen lassen sich kaum die Fäden verfolgen, nach denen die Ereignisse abliefen. Die Organisation des Reiches mit ihren überaus komplizierten Instanzen zerfiel, die Angst vor Hitler hielt an und konnte trotzdem Einzelhandlungen dieser Dienststelle oder jenes Funktionärs nicht verhindern, der Ansturm ausländischer Interventionen mit ihren deutschen Helfern bedrängte Himmler und selbst Kaltenbrunner, die sich weniger offen als durch widersprechende Befehle befledeten, wobei die lokalen politischen und polizeilichen Funktionäre nicht wußten, was sie beginnen sollten und sich erst in den letzten Tagen, als meist die Befehlswege schon abgeschnitten waren, zu einem Nachgeben entschlossen, wenn Männer des IRK oder des Schwedischen Roten Kreuzes eingriffen.

Ende Februar 1945 stellte der Stockholmer Vertreter der „Dresdner Bank“, von Knieriem, Kersten, dessen sich der schwedische Außenminister Günther seit der Rettung der finnischen Juden schon wiederholt zu geheimen Missionen erfolgreich bedient hatte, dem Stockholmer Direktor des „Jüdischen Weltkongresses“, Storch, vor. Kersten willigte ein, mit Himmler über von Storch präzisierte Fragen zu verhandeln, wie eine Hilfsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes in den Konzentrationslagern selbst, die Befreiung der Juden aus Bergen-Belsen, die Bekanntgabe der Anzahl aller Juden in den Lagern und die Befreiung von einem Kontingent, das allenfalls bis zum Kriegsende in Schweden unter staatlicher Aufsicht interniert werden könnte. Kersten fuhr, auch noch von Günther instruiert, am 3. März zu Himmler.

„Himmler war zu der Freigabe sämtlicher Juden unter der Voraussetzung bereit, daß die Alliierten ihre Bombenangriffe auf Deutschland für zwei bis drei Wochen einstellen. Auf Grund meiner Kenntnis der Ansicht der Alliierten über diese bereits mehrfach . . . gestellte Bedingung machte ich Himmler sofort darauf aufmerksam, daß dieses keine Diskussionsbasis sei.

Bezüglich der Einstellung der Hinrichtungen versprach Himmler, entsprechende Befehle zu erlassen. Feste Zusicherungen gab er hinsichtlich der ordnungsmäßigen Übergabe der Lager, . . .

Eingehende Erörterungen führten wir über das Lager Bergen-Belsen, in dem sich einige tausend Juden mit südamerikanischen Pässen befanden, die die Genehmigung zur Einreise nach Schweden hatten . . .

Die sämtlichen Lagerkommandanten, die Himmler angeblich zum 24. März zu einer Besprechung einberufen hatte, sollten angewiesen werden, ab sofort jede Grausamkeit zu unterlassen, die Tötung von Juden sollte verboten und ihr Gesundheitszustand einer laufenden Kontrolle unterzogen werden. Zur Bedingung wurde jedoch gemacht, daß . . . nichts in der Weltpresse veröffentlicht werde . . . Zur weiteren Förderung einer Klärung der jüdischen Frage kam ich mit Herrn Himmler dahingehend überein, daß er Herrn Storch persönlich empfangen werde, wobei er diesem freies Geleit zusicherte.“ [Kerstens Memorandum.]

Die Anzahl der Juden in deutscher Hand wurde Kersten mit 350 000 angegeben, was ungefähr um 150 000 zu hoch gegriffen war. Ein von Himmlers Sekretär Brandt geschriebener Brief, den Bernadotte am 10. April nach Stockholm brachte, bestätigte die Abmachungen zwischen Himmler und Kersten. Nach einer Beratung mit Günther und den Gesandten der alliierten Hauptmächte erklärte sich Storch zu einem Besuch Himmlers in Deutschland bereit. Mitte April wurde Kersten nach Stockholm mitgeteilt, daß Himmler ihn mit dem jüdischen Vertreter auf Kerstens Landsitz Hartzwalde bei Berlin treffen wolle. Statt des verhinderten Storch flog Norbert Masur mit Kersten am 19. April nach Berlin. Vom Flugplatz wurden sie abends mit einem Geleitbrief Schellenbergs, der auf Kersten „und den in seiner Begleitung reisenden Herrn“ lautete, von einem Wagen Himmlers abgeholt und nach Hartzwalde gefahren. In der Nacht erschien Schellenberg und verhandelte mit Kersten.

„Herr Schellenberg machte mich zunächst darauf aufmerksam, daß der Reichsführer Himmler infolge des außerordentlich starken Drucks, den die hohen Parteiführer auf ihn ausübten, zu keinen Konzessionen bereit wäre. Die höchste Parteileitung fordere von Himmler ein Handeln nach dem Wort des Führers, daß bei einem Sturz des Regimes auch

seine Gegner möglichst weitgehend zu vernichten seien.“ [Kerstens Memorandum.]

Kersten überredete Schellenberg, Himmler gegenüber den Hilfsplan für die Juden entschieden zu vertreten. Am nächsten Morgen versprach Schellenberg Masur, seine Wünsche voll zu unterstützen. Himmler erschien mit seinem Sekretär Brandt am 21. April um 2 Uhr früh unmittelbar von Hitler, dessen Geburtstag er mitgefeiert hatte. Zunächst sprach Kersten mit Himmler allein, der beteuerte:

„Ich möchte ja sowieso die Streitaxt zwischen den Juden und uns begraben. Wenn es nach mir gegangen wäre, würde vieles anders gemacht worden sein, der Führer persönlich verlangte indessen diesen schärfsten Kurs von mir.“ [Kerstens Memorandum.]

Dann begrüßte er Masur:

„Willkommen, Herr Masur, in Deutschland, es ist Zeit, daß ihr, Juden und wir, Nationalsozialisten, die Streitaxt begraben.“

Masur erwiderte:

„Dafür ist zu viel Blut zwischen uns. Aber ich danke Ihnen, daß Sie mich ermächtigt haben zu kommen, und ich hoffe, daß unsere Begegnung vielen Menschen das Leben retten wird.“ [Masur, a.a.O.]

Himmler hielt einen langen Vortrag, der die Judenpolitik des Reiches rechtfertigen sollte, und beschuldigte die Juden, im Sinne der üblichen Propaganda, daß sie im Rücken der Front, so besonders in Warschau, die Partisanen mit Nachrichten versorgt hätten, was man nicht dulden konnte. Die Krematorien habe man aus hygienischen Gründen gebaut, um die unzähligen Typhusopfer zu verbrennen. Himmler beklagte sich, daß man jetzt deswegen den Deutschen die Schlinge um den Hals legen wolle. Er wagte sogar, die Konzentrationslager zu verteidigen, deren schlechter Ruf ungerechtfertigt sei, und bezeichnete die Photographien aus dem befreiten Buchenwald und Bergen-Belsen als geschickte Propagandamache der Alliierten. Sachlich war das Ergebnis der Begegnung mager. Himmler willigte in die Auslieferung von 50 in Norwegen gefangenen Juden an Schweden sowie in die Freigabe der holländischen Juden in Theresienstadt und 1 000 jüdischer Frauen aus Ravensbrück ein (sie mußten als Polinnen deklariert werden wegen Himmlers Angst vor Hitler, der, wie Himmler Kersten versicherte, ihm wegen der 2 700 in die Schweiz entlassenen Juden ernste Vorwürfe gemacht habe — genau waren es 1 686 aus Bergen-Belsen und 1 200 aus Theresienstadt, dies das dürftige Gesamtergebnis des „Verkaufs“ von einer Million Juden.) Masur und Kersten fuhren noch am 21. April über Kopenhagen nach Schweden zurück. Bernadottes Verhandlungen mit Himmler waren für den Kampf gegen die „Endlösung“ unwesentlich und dürfen hier um so eher übergangen werden, als Bernadottes Rolle genügend bekannt ist.

Gegen Kriegsende hat das IRK, in Norddeutschland auch das Schwedische Rote Kreuz, dazu beigetragen, daß nicht alle Lagerhäftlinge und besonders die Juden getötet wurden. Nach dem Abzug der Deutschen aus Ungarn hätte die „Endlösung“ noch den in Lagern überdauernden Rest der Judenheit treffen können, deren bestes, Theresienstadt, noch elend war, und von denen keines die Hoffnung bot, auch nur einen Insassen die Befreiung erleben zu lassen. Die „Endlösung“ selbst, wir haben es geschildert, war durch einige halbe Maßnahmen Himmlers im Widerspruch zur offiziellen Politik so weit aufgegeben worden, daß seit der Einstellung der Vergasungen am 2. November 1944 die Chancen zum Überleben sich erheblich gebessert hatten. Die Praxis in den Lagern blieb trotzdem schlimm und hat sich durch die immer kümmerlichere Ernährung, das Wüten von kaum bekämpften Seuchen oft noch verschlechtert, gar wenn es zu Räumungen mit Hungermärschen und mörderischen Fahrten in offenen Güterwagen ohne Verpflegung kam. Es genügte nicht, daß man seit Mai 1944 aus ökonomischen Interessen Juden über Auschwitz nach Deutschland zur Zwangsarbeit verfrachtete und allmählich ihren Austauschwert höher veranschlagte, während noch zwischen Mai 1943 und Mai 1944 die Freigabe von auch nur 5 000 jüdischen Kindern auf ein durch die Schweiz mehrfach übermitteltes englisches Angebot in einem kläglichen Zusammenspiel des Auswärtigen Amtes und des RSHA hintertrieben worden war.

In den letzten Kriegsmonaten gehörte es zu den vornehmsten Aufgaben des IRK, das Ärgste von den Juden abzuwenden. Warum hat es ihnen nicht rechtzeitig geholfen? Das Statut des IRK bot zu Interventionen bei der Reichsregierung keine rechtliche Grundlage, die bei seiner

vorsichtigen, wenn schon nicht ängstlichen Politik zu einer Abwendung der den Juden drohenden Vernichtung hingereicht hätte. Das IRK fürchtete eine deutsche Kündigung der Genfer Konvention, wenn es sich zu sehr für die Juden einsetzte, deren Belange die Reichsregierung als eine ausschließlich interne Sache Deutschlands erklärte, soweit es sich nicht um Staatsbürger einiger ausländischer, besonders der angelsächsischen Länder handelte. Die Verschlimmerung der Lage der Juden führte aber dazu, daß die in der Schweiz tätigen jüdischen Organisationen, am eindrucksvollsten wohl der „Jüdische Weltkongreß“ durch seinen unermüdeten Vertreter Dr. Gerhart Riegner, das IRK immer mehr bedrängten, so daß es unter der Wucht der ihm vorgelegten Zeugnisse über das furchtbare Geschehen im Osten nicht mehr ein untätiges Zuschauen verantworten konnte. So bemühte sich das IRK schon im Frühjahr 1942 um die Erlaubnis eines Besuches in Theresienstadt und in polnischen Ghettos und richtete an das Deutsche Rote Kreuz zahllose Anfragen über den Verbleib einzelner Juden. Das Deutsche Rote Kreuz schrieb am 29. April 1942 nach Genf:

„Das Deutsche Rote Kreuz teilt dem IRK mit, daß es die von ihm verlangten Auskünfte über Nichtarier, die aus den besetzten Gebieten evakuiert wurden, nicht erhalten konnte; alle Auskünfte über diesen Gegenstand werden von den zuständigen Behörden verweigert. Das Deutsche Rote Kreuz bittet daher das IRK, sich künftig zu enthalten, Gesuche wegen Auskünften an es zu richten, die zu befriedigen es nicht in der Lage ist.“ [L'activité du CICR en faveur des civils détenus dans les camps de concentration en Allemagne, Genf 1947, S. 41.]

Am 20. August wiederholte das Deutsche Rote Kreuz diese Ablehnung noch stärker und erklärte, daß es über internierte „Nichtarier“ weder in den von der Wehrmacht noch von zivilen Behörden besetzten Gebieten Auskünfte erteilen könne. Seit Anfang 1942 sickerten aus dem Osten Nachrichten durch, die kaum Zweifel gestatteten, welchen Weg die Juden gehen sollten; im August 1942 mußte darüber Gewißheit herrschen, aber noch immer war die allgemeine Vernichtung als offizielles Programm einer „Endlösung“ im Westen unbekannt. In jenem August vertraute sich Gerstein dem Schweden von Otter an, und gleichfalls gegen Ende dieses Monats besuchte ein deutscher Industrieller bei einer Geschäftsreise eine Schweizer Firma, mit der er seit langem in Verbindung stand. Es handelte sich um kein jüdisches Haus, doch einer der leitenden Herren war Jude, dem er vertraulich eröffnete, daß Hitler vor einiger Zeit, die Nachricht sollte aus seiner nächsten Umgebung stammen, die systematische physische Ausrottung der Juden beschlossen habe, sie werde bereits seit einigen Monaten in großem Stil auf mechanisierte Weise im Osten durchgeführt. Der Gast bat darum, seinen Bericht an eine geeignete Stelle weiterzuleiten. So gelangte die Nachricht an Riegner in Genf. Riegner, der mit seiner Hilfsarbeit schon vor dem Krieg begonnen hatte und stets gut informiert war, gehört zu den fähigsten und aufgeschlossensten Männern, die sich der Rettung der Juden gewidmet haben. Aber selbst er empfand diese Nachricht so ungeheuerlich, daß er acht Tage brauchte, bevor er seine Zweifel überwand und sich entschloß, diese Botschaft einem amerikanischen Diplomaten vorzutragen. Von da an war es noch ein langer schwieriger Weg, die Regierungen Amerikas und Englands sowie das IRK vom Ernst der „Endlösung“ zu überzeugen. Am 17. November 1942 kam es zu einer grundsätzlichen Unterredung zwischen Prof. Burckhardt, dem späteren Präsidenten des IRK, und Riegner:

„Burckhardt sagte mir, daß ich bestimmt Kenntnis von dem Briefe hätte, den das IRK kürzlich an die deutschen Behörden gerichtet habe und worin die Frage der Behandlung von Zivilgefangenen und besonders von Juden aufgeworfen worden sei. Ich fragte, wie die deutsche Reaktion gewesen sei. Burckhardt antwortete, daß er verschiedene Begegnungen mit Mitgliedern des Deutschen Roten Kreuzes gehabt habe, u. a. . . . mit Herrn Kundt . . . [Burckhardt interpellierte ihn wegen] Hinrichtungen von Geiseln, Deportationen, Massenhinrichtungen usw. u. a. . . . mit Herrn Kundt . . . [Burckhardt interpellierte ihn wegen] der Behandlung der Juden . . . Kundt habe ihm geantwortet, daß der deutsche Standpunkt bekannt sei, und daß er, um es so zu sagen, in der Judenfrage nichts machen könne. Er fügte hinzu, daß das IRK auf das Deutsche Rote Kreuz und die deutschen Behörden einen ständigen Druck ausübe, und er empfahl, in dieser Richtung fortzufahren . . .

Nachher informierte mich Burckhardt, daß man . . . sehr ernstlich erwogen habe, einen offiziellen Protest wegen der Behandlung der Zivilbevölkerung und der jüdischen Frage zu veröffentlichen . . . Er selbst

glaubt, daß ein solcher Protest keinerlei positives Resultat haben würde, hingegen könnte dadurch die gesamte Tätigkeit des IRK aufs Spiel gesetzt werden . . .

[In der Diskussion darüber sagte Riegner u. a.:] Seit man von Hitlers Befehl, alle Juden Europas vor dem Ende dieses Jahres auszurotten Kenntnis hat, erschiene uns die Lage tatsächlich so, daß man nichts mehr machen könne. Die jüngsten politischen Ereignisse haben aber die Lage vielleicht geändert. . . . Es sei wahrscheinlich, daß sich ein bestimmter Prozeß von Widerspruch unter den Deutschen entwickle und sich viele für später ein Alibi zu schaffen wünschten . . .

Auf Grund meiner Erklärungen fand sich Burckhardt . . . bereit, neuerlich einen offiziellen Brief an den Reichsaußenminister nach Berlin zu schreiben und die Autorisation für den Besuch eines Delegierten des IRK in den polnischen Ghettos, in Theresienstadt und in Transnistrien zu verlangen . . .

Burckhardt erklärte weiterhin, daß das IRK die Gleichstellung der deportierten Juden aus jenen Staaten, die sich noch im Kriegszustand mit Deutschland befinden, mit feindlichen Zivilinternierten verlangen habe, und zwar auf Grundlage der Wechselseitigkeit. Man habe auch eine Rechtsgrundlage, um Auskünfte wenigstens über einen Teil der Deportierten zu verlangen. Das betreffe vor allem Frankreich, Belgien und Holland . . . Ich lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in London polnische und tschechoslowakische Regierungen bestünden . . . Burckhardt erwiderte, daß Deutschland Polen und die Tschechoslowakei nicht mehr als kriegsführende Staaten anerkenne und daß infolgedessen ihre Einbeziehung unmöglich wäre, obwohl man einen neuen Versuch unternehmen könnte. Ich hatte den Eindruck, . . . daß diese neue Haltung des IRK die Folge verschiedener Demarchen ist, die wir . . . in London und New York unternommen haben oder von den Vertretern der Exilregierungen in der Schweiz unternommen worden sind . . .“ [Riegners Aktennotiz, MS.]

Das IRK drang gegen das Auswärtige Amt nicht durch, nur individuelle und später auch allgemeine Hilfssendungen konnten, durch jüdische Mittel gedeckt, nach Theresienstadt und in geringerem Umfang auch nach anderen Lagern durch das IRK durchgeführt werden. Erfolgreicher war bloß die Tätigkeit in Rumänien und später auch in anderen mit Hitler verbündeten Ländern. Am 7. Dezember 1942 mußte das IRK Riegner die „definitive Absage“ Deutschlands einer Besuchsmöglichkeit von Lagern übermitteln. Am 2. Februar 1943 hatte Riegner mit de Pilar von der „Gemischten Kommission“ des IRK eine aufschlußreiche Besprechung über Hilfssendungen und ihre große Schwierigkeit, über die Lage in Transnistrien und Rumänien, in Saloniki sowie in Polen und besonders in Warschau.

„Zu der grundsätzlichen Frage einer Aktion zugunsten der Juden, die noch nicht umgebracht worden sind und für die vielleicht noch etwas getan werden könne, äußerte sich Herr Pilar . . . wie folgt: Solange das IRK nicht von den alliierten Regierungen offiziell ersucht wird, sich als neutrale Stelle um die Juden in den besetzten Gebieten zu kümmern, werde . . . nicht viel geschehen . . . Er wiederhole, was er schon früher gesagt habe, daß es absolut notwendig sei, daß ein offizieller Auftrag der Amerikaner, Engländer . . . an das IRK in dieser Richtung erginge. Er wisse nicht, ob dann das IRK einen solchen Auftrag annehmen werde, da die Rotkreuz-Konvention ja bekanntlich keine Bestimmungen enthalte, die auf die Juden in den besetzten Gebieten angewendet werden könnten . . . Auf meine Frage, ob keinerlei offizielle Schritte in dieser Richtung erfolgt seien, erwiderte er mir, daß von Regierungsseite bisher kein Schritt erfolgt sei. Vom britischen RK wie von anderen Stellen waren verschiedentlich Anfragen zu der Angelegenheit beim IRK eingelaufen, aber diese Institutionen hätten nicht dieselbe Autorität wie die Regierungen selbst.“ [Riegners Aktennotiz, MS.]

Ungefähr am 28. Juni 1943 wurden die Herren Hartmann und Niehaus vom Deutschen Roten Kreuz für zwei Tage nach Theresienstadt gelassen, das man für diesen Zweck nicht präpariert hatte. Sie hatten noch kein anderes jüdisches Lager gesehen und waren selbst von diesem Vorzugslager entsetzt, worüber sie vertraulich dem IRK berichteten. Dabei war ihnen bewußt, daß man nach Theresienstadt Menschen gebracht hatte, die man „irgendwie retten“ wolle, doch ahnten sie nicht, daß man auch von hier regelmäßig Insassen in Vernichtungslager verschickte. Dieser Bericht hatte eine bessere Versorgung Theresienstadts und auch anderer Lager mit Liebesgaben durch das IRK zur Folge. Über

die Delegation des IRK in Berlin ließ man Genf am 26. Juli 1943 wissen, daß durch die Bemühungen des Deutschen Roten Kreuzes Aussicht auf einen Besuch Theresienstadts, aber keineswegs anderer jüdischer Lager bestünde, doch erst im November teilte das Deutsche Rote Kreuz mit, daß der auch vom dänischen RK verlangte Besuch bewilligt, allerdings nicht vor dem Frühjahr 1944 möglich sei. In grundsätzlichen Fragen kam das IRK auch 1944 nicht vorwärts, und Theresienstadt konnte erst am 23. Juni durch einen Delegierten des IRK besichtigt werden, der, anders als die Dänen, seiner Aufgabe durchaus nicht gewachsen war und alles, was man ihm durch den Mund des terrorisierten hilflosen Judenältesten weisgemacht hatte, als Ergebnis seiner eigenen Einsichten nach Genf meldete. Er schloß mit den Worten:

„Unser Bericht wird niemandes Urteil ändern; jedem steht es frei, die von Deutschland eingeschlagene Richtung zur Lösung der Judenfrage zu verurteilen. Wenn dennoch dieser Bericht das Geheimnis um das Ghetto Theresienstadt ein wenig zerstreut, dann ist es genug.“ [Bericht des IRK-Delegierten, MS.]

Zu allem hatte sich der Delegierte noch zur Diskretion gegenüber der Gestapo verpflichtet, weswegen das IRK, von der rosigen Schilderung beeindruckt, den Bericht nicht veröffentlichte. Riegner telegraphierte am 25. Juli an das Londoner Büro des „Jüdischen Weltkongresses“:

„Habe erneut dem IRK vorgeschlagen, Zertifikatssendungen [für Palästina) nach Theresienstadt vorzunehmen oder aber Gesamtaustausch in Erwägung zu ziehen. S. vom IRK ist der Ansicht, daß man in Theresienstadt am derzeitigen Zustand nicht rütteln soll, da es angeblich ein privilegiertes Lager sei. Ich selbst ersuche Euch erneut, da diese Auffassung bezweifle, überlegt, ob Theresienstadt nicht kollektiv in eine Austauschaktion eingeschlossen werden könnte, da weiter Befürchtungen bestehen, daß Theresienstadt eines Tages aufgelöst oder als Repressalie genommen wird oder dessen Einwohner deportiert werden können. Vielleicht könnte durch eine gemeinsame Intervention der alliierten Regierungen bei den neutralen Staaten sowie Vatikan die Frage des Gesamtaustausches Theresienstadt in Betracht gezogen werden. Ihr werdet möglicherweise in Kürze einen vertraulichen Bericht über Theresienstadt erhalten, den der Vertreter des IRK, der kürzlich zum erstenmal Theresienstadt besucht hat, erstattet hat. Dieser Bericht, der hier beim IRK geheimgehalten wird, scheint die Lage viel zu günstig zu beurteilen und muß mit größter Vorsicht aufgenommen werden.“ [MS]

Riegner bangte mit Recht zwei Monate nach seinem Telegramm wurden gegen 18 500 Theresienstädter nach Auschwitz verfrachtet, von ihnen mindestens vier Fünftel als mit die letzten Opfer der Gaskammern gleich ermordet, und nur etwas über 10 000 blieben in Theresienstadt zurück. Kurz zuvor, im September, war ein Delegierter des IRK in Auschwitz, drang aber, wie schon vorher bei Besuchen in Sachsenhausen und Ravensbrück, nur ins Gebäude der Lagerkommandantur, wo die Offiziere „liebenswert und zurückhaltend“ waren. Der Kommandant schwatzte ihm vor, was ihm paßte.

„Es gibt einen ‚Judenältesten‘, der für die Gesamtheit der internierten Juden verantwortlich ist.

Die Vertrauensmänner [der nationalen Gruppen] und der ‚Judenälteste‘ können Kollektivsendungen empfangen; diese Sendungen werden von ihnen frei verteilt. Persönliche Pakete kommen in unbekannter Anzahl im Lager an und werden dem Vertrauensmann der betreffenden Nationalität übergeben.

Die Verteilung der Sendungen des IRK scheint uns sicher. Wir haben keinen Beweis, aber unser Eindruck ist, daß der Kommandant wahrheitsgemäß spricht, wenn er behauptet, daß diese Verteilungen regelmäßig erfolgen und daß jeder Diebstahl streng bestraft wird.“ [L'activité etc., a. a. O., S. 91]

Um diese Zeit lagen in Genf schon genaue Schilderungen der Auschwitz Vernichtungslager vor. Der Delegierte des IRK wußte wohl nichts davon. In Teschen bat er den Hauptvertrauensmann eines britischen Kriegsgefangenenlagers durch seinen Vertrauensmann in einem Außenlager, wo Kriegsgefangene mit Auschwitzer Häftlingen in Berührung kamen, nützliche Nachrichten zu sammeln.

„Der britische Hauptvertrauensmann in Teschen fragte uns spontan, ob wir etwas über die ‚Duschräume‘ wüßten. Es kreist ein Gerücht, daß im Lager ein sehr moderner Duschaal existiere, wo die Gefangenen serienweise vergast würden. Der britische Hauptvertrauensmann hat

durch Vermittlung seines Auschwitzer Kommandos versucht, eine Bestätigung dieser Tatsache zu erreichen. Es war unmöglich, etwas zu beweisen. Die Häftlinge selbst haben nichts darüber gesagt.

Indem wir Auschwitz verlassen, haben wir wieder einmal den Eindruck, daß das Geheimnis gut gehütet wird.“ [L'activité etc., a. a. O. S. 92]

Erst im Januar 1945 gelang es Delegierten des IRK an leitende Männer der Konzentrationslagerverwaltung heranzukommen, und am 11. Januar wurde ein Abkommen mit dem Generalinspektor der Lager, Glücks, über die geregelte Verteilung der vom IRK vermittelten Pakete für Angehörige westlicher Nationen getroffen, während die durch Himmler zu entscheidende Frage über Lagerbesuche offen blieb. Man kam keinen Schritt weiter, Himmler hüllte sich in Schweigen. Am 5. März meldete Riegner nach London, daß zwei Tage zuvor Burckhardt als Präsident des IRK eine Reise zu Himmler beschlossen habe, um mit ihm wegen der Entlassung der Zivilgefangenen zu konferieren, Deutschland habe bereits die Repatriation dieser Internierten nach Nationalitäten zugestimmt. Riegner berichtete ferner, Bundespräsident von Steiger habe mitgeteilt, daß der Bundesrat die Schweizer Gesandtschaft in Berlin mit einer gleichsinnigen Intervention beauftragt und die Zulassung von Transporten in die Schweiz zugesichert hätte. Mit Himmler selbst scheint Burckhardt nie gesprochen zu haben, er verhandelte am 12. März mit Kaltenbrunner und verlangte von ihm die Zulassung von Delegierten des IRK in jedem Lager bis zum Kriegsende. Kaltenbrunner bestätigte die Vereinbarungen in einem wortreichen, aber praktisch ziemlich dürftigen Brief Burckhardt vom 29. März. Es wurde eine grundsätzlich wohlwollende Einstellung zur Entlassung jüdischer Gefangener in die Schweiz zugesagt.

Über die Durchführung des zwischen Burckhardt und Kaltenbrunner Besprochenen wurde erst am 10. und 24. April durch Beauftragte weiter verhandelt, doch zeigte sich bis zum Schluß, daß Kaltenbrunner das IRK nur hinhalten wollte und Befehle an die untergeordneten Stellen unterließ. Jedenfalls wollten die Lagerkommandanten von keinen Befehlen etwas wissen und sträubten sich, den rechtmäßig Delegierten des IRK entgegenzukommen. Die Delegation des IRK in Berlin stand indessen in reger Verbindung mit Schellenberg, der Verständnis bewies und seinen Einfluß auf Himmler geltend machte. Am 23. März gelang es durch Vermittlung eines Beamten des Auswärtigen Amtes, Dr. Reichel, der Berliner Delegation des IRK, die damals erstaunlicherweise noch nicht das Ergebnis der Besprechungen zwischen Burckhardt und Kaltenbrunner kannte, mit dem Gestapochef Müller zu verhandeln. Er sagte die Möglichkeit eines Besuches von Theresienstadt für die nächsten Tage zu und „gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Besuch der feindlichen Lügenpropaganda ein Ende bereiten werde“. Tags darauf wurde dem IRK die Bewilligung durch das deutsche Konsulat in Genf notifiziert. Wegen eines Besuches von Bergen-Belsen sprach Müller ausweichend, dieses Lager solle aufgelöst und alle Juden in einem einzigen Lager konzentriert werden. Die Zulassung von Delegierten in die Lager mißlang überall, nur Theresienstadt konnte am 6. April vom Berliner IRK-Delegierten Dr. Lehner mit dem für dieses Lager zum ständigen Delegierten ernannten Paul Dunant besichtigt werden. Da Kaltenbrunner keine Befehle übermittelt hatte, mußte Dunant Theresienstadt verlassen und hielt sich in Prag auf. Lehner berichtete über Theresienstadt geradezu begeistert; man kann es kaum fassen, daß ein Funktionär des IRK so unverantwortlich schreiben konnte. Zum Glück wurde zu diesem späten Zeitpunkt dadurch kein Unheil mehr angeordnet.

Am 12. April meldete ein Flüchtling aus Theresienstadt Dunant in Prag, daß die Gestapo sämtliche Identitätspapiere der Gefangenen vernichte. Dunant eilte sofort nach Berlin, wo bei Müller interveniert wurde, der zusagte, daß Repressalien unterbleiben und keine summarischen Urteile im letzten Augenblick vollstreckt würden. Immer wieder war man wortbrüchig. So scheiterten alle Versuche, eine Räumung von Sachsenhausen und Ravensbrück zu verhindern, nur die Beschützung des jüdischen Sammellagers und Spitals in Berlin genehmigte Müller. In Theresienstadt war Dunant erfolgreicher. Durfte er auch erst am 3. Mai seinen ständigen Sitz im Lager errichten, so gelang es doch, die Evakuierung zu verhüten. Auch in Dachau und Mauthausen konnten Delegierte, die am 27. April eintrafen, die Räumung und Vernichtung abwenden, schließlich in die Lager eindringen und bis zur Befreiung schützen.

So endete der Kampf gegen die Durchführung der „Endlösung“ mit einem Sieg. Der Kampf hatte Erfolge gezeitigt, aber der Sieg kam für die meisten zu spät. Viel größer als der Sieg war die Niederlage. Zygelbojm, seit 1940 Vertreter der jüdischen Untergrundbewegung Polens in London, hatte sich durch Jahre bemüht, die polnische Exilregierung und das Gewissen der ganzen Welt zu erwecken. Als ihn die Nachrichten vom Aufstand des Warschauer Ghettos erreichten, ging er am 11. Mai 1943 freiwillig in den Tod. In seinem Abschiedsbrief an die polnische Exilregierung heißt es:

„Die letzten aus Polen erhaltenen Nachrichten machen es klar, daß die Deutschen entschlossen sind, die letzten überlebenden Reste der Juden mit schrecklicher Brutalität auszurotten. Hinter den Ghettomauern spielt sich nun der letzte Akt einer Tragödie ab, die nicht ihresgleichen in der Geschichte hat. Die Mörder selbst tragen die Hauptverantwortung für das Verbrechen der Ausrottung der gesamten jüdischen Bevölkerung Polens, aber indirekt lastet die Verantwortung auf der gesamten Menschheit, auf den Völkern und Regierungen aller alliierten Nationen, weil sie keinen Versuch unternommen haben, etwas Drastisches gegen diese Verbrechen zu tun. Durch gleichgültiges Zuschauen dem Morde hilfloser Millionen von gequälten Kindern, Frauen und Männern haben sich diese Nationen selbst den Verbrechern zugesellt.

Ich wünsche zu erklären, daß die polnische Regierung, obwohl sie die öffentliche Meinung der Welt zu beeinflussen suchte, nicht genug getan hat. . . .

Ich kann nicht schweigen. Ich kann nicht leben, wenn die Reste der jüdischen Bevölkerung Polens, deren Vertreter ich bin, zugrundegehen. Meine Freunde im Warschauer Ghetto starben mit der Waffe in der Hand in dieser letzten heroischen Schlacht. Es war mir nicht bestimmt, mit ihnen zusammen zu sterben, aber ich gehöre zu ihnen und in ihre Massengräber.

Durch meinen Tod wünsche ich meinen letzten Protest gegen die Untätigkeit zu bekunden, mit der die Welt zuschaut und die Ausrottung des jüdischen Volkes zuläßt.

Ich weiß, wie wenig heute ein Menschenleben wert ist, aber da ich unfähig war, während meines Lebens etwas zu tun, werde ich vielleicht durch meinen Tod dazu beitragen, die Gleichgültigkeit jener zu bezwingen, die nun im letzten Augenblick die wenigen noch lebenden Juden retten könnten.“ [Friedmann, a.a.O., S. 275 f.]

Anmerkung:

H. G. Adler, Dr. phil., geb. 1910 in Prag, während des Krieges in fünf Lagern interniert (1941/45, Theresienstadt 32 Monate, Auschwitz usw.), seit Anfang 1944 in London als freier Schriftsteller tätig, befaßt sich seit dem Kriege mit der historischen und soziologischen Erforschung der jüdischen Minderheiten in den Ländern, die während des Krieges in Hitlers Gewalt gerieten, namentlich aber mit Theresienstadt.